D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 24
9. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

12. Juni 1981
Preis 1 DM



Polen in Gefahr

Von Gerd Koenen

Standhafter als man erwarten konnte hat sich die polnische Staats- und Parteiführung gegenüber dem offenen Erpressungsversuch der Sowjetunion gezeigt.

Am Dienstag hat die Führung der KPdSU in einem 6-seitigen Schreiben dem Zentralkomitee der PVAP förmlich ihre „Hilfe" angeboten. Was gemeint ist, ist so klar wie beim „Paten", dessen Angebote man nicht ablehnen kann, außer ... Ein ganz entsprechendes Angebot hatte auch die tschechoslowakische Parteiführung 1968 vier Tage vor der Invasion erhalten.

Der sowjetische Brief, den die polnische Nachrichtenagentur PAP heute abend (Mittwoch) einseitig veröffentlicht hat – in Moskau war nicht einmal die Existenz des Briefs bestätigt worden –, soll Parteichef Kania und Ministerpräsident General Jaruzelski persönlich bezichtigen, vor einem wachsenden „Anti-Sowjetismus" in Polen kapituliert zu haben. „Solidarność" habe sich im Bündnis mit der „Land-Solidarität" und andern Organisationen zu einer Gegenpartei unter Führung von Konterrevolutionären entwickelt, finanziert von imperialistischen Zentren. Die Massenmedien des Landes seien in der Hand von „Revisionisten und Opportunisten". Und diese bildeten offensichtlich schon jetzt die Mehrzahl der (erstmals in geheimer Wahl aufgestellten) Delegierten zum außerordentlichen Parteitag der PVAP am 14. Juli.

Im Klartext war dies die Erklärung an die polnische Parteiführung, daß sie

Am Dienstag hat die Führung der KPdSU in einem 6-seitigen Schreiben dem Zentralkomitee der PVAP förmlich ihre „Hilfe" angeboten. Was gemeint ist, ist so klar wie beim „Paten", dessen Angebote man nicht ablehnen kann, außer ... Ein ganz entsprechendes Angebot hatte auch die tschechoslowakische Parteiführung 1968 vier Tage vor der Invasion erhalten.

Der sowjetische Brief, den die polnische Nachrichtenagentur PAP heute abend (Mittwoch) einseitig veröffentlicht hat – in Moskau war nicht einmal die Existenz des Briefs bestätigt worden –, soll Parteichef Kania und Ministerpräsident General Jaruzelski persönlich bezichtigen, vor einem wachsenden „Anti-Sowjetismus" in Polen kapituliert zu haben. „Solidarność" habe sich im Bündnis mit der „Land-Solidarität" und andern Organisationen zu einer Gegenpartei unter Führung von Konterrevolutionären entwickelt, finanziert von imperialistischen Zentren. Die Massenmedien des Landes seien in der Hand von „Revisionisten und Opportunisten". Und diese bildeten offensichtlich schon jetzt die Mehrzahl der (erstmals in geheimer Wahl aufgestellten) Delegierten zum außerordentlichen Parteitag der PVAP am 14. Juli.

Im Klartext war dies die Erklärung an die polnische Parteiführung, daß sie
das Vertrauen der Hegemonialmacht verloren habe und ein letztes Mal aufgefordert werde, die im Februar von Breschnew verlangte „Wende" herbeizuführen, indem sie *den Parteitag absetzt*. Gegen den zu erwartenden Widerstand der Mehrheit der Partei wie des ganzen Volkes solle sie gegebenenfalls dann eben sowjetische „Hilfe" in Anspruch nehmen.

Die gleichzeitige Information, daß auch die Zustimmung zur Okkupation der Verkehrsknotenpunkte durch Warschauer-Pakt-Truppen verlangt worden ist, ist nicht bestätigt worden. Aber mit einem Gipfeltreffen in Sofia, das sich mit dieser Frage befaßt, wird in Kürze gerechnet. Und seit Freitag letzter Woche führt der Oberkommandierende des Pakts, der russische Marschall Kulikow, das Kommando von Warschau aus.

Eine sorgfältig abgestimmte Kampagne der Reaktionäre in der Partei hat diesen sowjetischen Vorstoß vorbereitet und begleitet. In der Vorwoche war, im Beisein der Mitglieder des Politbüros Olszowski und Gabrys, ein sog. „Kattowitzer Forum" zusammengetreten und hatte eine Serie programmatischer Erklärungen herausgegeben, die exakt dem entsprachen, was Breschnew nun der PVAP-Führung schriftlich gegeben hat. Der Parteitag im Juli werde ein „revisionistischer Putsch in der Partei" werden, die Parteiführung habe vor „der ansteigenden Welle von Revisionismus und Opportunismus kapituliert" oder zähle selbst zu den „Schirmherren und Inspiratoren". Die Erfahrungen der Bruderparteien bei der Bekämpfung der Konterrevolution müßten jetzt auf Polen Anwendung finden – ein schamlos unverhüllter Hinweis auf 1956 und 1968.

Während die polnischen Presseorgane sich großteils geweigert haben, die Erklärungen abzudrucken, da sie sich außerhalb jeder ernsthaften Diskussion bewegten, wurde ihnen in der sowjetischen Presse breitester Raum eingeräumt. Gleichzeitig sind auch in den andern Staaten des Pakts, nicht nur in der DDR und CSSR (wo es keinerlei Nachhilfe bedurfte), sondern auch in Bulgarien und Ungarn gleichgeschaltete Artikel erschienen, die auf einen Schlag gegen die „Konterrevolution" in Polen vorbereiten.

Dessen ungeachtet wies die Mehrheit des Politbüros der PVAP die von den Bruderländern hochgelobten Kattowitzer Deklarationen als Fraktionsmacherei zurück. Sie schritt auch nicht ein, als das Oberste Gericht die letzten politischen Gefangenen in Polen, Moczulski und andere Mitglieder der „Konföderation Unabhängiges Polen", freiließ. Im Konflikt mit dem Regionalverband Bromberg der „Solidarität" (über die Bestrafung der Polizeiprovokateure vom März) hat sie erneut einen Ausgleich gesucht. Das scheint den letzten Anstoß für die sowjetische Führung gegeben zu haben.

Auf der in dramatischer Eile einberufenen Sitzung des Zentralkomitees der PVAP am Dienstag und Mittwoch haben dann die Reaktionäre in der Partei unter sowjetischem Feuerschutz versucht, die Parteiführung zu stürzen. Grabski, einer der Köpfe der polnischen „Viererbande", forderte Kania zum Rücktritt auf. Dieser hatte in seinem Eingangsreferat zwar die sowjetischen Befürchtungen als „verständlich" bezeichnet und mit einigem re-

der DDR und CSSR (wo es keinerlei Nachhilfe bedurfte), sondern auch in Bulgarien und Ungarn gleichgeschaltete Artikel erschienen, die auf einen Schlag gegen die „Konterrevolution" in Polen vorbereiten.

Dessen ungeachtet wies die Mehrheit des Politbüros der PVAP die von den Bruderländern hochgelobten Kattowitzer Deklarationen als Fraktionsmacherei zurück. Sie schritt auch nicht ein, als das Oberste Gericht die letzten politischen Gefangenen in Polen, Moczulski und andere Mitglieder der „Konföderation Unabhängiges Polen", freiließ. Im Konflikt mit dem Regionalverband Bromberg der „Solidarität" (über die Bestrafung der Polizeiprovokateure vom März) hat sie erneut einen Ausgleich gesucht. Das scheint den letzten Anstoß für die sowjetische Führung gegeben zu haben.

Auf der in dramatischer Eile einberufenen Sitzung des Zentralkomitees der PVAP am Dienstag und Mittwoch haben dann die Reaktionäre in der Partei unter sowjetischem Feuerschutz versucht, die Parteiführung zu stürzen. Grabski, einer der Köpfe der polnischen „Viererbande", forderte Kania zum Rücktritt auf. Dieser hatte in seinem Eingangsreferat zwar die sowjetischen Befürchtungen als „verständlich" bezeichnet und mit einigem re-
thorischen Aufwand versichert, man werde die Zügel straffer ziehen – aber in der Kernfrage, der Abhaltung des Parteitags, blieb Kania fest.

Eine Zeitlang scheinen die Mehrheiten auf der Sitzung durchaus unklar gewesen zu sein. Die Mehrzahl der ZK-Mitglieder kann durchaus nicht hoffen, wiedergewählt zu werden und muß den gesellschaftlichen Absturz fürchten. Etliche scheinen, nachdem die Sowjetunion sich anschickt, ernst zu machen, das Mäntelchen des Reformers flugs wieder an den Nagel gehängt zu haben. Aber mit der offenen Herausforderung an die Häupter der rechten Fronde, sich einzeln einer Vertrauensabstimmung im ZK zu stellen, sodaß entweder die einen oder die andern gestürzt worden wären, haben sich Kania und Jaruzelski noch einmal behaupten können. Der Parteitag soll abgehalten werden. Das ist ein Sieg. Nur wenn die Sowjetunion fürchten muß, in Polen auf eine gesamtnationale Einheitsfront zu treffen, wird sie zögern beim Versuch, ihr offenes Knutenregime zu errichten. Natürlich, entscheidend dafür ist nicht, was im ZK der PVAP geschieht, die allerdings keine „führende Kraft" mehr ist. Aber für jeden *Anschein einer Legitimation* einer russischen Intervention ist das entscheidend. Gerade deshalb soll ja auch ein halbwegs demokratisch zustande gekommener Parteitag der PVAP unbedingt verhindert werden.

Von jetzt an werden wir die Ereignisse in Polen und im östlichen Militärblock täglich und stündlich verfolgen müssen. 1968 darf sich nicht wiederholen – auch nicht die schwache Reaktion der Arbeiterbewegung und der Demokraten im Westen!



Gegen den Bau der Startbahn West wurde jetzt als ein weiterer Schritt eine Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren eingeleitet. Das Bild zeigt die Demonstration am 15. Oktober 1980 gegen den Beginn der Rodung von Wald mit 15000 Teilnehmern. (siehe Bericht S. 6)

Terroranschlag auf irakischen Atomreaktor

Israels „Sicherheitspolitik" war schon immer Aggression / von Chérifa el-Masri

Die israelische Luftwaffe hat am Pfingstsonntag den noch im Bau befindlichen irakischen Atomreaktor in der Nähe der Hauptstadt Baghdad angegriffen und vollständig zerstört. Durchgeführt wurde die Operation von einem Luftwaffenstützpunkt in der Nähe des Hafens Eilat am Ausgang des Roten Meeres. Die Kampfflugzeu-

zen. Aber solange das palästinensische Volk ein arabisches Hinterland besitzt, eine Zufluchtsmöglichkeit, die sich von Marokko bis in den Irak ausdehnt, wo es sich nach der Vertreibung niederlassen, Kräfte sammeln, die Reserven für die (Wieder-) Aufnahme des Kampfes um seine Heimat mobilisieren kann, ist die zionistische (nicht die jüdische)

fortgeschrittenste Formation in dieser Bewegung bildet, konzentrieren sich die Infiltrations- und Zersetzungsversuche der Sozialimperialisten auf die PLO. Sie wollen sie vor ihren Karren spannen, von ihr die Anerkennung als „Garantiemacht" im Nahen Osten erzwingen, zuletzt über den Vorschlag für eine Internationale Nahostkonfe-



Gegen den Bau der Startbahn West wurde jetzt als ein weiterer Schritt eine Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren eingeleitet. Das Bild zeigt die Demonstration am 15. Oktober 1980 gegen den Beginn der Rodung von Wald mit 15000 Teilnehmern. (siehe Bericht S. 6)

Terroranschlag auf irakischen Atomreaktor

Israels „Sicherheitspolitik" war schon immer Aggression / von Chérifa el-Masri

Die israelische Luftwaffe hat am Pfingstsonntag den noch im Bau befindlichen irakischen Atomreaktor in der Nähe der Hauptstadt Baghdad angegriffen und vollständig zerstört. Durchgeführt wurde die Operation von einem Luftwaffenstützpunkt in der Nähe des Hafens Eilat am Ausgang des Roten Meeres. Die Kampfflugzeu-
ge F 16, mit denen die USA die israelische Luftwaffe ausgerüstet haben, zeichnen sich dadurch aus, daß sie ohne Zwischentanken lange Strecken zurücklegen können, so die 2000 km lange Entfernung bis nach Baghdad. Um das Angriffsziel zu erreichen, hat Israel den saudischen Luftraum verletzt.

Die Reaktion auf den dreisten Überfall war internationale Empörung – die Reaktion in Israel (anscheinend einhellige) Zustimmung, zumindest unter den am Wahlkampf beteiligten Parteien. Oppositionsführer Peres drückte mit beinahe tränenerstickter Stimme seine „Bewunderung" für die Helden der Luftwaffe aus. An einem Wahlsieg Begins und des Likudblocks zweifelt keiner mehr. Sicher hatte der Überfall gegen die zur Zeit am weitesten entwickelte Atomenergieanlage im Nahen Osten wahltaktische Gründe. Auch wollte die Regierung Begin der neuen französischen Regierung eine deutliche Warnung erteilen, ja nicht die in Mitterand gesetzten Erwartungen seitens Israel zu enttäuschen. Auch kann Israel die Schwächung des Irak durch seinen Krieg mit dem Iran dabei ausnutzen. Aber man muß klar sehen, daß all diese taktischen Erwägungen mit der Strategie der zionistischen Bewegung zusammenfallen: Um den Raub Palästinas abzusichern, also den Aufbau des siedlerkolonialistischen Gebildes voranzutreiben, ist die allererste Bedingung, sich des palästinensischen Bodens zu bemächtigen, verstärkte Siedlungstätigkeit, staatlich verordnete, mit Waffengewalt durchgeführte Beschlagnahmung des palästinensischen Grund und Bodens, verschärfte politische Unterdrückung des ganzen Volkes, um den Bodenraub durchzuset-

zen. Aber solange das palästinensische Volk ein arabisches Hinterland besitzt, eine Zufluchtsmöglichkeit, die sich von Marokko bis in den Irak ausdehnt, wo es sich nach der Vertreibung niederlassen, Kräfte sammeln, die Reserven für die (Wieder-) Aufnahme des Kampfes um seine Heimat mobilisieren kann, ist die zionistische (nicht die jüdische)
Existenz als koloniales Unterdrückungssystem bedroht. Das ist der Inhalt des Geschreis der zionistischen Politiker nach Sicherheit.

Für die USA ist Israel die sicherste Bastion im Nahen Osten. Die Regierung Reagan hat den Überfall verurteilt, zugleich aber erklärt, daß sie weterhin Waffen an Israel liefern werde, weil es „unser zuverlässigster Verbündeter" im Nahen Osten sei. Die Sozialimperialisten aber nutzen die Existenz, die ständige und akute Bedrohung, die von ihm ausgeht, um die arabischen Staaten an sich zu binden, vor allem über Waffenlieferungen und Beistands- und Militärpakte, bisher mit Libyen, Syrien und der Demokratischen Volksrepublik Jemen. Als „Freund" der nationalen arabischen Befreiungsbewegung auftretend, versucht die SU über die revisionistischen Parteien in dieser Bewegung ideologischen und politischen Einfluß zu erlangen. Da die palästinensische Revolution die bewaffnete Speerspitze und die

fortgeschrittenste Formation in dieser Bewegung bildet, konzentrieren sich die Infiltrations- und Zersetzungsversuche der Sozialimperialisten auf die PLO. Sie wollen sie vor ihren Karren spannen, von ihr die Anerkennung als „Garantiemacht" im Nahen Osten erzwingen, zuletzt über den Vorschlag für eine Internationale Nahostkonfe-
renz, den Breshnew auf dem 26. Parteitag der KPdSU absetzte.

Es ist die Frage aufgetaucht nach dem „timing" der israelischen Operation. Beiseite lassen muß man die israelische Begründung, daß ab 1. Juli der Irak in der Lage gewesen wäre, Atombomben zu produzieren. Daran glaubt keiner, alle Gespräche mit Experten, auch der Wiener Atomkontrollbehörde, die den irakischen Reaktor im Januar untersucht hat, haben das verneint.

(Israel selbst verfügt über eine Atomanlage in Dimona, die *keinerlei internationaler Kontrolle* unterliegt).

Ich bin der Auffassung, daß die demütigende Rolle, die der ägyptische Präsident Sadat in den letzten Wochen gespielt hat, für das timing der Operation entscheidend war. Ausgerechnet am 4. Juni, ein Tag vor dem 14. Jahrestag der Niederlage der arabischen Staaten, allen voran Ägyptens, im Junikrieg 1967, trifft sich Sadat mit Begin in Sharm el-Scheikh: Der Präsident eines besetzten Landes trifft sich mit dem Besatzer auf dem besetzten Territorium des eigenen Landes. Geschichtsklitterung war zwar immer Sadats starke Seite, aber seine Angriffe gegen Syrien, daß er den Abzug der syrischen Flugabwehrraketen aus dem Libanon fordert, weil *sie*, nicht etwa die israelischen Luftangriffe, den Frieden in der Region bedrohen, stellen wirklich einen gewissen Höhepunkt in dieser Hinsicht dar. Der Besatzer hat sich am 4. Juni vergewissern können, daß die ägyptisch-israelische Grenze „die ruhigste Ecke in der Welt" sei. Begin hat von Sadat grünes Licht erhalten, den Angriff gegen die arabische Nation zu verschärfen.

Register der Kommunistischen Volkszeitung

erscheint im

Materialheft Wirtschaft und Politik

Es ist untergliedert in die Hauptteile:
Politik in Westdeutschland; Wirtschaftszweige und Einzelgewerkschaften; Länderregister

---

Liebesgrüße aus Moskau
Russische Diplomatie am Werk

von Bernhard Peters

Ponomarew war gerade in Bonn, Bahr ist in Moskau, Brandt wird Ende Juni auf Einladung Breschnews nach Moskau fahren, Breschnew wird im Frühherbst auf Einladung Schmidts die Bundesrepublik besuchen. Etwas mißtönend klingt in diesem Reigen die „Prawda“, die eine Kampagne gegen Schmidt und Genscher als Verfechter der Politik der Reagan-Regierung gestartet hat. Natürlich ist uns sofort klar: Die Sowjetunion will spalten. Sie will Spaltung ins NATO-Bündnis tragen. Sie will in der BRD die Kräfte, innerhalb wie außerhalb der Regierungsparteien stärken, die gegen die Politik der US-Regierung sind. Deswegen das Gemisch von Drohungen und Verhandlungsangeboten. Aber das wissen Bahr, Brandt und die anderen auch, und gegenwärtig scheint ihnen die SU doch ein etwas zu riskanter Partner zu sein, um ihn gegen die USA einzutauschen. Deshalb stellt auch die angebliche „Moskau-Fraktion“ der SPD die Einordnung ins NATO-Bündnis unter Führung der USA niemals prinzipiell in Frage. Auf der anderen Seite braucht man weder Brandt noch Bahr, nicht mal Helmut Schmidt, zu bestreiten, daß sie ernstlich an Gleichgewicht, Entspannung und Abrüstung interessiert sind. Der drohende Weltkrieg, gleich wo er ausbricht, wird Westdeutschland zum Schlachtfeld machen, und niemand in Westdeutschland kann dabei etwas gewinnen. Die Sowjetunion hat aber auch positiv einiges zu bieten: Locken nicht riesige Märkte, speziell für Anlagegüter (wo die BRD immer noch glänzend konkurrenzfähig ist), locken nicht riesige Rohstoff- und Energiequellen in Sibirien, zu deren Erschließung die SU ausländische Geschäftsfreunde benötigt? Das erklärt ausreichend die klägliche Vermittlungsrolle, die Vertreter der SPD und FDP immer wieder zwischen den Supermächten zu spielen versuchen. Kläglich – denn ihr Ergebnis hängt letztlich vom Wohlwollen der Großmächte ab, für die die Forderung nach Gleichgewicht immer wieder nur der Vorwand für die Fortsetzung des Vorherrschaftsstrebens ist. Es ist also an der Zeit, einen anderen Weg zu suchen, statt dem Trugbild einer Annähung der Blökke, speziell einer „Zivilisierung“ der UdSSR durch Handel und Zusammenarbeit nachzujagen, die Auflösung der Blöcke zu betreiben und den Bewegungsspielraum der Supermächte einzuschränken. Aber halt – winkt da nicht doch eine helfen Hand?

Auflösung von NATO und Warschauer Pakt? Aber bitte sehr – das hat Gromyko schon lange angeboten. Atomwaffenfreie Zone? Aber gern: „Wir sind gegen diese Atomkriegswerkzeuge, wir sind für die Umwandlung Europas in eine atomwaffenfreie Zone.“ (Sagladin, Mitglied des ZK der KPdSU, im Spiegel)

Selbst angenommen, es handele sich nicht um bloße Scheinangebote, so bleibt zu entgegnen: Völkerrechtliche Verträge sind wichtig, aber als Schutz gegen eine aggressive imperialistische Macht sind sie unzureichend. Die SU hat (nicht weniger als die USA) demonstriert, daß sie das Völkerrecht jederzeit nach ihren Interessen biegen oder auch zu brechen versteht. Die bloße Auflösung von NATO und Warschauer Pakt, der Rückzug der Truppen beider Seiten auf ihre jeweiligen nationalen Territorien, ohne sonstige politische und militärische Veränderungen würde – ebenso wie eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa – das Kräfteverhältnis schlagartig zugunsten der Sowjetunion verändern, die eine Kontinentalmacht ist, zugleich europäisch und asiatisch, und im Kräfteverhältnis zu den USA im Kampf um Europa den Vorteil der „inneren Linien“ hat. Ein neutrales Westdeutschland allein wäre gar dem massivsten Druck des russischen Imperialismus ausgesetzt. Keine Alternative also zur NATO?

Doch. Die westeuropäischen Länder *gemeinsam* können eine Politik der Unabhängigkeit, der Blockfreiheit verfolgen und gegen die Supermächte *behaupten*. Sie können dies nur, wenn sie das Bündnis, die Zusammenarbeit mit der 3. Welt suchen, statt auf ökonomische und politische Beherrschung auszugehen. Sie können dies auch deswegen, weil eine solche Politik ihre Auswirkungen auf die (europäischen) Länder im Einflußbereich des russischen Imperialismus nicht verfehlen wird. Die westeuropäischen Bourgeoisien sind zu einer solchen Politik nicht in der Lage, das haben sie bewiesen. Soll die westeuropäische Arbeiterbewegung sie deshalb nicht verfolgen?

Auf der anderen Seite braucht man weder Brandt noch Bahr, nicht mal Helmut Schmidt, zu bestreiten, daß sie ernstlich an Gleichgewicht, Entspannung und Abrüstung interessiert sind. Der drohende Weltkrieg, gleich wo er ausbricht, wird Westdeutschland zum Schlachtfeld machen, und niemand in Westdeutschland kann dabei etwas gewinnen. Die Sowjetunion hat aber auch positiv einiges zu bieten: Locken nicht riesige Märkte, speziell für Anlagegüter (wo die BRD immer noch glänzend konkurrenzfähig ist), locken nicht riesige Rohstoff- und Energiequellen in Sibirien, zu deren Erschließung die SU ausländische Geschäftsfreunde benötigt? Das erklärt ausreichend die klägliche Vermittlungsrolle, die Vertreter der SPD und FDP immer wieder zwischen den Supermächten zu spielen versuchen. Kläglich – denn ihr Ergebnis hängt letztlich vom Wohlwollen der Großmächte ab, für die die Forderung nach Gleichgewicht immer wieder nur der Vorwand für die Fortsetzung des Vorherrschaftsstrebens ist. Es ist also an der Zeit, einen anderen Weg zu suchen, statt dem Trugbild einer Annähung der Blökke, speziell einer „Zivilisierung“ der UdSSR durch Handel und Zusam-
militärische Veränderungen würde – ebenso wie eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa – das Kräfteverhältnis schlagartig zugunsten der Sowjetunion verändern, die eine Kontinentalmacht ist, zugleich europäisch und asiatisch, und im Kräfteverhältnis zu den USA im Kampf um Europa den Vorteil der „inneren Linien“ hat. Ein neutrales Westdeutschland allein wäre gar dem massivsten Druck des russischen Imperialismus ausgesetzt. Keine Alternative also zur NATO?
Doch. Die westeuropäischen Länder *gemeinsam* können eine Politik der Unabhängigkeit, der Blockfreiheit verfolgen und gegen die Supermächte *behaupten*. Sie können dies nur, wenn sie das Bündnis, die Zusammenarbeit mit der 3. Welt suchen, statt auf ökonomische und politische Beherrschung auszugehen. Sie können dies auch deswegen, weil eine solche Politik ihre Auswirkungen auf die (europäischen) Länder im Einflußbereich des russischen Imperialismus nicht verfehlen wird. Die westeuropäischen Bourgeoisien sind zu einer solchen Politik nicht in der Lage, das haben sie bewiesen. Soll die westeuropäische Arbeiterbewegung sie deshalb nicht verfolgen?

Bunte / Alternative Liste in Hamburg
Die Ausgangsbedingungen für die Bürgerschaftswahlen 1982

kmh.Hamburg. Kräfte gibt es genug, die eine Alternative Liste wollen. Die Bewegung gegen die Kriegsvorbereitungen, die Schülerbewegung, die Bewegung gegen die Umweltzerstörung, die Anti-AKW-Bewegung – sie alle haben das Interesse, ihre Forderungen auch in der Bürgerschaft zur Sprache zu bringen. Die bürgerlichen Zeitungen rechnen eh schon damit. Schwer tun sich die verschiedenen Gruppen, Initiativen und Organisationen, von denen ein solcher Zusammenschluß ausgehen kann und wohl auch muß.

Die Berliner Wahlen haben ebenfalls ihre Kreise gezogen und rege Diskussionen ausgelöst, auch in Gewerkschafterkreisen. Weniger gibt es jedoch ein Bewußtsein, eine solche Liste gerade auch für die Forderungen der Arbeiterbewegung zu nutzen, wenn auch alle Gruppen für die Aufnahme solcher Forderungen sind.

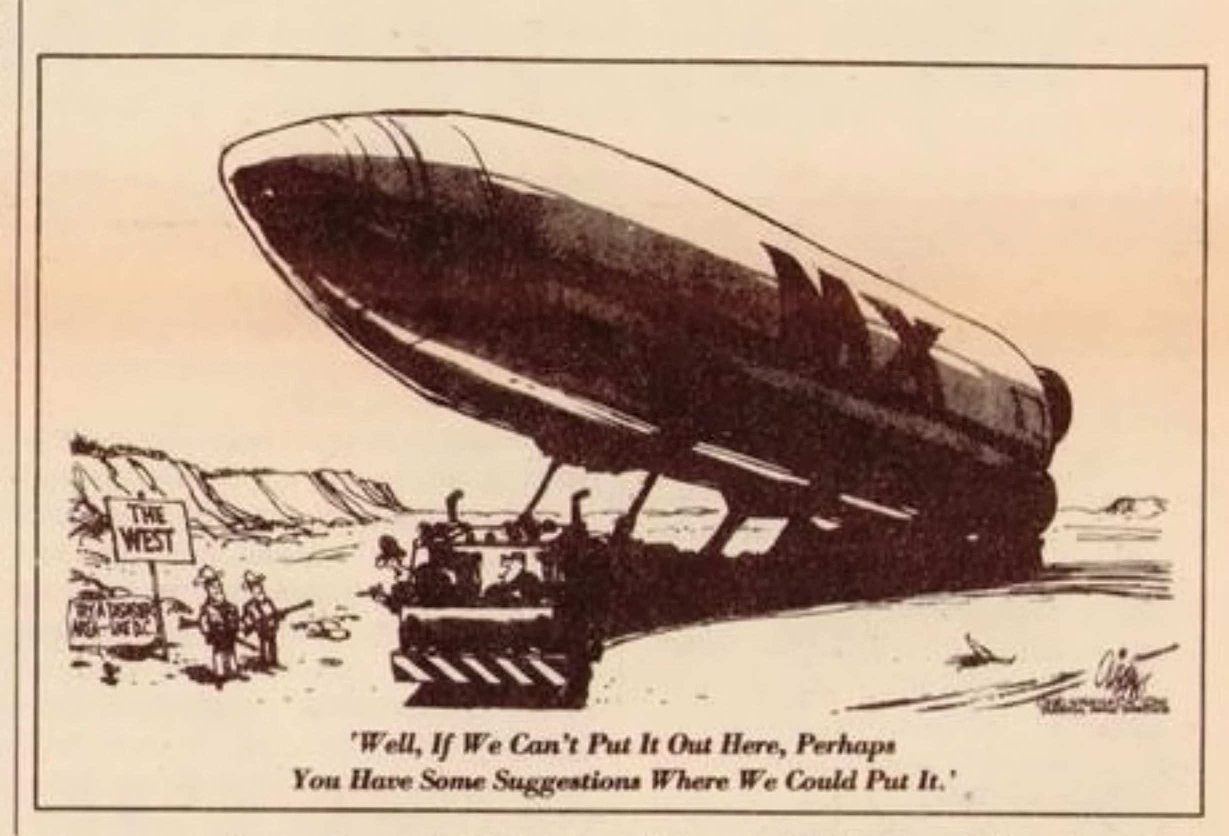
1978 kandidierte die „Bunte Liste“, im Gegensatz zur AL in Berlin ein Wahlbündnis von Initiativen und Organisationen, das keine persönliche Mitgliedschaft kannte. Sie erreichte 3,5% gegenüber 1% der GLU (Grüne Liste Umweltschutz). (KBW und andere blieben unter 0,1%, die DKP bei 0,9%.) Diese „BuLi“ war sicherlich Ausdruck und Produkt verschiedener Bewegungen gegen den bürgerlichen Staat, insbesondere der Anti-AKW-Bewegung. Die Dominanz des KB, die Abstinenz anderer politischer Organisationen und das Initiativenkonzept führten jedoch dazu, daß sie zum Feld interner Auseinandersetzungen des KB wurde und die Bürgerinitiativen als Unterstützer der einen oder anderen Position in diese Auseinandersetzung hineingezogen wurden. Mit der Abspaltung der Gruppe „Z“ vom KB (Zielsetzung, in die Grüne Partei zu gehen und einen linken Flügel aufzubauen) spaltete sich der Rest der Bunten Liste. Heute ist keine der beiden Flügel eine Kraft, die eine neue Liste aus sich heraus zustandebringen könnte, da in vielen Bürgerinitiativen und bei unorganisierten Linken ziemliche Wut über die Entwicklung der „BuLi“ herrscht.

Aufgrund dieser Historie bewegt sich die Debatte zur Zeit scheinbar vor allem um statuarische Fragen. Das wird verstärkt durch die Entwicklung in der DKP, die nach ihrem schlechten Abschneiden bei den letzten Wahlen entdeckt hat, daß es auch außerhalb der DKP fortschrittliche Leute gibt. Dazu gehört wohl die Gruppe Z, die eine wichtige Rolle in der Grünen Partei in Hamburg spielt. Jedenfalls durfte ein Z-ler als Vertreter der Grünen auf dem Hamburger Landesparteitag eine Rede halten, und es gibt Gerüchte über ein Wahlbündnis Grüne-Z und DKP. Gegenüber dieser Richtung, die ein Wahlbündnis von Organisationen anstrebt, hat sich eine Wahlinitiative gebildet, die für persönliche Mitgliedschaft, Basisdemokratie (imperatives Mandat) und ein Konsensprinzip eintritt, das Kampfabstimmungen über politische Festlegungen ausschließen soll.

Eine besondere Rolle spielt in Hamburg die Konstellation der bürgerlichen Parteien. Seit dem Wechsel des Exbürgermeisters Klose vom rechten auf den linken Parteiflügel regt sich in der SPD verschiedener Widerstand gegen die Senatspolitik der rigorosen Industrieansiedlung und -förderung, insbesondere gegen das AKW Brokdorf, aber auch gegen die Kriegsvorbereitungen u.a. Es ist schwer zu klären, ob Klose einen begrenzten Sinneswandel vollzogen hat oder glaubt, als „Linker“ besser Karriere machen zu können. Jedenfalls ist sein Rücktritt kein Grund zum Jammern, faktisch hatte sich sowieso an der Senatspolitik nichts wesentlich geändert. Im übrigen war der Rücktritt offen als Kampfansage an den Hamburger Parteivorstand formuliert. Ganz offensichtlich will ein Teil der Hamburger SPD los von ihrem Image als Träger des bürgerlichen Parteiensystems und sich als Vertreter von berechtigten Forderungen darstellen. Was rauskommt, muß man sehen. Bei denen, die gegen den bürgerlichen Staat kämpfen, besteht kein Vertrauen in die SPD, höchstens gelegentlich Sympathie mit Klose als Person.

Wir waren immer der Auffassung, daß bürgerliche Parlamente vor allem Propagandaforum der Bourgeoisie sind, und daß die Volksmassen ihre Interessen nur *gegen* den bürgerlichen Staat durchsetzen können. Dazu können Parlamente auch genutzt werden. Nachdem uns klar geworden ist, daß dieses „Nutzen“ besser durch eine Alternative Liste geschieht als durch die Kandidatur einer K-Gruppe als einzelne, sollten wir weiterhin aber darauf achten, daß die Demokratie nicht im Abgeben eines Wahlzettels besteht, sondern daß die Liste nur nutzt, wenn sie dem Kampf außerhalb des Parlaments nutzt, indem sie Forderungen auch in die Bürgerschaft trägt. Das wird auch dazu beitragen, den Charakter des Parlamentarismus in der Bevölkerung zu klären, und was für eine Demokratie wir wirklich brauchen.

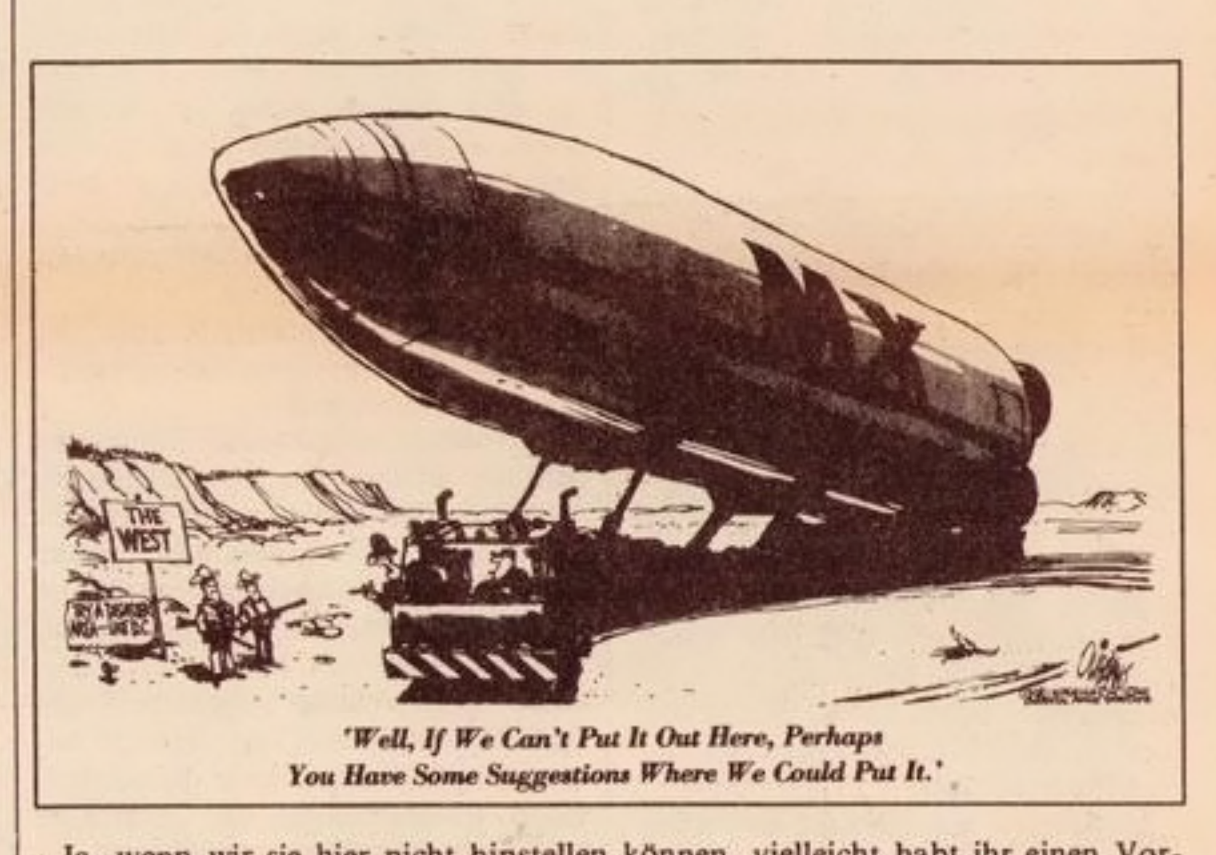
In der Debatte um das Programm wird sicherlich der Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen besonders wichtig sein. Es gibt gerade in der Hamburger Linken noch viele Entschuldigungen für die sowjetischen Aggressionsakte. Argumente wie: „Immerhin sind doch die Produktionsmittel enteignet.“ hindern z.B. manchen daran, für die Auflösung der Militärblöcke einzutreten, weil man ja damit Warschauer Pakt und NATO auf eine Stufe stellt. Wir müssen uns bemühen, etwas zur Klärung des Charakters des US-Imperialismus wie des sowjetischen Imperialismus beizutragen.



'Well, If We Can't Put It Out Here, Perhaps You Have Some Suggestions Where We Could Put It.'

„Ja, wenn wir sie hier nicht hinstellen können, vielleicht habt ihr einen Vorschlag, wo wir sie sonst hinstellen können.“ International Harald Tribune, 11.5.81

Ausdruck und Produkt verschiedener Bewegungen gegen den bürgerlichen Staat, insbesondere der Anti-AKW-Bewegung. Die Dominanz des KB, die Abstinenz anderer politischer Organisationen und das Initiativenkonzept führten jedoch dazu, daß sie zum Feld interner Auseinandersetzungen des KB wurde und die Bürgerinitiativen als Unterstützer der einen oder anderen Position in diese Auseinandersetzung hineingezogen wurden. Mit der Abspaltung der Gruppe „Z“ vom KB (Zielsetzung, in die Grüne Partei zu gehen und einen linken Flügel aufzubauen) spaltete sich der Rest der Bunten Liste. Heute ist keine der beiden Flügel eine Kraft, die eine neue Liste aus sich heraus zustandebringen könnte, da in vielen Bürgerinitiativen und bei unorganisierten Linken ziemliche Wut über die Entwicklung der „BuLi“ herrscht.
Aufgrund dieser Historie bewegt sich die Debatte zur Zeit scheinbar vor allem um statuarische Fragen. Das wird verstärkt durch die Entwicklung in der DKP, die nach ihrem schlechten Abschneiden bei den letzten Wahlen entdeckt hat, daß es auch außerhalb der DKP fortschrittliche Leute gibt. Dazu gehört wohl die Gruppe Z, die eine wichtige Rolle in der Grünen Partei in Hamburg spielt. Jedenfalls durfte ein Z-ler als Vertreter der Grünen auf dem Hamburger Landesparteitag eine
Ganz offensichtlich will ein Teil der Hamburger SPD los von ihrem Image als Träger des bürgerlichen Parteiensystems und sich als Vertreter von berechtigten Forderungen darstellen. Was rauskommt, muß man sehen. Bei denen, die gegen den bürgerlichen Staat kämpfen, besteht kein Vertrauen
net.“ hindern z.B. manchen daran, für die Auflösung der Militärblöcke einzutreten, weil man ja damit Warschauer Pakt und NATO auf eine Stufe stellt. Wir müssen uns bemühen, etwas zur Klärung des Charakters des US-Imperialismus wie des sowjetischen Imperialismus beizutragen.


'Well, If We Can't Put It Out Here, Perhaps You Have Some Suggestions Where We Could Put It.'
„Ja, wenn wir sie hier nicht hinstellen können, vielleicht habt ihr einen Vorschlag, wo wir sie sonst hinstellen können.“ International Harald Tribune, 11.5.81

Aktionstag der Zivildienstleistenden am 13.6.

bem. Hamburg/Frankfurt. Auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Selbstorganisation (SO) der Zivildienstleistenden am 30./31.5. in Frankfurt waren Gruppen aus 12 Städten anwesend, eine relativ geringe Beteiligung. Im Vordergrund der Debatten stand die Vorbereitung für den bundesweiten Aktionstag der SO am 13.6. gegen die geplante Verschärfungen im Zivildienst und die Kriegsvorbereitungen. Forderungen sind u.a.: Bedingungslose Abschaffung des Prüfungsverfahrens! Keine Verlängerung und Militarisierung des ZD's! Die einzelnen SO-Gruppen machen den Aktionstag im Rahmen anderer stattfindender Aktionen, so u.a. in Heidelberg (Demonstration gegen das US-Headquarter), Göttingen (Kunstmarkt), oder eigenständig wie in Hamburg (Kundgebung und Stände). Die Konferenz schätzte nach Berichten aus dem Beirat für ZD, den bereits beginnenden Umsetzungen, den Verschärfungen im ZD selber ein, daß das neue Zivildienstgesetz noch in dieser Legislaturperiode durchgeboxt wird.

Landgericht Frankfurt vereitelt Verteidigung

ke. Nach 16monatiger Dauer eines Strafverfahrens vor einer Strafkammer des Landgerichts Frankfurt wegen mehreren Bankeinbrüchen verschaffte das Gericht der Staatsanwaltschaft Einblick in die Handakten und Büroräume der beiden Verteidiger eines Angeklagten und in die Verteidigungsunterlagen des Angeklagten in seiner Gefängniszelle. Vorwand für den Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschluß war, daß sich in den Verteidigerakten wahrscheinlich *entlastende* Dokumente finden ließen, mit denen nachgewiesen werden kann, daß der Angeklagte zzm Zeitpunkt einer ihm vorgeworfenen Tat in einem Hotel war. Tatsächlich ist dieser Griff in die Verteidigungsunterlagen aber mit dem Vorwurf begründet, der Verteidiger wolle die Strafe gegen seinen Mandanten vereiteln. So hergeholt der Vorwurf ist, so schnell griff die Staatsanwältin zu: dem Verteidiger, der zuerst die Rechtsanwaltskammer verständigen wollte, drohte sie mit Festnahme, nahm ihm seine Akte weg und las sie. – Das Verfahren stand kurz vor dem Abschluß. Jetzt ist der sofortige Abbruch beantragt, da unter solchen Bedingungen von Verteidigung nicht mehr gesprochen werden kann.

Kontroverse um Gesamtschulgesetzentwürfe in NRW

gsh. In Nordrhein-Westfalen gibt es zur Zeit Auseinandersetzungen um einen Gesetzentwurf der Landesregierung, der das Versuchsstadium der Gesamtschule beenden und die Bedingungen der Gesamtschule als einer gleichberechtigten Regelschule neben den herkömmlichen festlegen soll. Von seiten der CDU geht die Kritik an diesem Entwurf in die Richtung, daß er das dreigliedrige Schulsystem gefährde, von seiten zahlreicher Verbände, Teilen der SPD und Gesamtschullehrern und -schülern in die Richtung, daß der Entwurf die Existenz der Gesamtschule gefährde bzw. sie zu einer Hauptschule demontiere. Kernpunkt dabei ist die sogenannte „Bestandsgarantie“, die festlegt, daß Gesamtschulen nur dort errichtet werden können, wo Realschulen und Gymnasien vorhanden sind; des weiteren der Schulträger nicht verpflichtet ist, die Gesamtschule mit Ganztagsunterricht und Oberstufe zu führen. IN NRW gibt es 32 Gesamtschulen mit rund 45000 Schülern, mindestens 80000 Eltern. Zum Zeitpunkt der ersten Lesung des Gesetzentwurfs im März gab es bereits zahlreiche Aktionen dagegen, die bedeutendste in Köln, wo 8000 Schüler, Lehrer und Eltern während der Unterrichtszeit demonstrierten. Am 2. Juni, einem landesweiten Aktionstag gegen das Gesamtschulgesetz, machten rund 20000 Gesamtschüler verschiedene Aktionen, einschließlich Schülerstreiks. Der Zeitpunkt der 2. Lesung ist jetzt vom 10. Juni auf den 1. Juli verschoben worden, um den jetzt vorgelegten Entwurf der CDU zu prüfen und die Spitzengespräche zwischen Rau und Biedenkopf fortzusetzen.

Grüne Haare – neue Form der Vorbeugehaft

bil. Die Frankfurter Polizei fordert besseres, spezifisches Gerät zum Einsatz gegen Demonstranten. Grund: Heftige Auseinandersetzungen an den letzten drei Wochenenden auf dem Frankfurter Flohmarkt. Vor zwei Wochen praktizierte die Polizei eine neue Form der Vorbeugehaft: Grüne Haare, Ähnlichkeit mit Punkern, waren das Startsignal, um ca. 40 Jugendliche in der Umgegend des Frankfurter Flohmarktes vorläufig festzunehmen und bis zum späten Nachmittag in die Polizeihaft zu verbringen. Einige Eltern der festgenommenen Jugendlichen haben Strafanzeige erstattet; der SPD-Unterbezirk von Frankfurt zeigte sich empört. Am Pfingstsamstag wurde die Aktion wiederholt. Eingeschmissene Scheiben in der Nähe der Universität waren diesmal der Anlaß, am Samstag erneut 15 Jugendliche aus den Verkaufsbuden herauszugreifen und vorläufig über Tag in Haft zu nehmen.

Demonstration gegen das AKW Krümmel

cld.Hamburg. Am 27.6. wird auf Initiative verschiedener Bürgerinitiativen und politischer Organisationen eine Demonstration gegen das AKW Krümmel am Bauplatz des AKW's stattfinden. Das AKW Krümmel in Geesthacht an der Elbe steht kurz vor seiner Fertigstellung. 1982 soll es den Betrieb aufnehmen. Bisher ist der Kampf gegen dieses AKW über die Auseinandersetzung um Brokdorf etwas aus dem Blick geraten. Ganz zu Unrecht: Das AKW Krümmel ist der größte Siedewasserreaktor der Welt. Alle Siedewasserreaktoren, wie Grundremmingen, Ohu I, Phillipsburg und nicht zuletzt Brunsbüttel hatten eine Reihe von schweren Unfällen und Beinahe-Katastrophen aufzuweisen und sind deshalb zum größten Teil stillgelegt. Durch das Kühlwasser des Reaktors wird die Elbe noch mehr zerstört und droht, zum toten Fluß zu werden. Alle diese Gründe sprechen für den sofortigen Baustop beim AKW Krümmel. Die Demonstration dient der Durchsetzung dieser Forderung. Weitere Forderungen sind: Einstellung des Atomprogramms! Einstellung aller Strafverfolgungsmaßnahmen gegen Atomgegner!

Wiederaufbereitung bei Volkmarsen soll erzwungen werden

gek. Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) hat in Wiesbaden offiziell den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage im Gebiet von Volkmarsen und Diemelstadt in Nordhessen beantragt. Das Gelände ist offenbar ausschließlich unter dem Gesichtspunkt ausgewählt worden, den Bau gegen den örtlichen Widerstand durchzusetzen. Es handelt sich um eine ehemalige Domäne des Fürsten von Waldeck, jetzt im Besitz des Landkreises Waldeck-Frankenberg. In dessen Kreistag bilden CDU und FDP eine Mehrheit für die Atomlobby. Die unmittelbar betroffenen Gemeinden sollen so den Ankauf des Geländes nicht verhindern können. In Volkmarsen, wo bei den Kommunalwahlen im März eine Bürgerliste gegen die Wiederaufbereitungsanlage 42% der Stimmen erhalten hatte, wurde sofort nach Bekanntwerden der Wiesbadener Pläne eine Demonstration organisiert. Man wird jetzt versuchen, die Nachbargemeinde dafür zu gewinnen, die Aufstellung eines Flächennutzungsplanes zu boykottieren.

Alles, was wir tun, gilt dem Wohl und dem Glück unseres Volkes
Am 14. Juni wählen wir die Kandidaten der Nationalen Front der DDR

Wahlhelfer mit Familien in vertrauensvollem Gespräch

Wählerlisten liegen aus / Sonderwahllokale geöffnet

Neues Deutschland, 25.5.81



Berlin (ND). Seit Sonntag überbringen rund 700 000 Wahlhelfer der Nationalen Front den Wahlberechtigten die Wahlbenachrichtigungen, durch die die Bürger über ihre Eintragung in die Wählerlisten und über das zuständige Wahllokal informiert werden. Bei vertrauensvollen Gesprächen in den Familien über aktuelle politische Fragen geben die Wahlhelfer zugleich Auskunft über wahlrechtliche Bestimmungen. Für die verantwortungsvolle Tätigkeit als Wahlhelfer haben die Ausschüsse der Nationalen Front Menschen aus allen Klassen und Schichten des Volkes gewonnen. In den Gebäuden der Räte der Städte, Stadtbezirke und Gemeinden liegen ebenfalls seit Sonntag bis zum 7. Juni die Wählerlisten zur öffentlichen Einsichtnahme aus.

Am Sonntag öffneten auch die 470 Sonderwahllokale, in denen bis zum 13. Juni, 12 Uhr, jene Bürger ihr Wahlrecht ausüben können, die am 14. Juni nicht in ihrem Heimatort weilen oder anderweitig verhindert sind. Mitzubringen sind der Personalausweis und nach Möglichkeit die Wahlbenachrichtigung. Die Sonderwahllokale sind in Städten Stadtbezirken und größeren Orten zumeist im Gebäude des örtlichen Rates eingerichtet worden. Bürger, die sich längere Zeit nicht am Ort ihrer Hauptwohnung aufhalten, können seit Sonntag beim örtlichen Rat ihres Aufenthaltsortes einen formlosen Antrag stellen, um in die dortige Wählerliste aufgenommen zu werd

Seeleute wählten vor großer Fahrt

Wenige Stunden vor dem Auslaufen machten Mitglieder der Besatzung von SAS 306 „Bandrobbe" aus dem VEB Fischfang Saßnitz von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Im VEB Fischfang Rostock hat ebenfalls seit dem 24. Mai ein Wahllokal geöffnet. Die Besatzungsmitglieder des ROS 308 sowie vom Fang- und Verarbeitungsschiff „Walter Dehmel" haben gleichfalls ihre Stimme abgegeben. Gewählt haben inzwischen auch die Hochseefischer der „Peter Nell", die am Mittwoch auslaufen. Wahllokale für die Seeleute der Handelsflotte bestehen in Rostock und Wismar. Matrosen und Offiziere der Hochseefrachter „Hennigsdorf" und „Sangerhausen" gehörten zu den ersten, die das Wahllokal im Rostocker Überseehafen aufsuchten

Telefoto: ZB/Herbst



Die Zwangsmaßnahmen gegen den Großteil der kleinen, selbständigen Produzenten und die weitere Forcierung der Schwerindustrie für die Rüstungsanstrengungen führten – wie überall im Einflußbereich der Sowjetunion – im Frühjahr 1953 zu akuten Krisenerscheinungen, zu Lebensmittelknappheit und einer allgemeinen Erschöpfung der Arbeiter. Die SED reagierte mit weiterer Erhöhung des Druckes, der nun auch gegen die Arbeiter angewendet wurde: eine Reihe von Sozialausgaben wurden gekürzt, Preise in der staatlichen Handelsorganisation (HO) erhöht, eine Kampagne zur freiwilligen Erhöhung der Arbeitsnormen angeleiert. Als sie gänzlich ohne Erfolg blieb, beschloß die SED-Führung am 14. Mai eine allgemeine Normerhöhung:

„Die notwendigen Akkumulationsmittel können nur durch dauernde Steigerung der Arbeitsproduktivität und Senkung der Selbstkosten erreicht werden. Ein wichtiges Mittel dazu ist die Ausarbeitung und Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen

triebsgewerkschaftsleitung beschließen die Arbeiter, die Resolution der Regierung durch eine Delegation zu überbringen. (...)

Auf dem Potsdamer Platz, vor dem Regierungsgebäude, war der Zug auf über 10000 angewachsen; eine Führung existierte nicht, auch die Bauarbeiter hatten keine Streikleitung gewählt. Die Menge forderte das Erscheinen der Regierungs- und Parteispitze. Heinz Brandt, Robert Havemann und der Minister Selbmann, der erklärte, das Politbüro würde den Normenbeschluß zurücknehmen, wurden nicht zu Ende angehört. Die Partei- und Staatsführung saß derweil im Politbüro und weigerte sich zu erscheinen; beschloß aber schließlich unter dem Eindruck der Nachrichten die Rücknahme der administrativen Normerhöhungen.

In der unschlüssig wartenden Menge breitete sich jetzt die Forderung nach Rücktritt der Regierung aus; als sich die Ansammlung am Nachmittag auflöst, wird die Losung „Generalstreik" und „Morgen alle zum Strausberger Platz" ausgegeben und auf dem Rück-

sozialdemokratischen (z.B. Leipzig) wie ihres revolutionären Flügels. Die tragenden Säulen der Bewegung sind die Belegschaften der Großbetriebe, die geschlossen in den Streik treten und marschieren. (...)

Nur im mitteldeutschen Industriegebiet hat die Bildung von Arbeiterräten entwickeltere Gestalt angenommen. In *Halle* konstituiert sich auf einer gemeinsamen Sitzung der Streikleitungen der Großbetriebe ein „Initiativkomitee", das unter anderem den Versuch macht, Flugblätter drucken zu lassen. Noch um 18.00 spricht der Vorsitzende des Initiativkomitees auf einer Großkundgebung, umgeben bereits von sowjetischen Panzern. In *Merseburg* wird auf der zentralen Kundgebung von 70000 durch Zuruf ein Komitee von 25 Personen gewählt, das mittags die Arbeiter aufruft, in die großen Betriebe Leuna und Buna zurückzukehren. In *Bitterfeld* bildet sich ebenfalls ein zentrales Streikkomitee, das auch in die städtische Verwaltung eingreift. Dieses Komitee schickt um 15.30 Uhr zwei Telegramme nach Berlin ab:

„*An die sogenannte Deutsche Demokratische Regierung, Berlin Pankow.*
Wir Werktätigen des Kreises Bitterfeld fordern von ihnen:
1. Rücktritt der sogenannten Deutschen Demokratischen Regierung, die sich durch Wahlmanöver an die Macht gebracht hat,
2. Bildung einer provisorischen Regierung aus den fortschrittlichen Werktätigen,
3. Zulassung sämtlicher großen demokratischen Parteien Westdeutschlands,
4. freie, geheime, direkte Wahlen in vier Monaten,
5. Freilassung sämtlicher politischer

Michael Sallmann
Die Wahl

Aus: DDR-konkret, von T. Auerbach, W. Hinkeldey, M. Sallmann, u.a.

Der Wahlsonntag war herangekommen, ein Sonntag im warmen Wonnemonat Mai, und ich war weg aus Leipzig, war im Erzgebirge, in meiner damaligen Heimatstadt Thalheim, die laut Ausweis mein Hauptwohnsitz war. (Tatsächlich kam ich nur dreimal dorthin, um meine Mutter zu besuchen.) Drei Tage vor der Wahl hatte ich erfahren, daß ich in Leipzig, wo ich als Student polizeilich nur für eine Nebenwohnung gemeldet war, gar nicht wählen könnte und daß mir die offizielle Wahlbenachrichtigung in Thalheim im Erzgebirge zugestellt worden wäre. Da ich mich in dieser kurzen Frist nicht mehr über die aufgestellten Kommunalkandidaten meines Hauptwohnsitzes hatte informieren können, trug ich mich mit der festen Absicht, mich bei den Wahlen der Stimme zu enthalten.

entstand. Alle blickten mich an, so daß die ganze Wählerei ins Stocken kam.

„Ja, hm, der Stimme enthalten", wagte ich mich wieder hervor und räusperte mich. Um mich herum nervöses Füßescharren.

Wahlhelfer Nr. 3, zu dem ich nun eigentlich hätte treten müssen, überbrückte mit munter-aufheiternder Stimme die Situation: „Herr Sallmann, Sie müssen die Zettel jetzt zusammenfalten und hier in die Wahlurne stecken!" Er wies mit seinem Finger einladend auf den Kasten mit dem Schlitz.

„Nein, nein", erwiderte ich, „ich möchte mich doch der Stimme enthalten, ich hab doch die Kandidaten gar nicht kennenlernen können und weiß nicht, wie ich mich als Wähler anders verhalten soll, als mich der Stimme zu enthalten." Im Hintergrund lachte jemand schrill. Kinder plärrten. Sonst war alles still. So blieb es einige Sekunden lang, dann schob einer der Wahlhelfer energisch seinen Stuhl zurück: „Was will denn der! Der stört den Ablauf, das soll doch alles zügig gehen!" Und zu mir gewandt: „So gehts doch nun auch nicht! Sie bringen uns ja hier alles durcheinander!"

Ich hörte, wie der neben ihm sitzen-

Der 17. Juni 1953

Auszug aus einem Artikel in Kommunismus und Klassenkampf 6/81
Von H. Kuhn

... Die Aufstellung von Arbeitsnormen auf falscher Grundlage wird begünstigt durch die ... Bestimmung, wonach bei Einführung neuer Arbeitsnormen eine Senkung des bisherigen

marsch in der ganzen Stadt verbreitet. Der gewundenen Erklärung des Politbüros zur Normenfrage, die mit Lautsprecherwagen verbreitet wird, wird kein Glauben geschenkt. (...)

Michael Sallmann
Die Wahl

Aus: DDR-konkret, von T. Auerbach, W. Hinkeldey, M. Sallmann, u.a.

Der Wahlsonntag war herangekommen, ein Sonntag im warmen Wonnemonat Mai, und ich war weg aus Leipzig, war im Erzgebirge, in meiner damaligen Heimatstadt Thalheim, die laut Ausweis mein Hauptwohnsitz war. (Tatsächlich kam ich nur dreimal dorthin, um meine Mutter zu besuchen.) Drei Tage vor der Wahl hatte ich erfahren, daß ich in Leipzig, wo ich als Student polizeilich nur für eine Nebenwohnung gemeldet war, gar nicht wählen könnte und daß mir die offizielle Wahlbenachrichtigung in Thalheim im Erzgebirge zugestellt worden wäre. Da ich mich in dieser kurzen Frist nicht mehr über die aufgestellten Kommunalkandidaten meines Hauptwohnsitzes hatte informieren können, trug ich mich mit der festen Absicht, mich bei den Wahlen der Stimme zu enthalten.

An diesem Wahlmorgen nun machte ich mich mit meiner Mutter gegen neun auf den Weg zum Wahllokal. Meine Mutter, die dem Wahlvorgang völlig desinteressiert und eingeschüchtert gegenübersteht, wollte einfach ihren „Zettel" abgeben und ihre Ruhe haben. Das Wahllokal war an diesem Sonntagmorgen schon lebhaft besucht. An der hinteren Wand stand eine lange Tischreihe, die mit rotem Fahnentuch bedeckt war. Hinter ihr saßen die Wahlhelfer; sie hatten die Aufgabe, die Wähler bei den Formalitäten der Wahl anzuweisen. Dem am weitesten rechts sitzenden Wahlhelfer mußte ich meine rote Wahlbenachrichtigungskarte vorzeigen und meinen Personalausweis vorlegen. Nachdem sich der Mann von meiner Identität überzeugt hatte, konnte ich zwei Schritte weiter nach links vor den nächsten Helfer treten. Der schaute sich nochmals Karte und Ausweis an, behielt die Karte und drückte mir dafür die Stimmzettel in die Hand. „So, bitte nicht herumträumen."

In der Tat war ich ziemlich verklemmt. Ich wußte sozusagen nicht, wie ich mein „frevelhaftes" Verhalten beginnen sollte.

„Entschuldigen Sie, ich möchte mich der Stimme enthalten, was soll ich denn da mit diesen Zetteln machen?" begann ich mit belegter Stimme. Wahlhelfer Nr. 2 nahm die Brille ab. „Wie bitte? Ich verstehe Sie wohl nicht richtig?" Er blickte mich fassungslos an. Ich wußte nicht, was ich antworten sollte. Peinliches Schweigen

entstand. Alle blickten mich an, so daß die ganze Wählerei ins Stocken kam.

„Ja, hm, der Stimme enthalten", wagte ich mich wieder hervor und räusperte mich. Um mich herum nervöses Füßescharren.

Wahlhelfer Nr. 3, zu dem ich nun eigentlich hätte treten müssen, überbrückte mit munter-aufheiternder Stimme die Situation: „Herr Sallmann, Sie müssen die Zettel jetzt zusammenfalten und hier in die Wahlurne stecken!" Er wies mit seinem Finger einladend auf den Kasten mit dem Schlitz.

„Nein, nein", erwiderte ich, „ich möchte mich doch der Stimme enthalten, ich hab doch die Kandidaten gar nicht kennenlernen können und weiß nicht, wie ich mich als Wähler anders verhalten soll, als mich der Stimme zu enthalten." Im Hintergrund lachte jemand schrill. Kinder plärrten. Sonst war alles still. So blieb es einige Sekunden lang, dann schob einer der Wahlhelfer energisch seinen Stuhl zurück: „Was will denn der! Der stört den Ablauf, das soll doch alles zügig gehen!" Und zu mir gewandt: „So gehts doch nun auch nicht! Sie bringen uns ja hier alles durcheinander!"

Ich hörte, wie der neben ihm sitzen-de Wahlhelfer ihn fragt: „Ist das nicht der junge Sallmann? Studiert der nicht in Leipzig?"

„Ja, ich glaub, der studiert", antwortete der Erste und setzte sich wieder hin. Nun fing der andere an. Er fuhr von seinem Stuhl hoch wie eine Rakete: „Sind Sie nicht der Herr Sallmann!" ging er mich mit spitzer schriller Stimme an; dann, mit beifallheischender Geste an die Leute im Raum gewandt. „Studiert, will aber hier stänkern!"

Ich gab nun schon recht kleinlaut zurück: „Aber ich will mich doch nur der Stimme enthalten und nur von Ihnen wissen, wie ich mich dabei zu verhalten habe mit diesen Zetteln hier. Soll ich sie etwa zerreißen oder so zurückgeben oder was?" Nun war Wahlhelfer Nr. 2 wieder dran. Er war aufgestanden und sagte mit fast beschwörender Stimme: „Überlegen Sie sich doch, was Sie tun, was wollen Sie nur damit beweisen!"

Meine Mutter, die die ganze Zeit neben mir stand, forderte er auf, doch einzuschreiten und mich zur Vernunft zu bringen: „Er weiß nicht, was er tut. Sie sehen doch, hier staut sich alles!" Es folgte eine hilflose Gebärde.

Der Typ, der mich so scharf angegangen war, hackte wieder auf mich ein: „Können Sie vielleicht begründen, warum Sie sich der Stimme enthalten wollen?" Und mit empörter Steigerung (er platzte sozusagen): „Sowas darf ja wohl nicht wahr sein. Und das bei uns, wo für die Jugend alles, aber auch

Fortsetzung S. 4 unten

gierte mit weiterer Erhöhung des Druckes, der nun auch gegen die Arbeiter angewendet wurde: eine Reihe von Sozialausgaben wurden gekürzt, Preise in der staatlichen Handelsorganisation (HO) erhöht, eine Kampagne zur freiwilligen Erhöhung der Arbeitsnormen angeleiert. Als sie gänzlich ohne Erfolg blieb, beschloß die SED-Führung am 14. Mai eine allgemeine Normerhöhung:

„Die notwendigen Akkumulationsmittel können nur durch dauernde Steigerung der Arbeitsproduktivität und Senkung der Selbstkosten erreicht werden. Ein wichtiges Mittel dazu ist die Ausarbeitung und Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen

nen der Regierungs- und Parteispitze. Heinz Brandt, Robert Havemann und der Minister Selbmann, der erklärte, das Politbüro würde den Normenbeschluß zurücknehmen, wurden nicht zu Ende angehört. Die Partei- und Staatsführung saß derweil im Politbüro und weigerte sich zu erscheinen; beschloß aber schließlich unter dem Eindruck der Nachrichten die Rücknahme der administrativen Normerhöhungen.

In der unschlüssig wartenden Menge breitete sich jetzt die Forderung nach Rücktritt der Regierung aus; als sich die Ansammlung am Nachmittag auflöst, wird die Losung „Generalstreik" und „Morgen alle zum Strausberger Platz" ausgegeben und auf dem Rück-

meinsamen Sitzung der Streikleitungen der Großbetriebe ein „Initiativkomitee", das unter anderem den Versuch macht, Flugblätter drucken zu lassen. Noch um 18.00 spricht der Vorsitzende des Initiativkomitees auf einer Großkundgebung, umgeben bereits von sowjetischen Panzern. In *Merseburg* wird auf der zentralen Kundgebung von 70000 durch Zuruf ein Komitee von 25 Personen gewählt, das mittags die Arbeiter aufruft, in die großen Betriebe Leuna und Buna zurückzukehren. In *Bitterfeld* bildet sich ebenfalls ein zentrales Streikkomitee, das auch in die städtische Verwaltung eingreift. Dieses Komitee schickt um 15.30 Uhr zwei Telegramme nach Berlin ab:

„*An die sogenannte Deutsche Demokratische Regierung, Berlin Pankow.*
Wir Werktätigen des Kreises Bitterfeld fordern von ihnen:
1. Rücktritt der sogenannten Deutschen Demokratischen Regierung, die sich durch Wahlmanöver an die Macht gebracht hat,
2. Bildung einer provisorischen Regierung aus den fortschrittlichen Werktätigen,
3. Zulassung sämtlicher großen demokratischen Parteien Westdeutschlands,
4. freie, geheime, direkte Wahlen in vier Monaten,
5. Freilassung sämtlicher politischer

Der 17. Juni 1953

Auszug aus einem Artikel in Kommunismus und Klassenkampf 6/81
Von H. Kuhn

... Die Aufstellung von Arbeitsnormen auf falscher Grundlage wird begünstigt durch die ... Bestimmung, wonach bei Einführung neuer Arbeitsnormen eine Senkung des bisherigen
Verdienstes nicht zulässig ist. Die Bestimmung hat sich als ein Fehler erwiesen ... Das ZK der SED steht auf dem Standpunkt, daß die Minister, Staatssekretäre sowie die Werkleiter alle erforderlichen Maßnahmen zur Beseitigung des schlechten Zustandes in der Arbeitsnormung einleiten und durchführen mit dem Ziel, die Arbeitsnormen auf ein normales Maß zu bringen und eine Erhöhung der für die Produktion entscheidenden Arbeitsnormen um durchschnittlich mindestens 10 Prozent bis zum 1. Juni 1953 sicherzustellen." (...)

Die wachsende Unzufriedenheit der Arbeiter schlug sich zuerst auf den Baustellen Ostberlins, vor allem der Großbaustelle Stalinallee, in Aktionen nieder. Nachdem die Lohnabrechnung bereits Lohneinbußen im Gefolge der Normerhöhung gezeigt hatte, fanden seit dem 12. Juni hitzige Gewerkschafts- und Abteilungsversammlungen statt. Die Gewerkschaftsfunktionäre des FDGB versuchten die Bewegung zu zerreden und sie zersplittert zu halten, aber sie hatten wie die Parteifunktionäre nach dem Politbüro-Beschluß den Forderungen und Argumenten der Arbeiter wenig entgegenzusetzen; zumal auch im Neuen Deutschland Artikel gegen eine „administrative Durchsetzung" von Normerhöhungen erschienen. Eine Resolution zum „Dank für den neuen Kurs", den am 15. Juni ein Funktionär den Bauarbeitern vom Block 40 der Stalinallee vorlegte, erweiterten die Arbeiter um die Bitte, die Normen zurückzunehmen. Entgegen den Mahnungen der Be-

marsch in der ganzen Stadt verbreitet. Der gewundenen Erklärung des Politbüros zur Normenfrage, die mit Lautsprecherwagen verbreitet wird, wird kein Glauben geschenkt. (...)

Noch wußte man in Bonn nicht so recht, was man von den Ereignissen zu halten habe; aber wie auch immer, die Bewegung der Ostberliner Arbeiter war für die Bundesregierung nur als Druckmittel von Interesse für ihre Politik, unter dem Schutz der USA die Sowjetunion zur Lockerung ihrer Kontrolle über die DDR zu zwingen.

Die SED-Führung versammelte am Abend die Berliner Funktionäre im Friedrichstadt-Palast, um den Neuen Kurs zu begründen. „Fast das ganze Politbüro und viele Mitglieder der Regierung saßen im Präsidium. In offensichtlicher Blindheit gegenüber den Ereignissen des Tages erging man sich in gegenseitigen Ovationen. Man werde sich durch den Mob der Straße nicht unter Druck setzen lassen. Die Versammlung endete, ohne daß den Anwesenden irgendwelche Anweisungen gegeben wurden, was sie am morgigen Tag zu tun hätten", berichtet R. Havemann. Verhandlungen mit den streikenden Bauarbeitern waren zu keinem Zeitpunkt geplant. (...)

Am folgenden Tag breitete sich die Streik- und Demonstrationsbewegung auf ganz Berlin und die gesamte DDR aus. Nach eigenen Angaben der SED streikten in 272 Orten 300000 Arbeiter. Die SED nennt das wenig, in Wahrheit ist ein solches Tempo der Ausbreitung atemberaubend. Zentren der Streikbewegung sind Berlin, das mitteldeutsche Industriegebiet um Halle, Leipzig, Merseburg, Magdeburg, Jena/Gera, Brandenburg und Görlitz; also die traditionellen Zentren der Industrie und der Arbeiterbewegung, und zwar ihres

Gefangener (direkt politischer, sogenannter „Wirtschaftsverbrecher" und konfessionell Verfolgter),
6. sofortige Abschaffung der Zonengrenzen und Zurückziehung der VoPo,
7. sofortige Normalisierung des sozialen Lebensstandards,
8. sofortige Auflösung der sog. „Nationalarmee",
9. keine Repressalien gegen einen Streikenden. (...)

So war der Verlauf der Streik- und Demonstrationsbewegung der Arbeiterklasse in Ostberlin und der DDR in mehrfacher Hinsicht eine Niederlage für die deutsche Arbeiterbewegung. Sie war von vornherein Ergebnis und in ihrem Verlauf Ausdruck der Tatsache, daß in einem Teil Deutschlands die kommunistische Partei die Führung der Arbeiterklasse und der ganzen Gesellschaft usurpiert und ihren Willen an die Stelle der Souveränität der Volksklassen gesetzt hatte, der Politik der Sowjetunion zur Bindung der DDR an das „sozialistische Lager" folgte. Die Bewegung des 17. Juni konnte die Spaltung der Arbeiterbewegung nicht überwinden; wie sie sich vorher nicht über die neuen historischen Erfahrungen hat verständigen können und daher in wesentlichen politischen Fragen keinen selbständigen Standpunkt gewinnen konnte, so hat sie auch aus dem Scheitern des Juni keine Lehren ziehen können. Am 17. Juni und danach gab es keine Kraft, die die Arbeiter und die Volksmassen gegen die inneren *und* äußeren Feinde zu führen in der Lage gewesen wäre. Das hat sich bis heute nicht grundsätzlich geändert.

Der Kampf gegen den Krieg und der Weg zur Revolution

(Anläßlich der Berichterstattung über die Westberliner Wahlen)

Die Bundesrepublik steht im Fadenkreuz der Supermächte, und Westberlin, unter alliierter Hoheit, ist die Drehscheibe. Wollen wir alle Reserven für die Verhinderung, zumindest Verschiebung des drohenden Krieges zwischen den Supermächten erschließen und entwickeln, müssen wir umdenken:

1. Die kommende Revolution wird der Hauptsache nach eine demokratische Revolution sein; die zweite demokratische Revolution nach der ersten bürgerlichen. Diese zweite, demokratische Revolution wird ihrer Form nach die direkte Demokratie der Belegschaften (und ihrer Organe) und der Initiativen und demokratischen Bewegungen (und ihrer Organe) sein. 2. Sie wird ihrem Inhalt nach die Einschränkungen der politischen Rechte aufheben, wie sie die bürgerliche Demokratie fixiert hat; sie wird die gewerkschaftlichen Rechte uneingeschränkt zulassen, ein einheitliches Arbeitsrecht schaffen und die Organe der Belegschaften in die wirtschaftliche und politische Vollzugsgewalt versetzen.

3. Sie wird *nicht* den Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital lösen, wohl aber a) die Gewinne der Unternehmen garantieren und begrenzen, b) den Kapitalexport kontrollieren, c) den Unternehmen eine bestimmte Investitionssumme überlassen und dafür d) der Vernutzung der Arbeitskraft gesetzliche Schranken ziehen, e) einheitliche Versicherungen schaffen, deren Leistungen von den Unternehmen bezahlt werden, f) die Steuerfragen lösen, g) die Banken kontrollieren.

4. Sie wird ein Programm der revolutionären Bildung entwicklen, das den Unterschied von Kopf- und Handarbeit eindämmt und der Jugend eine allseitige Grundlagenausbildung vermittelt.

5. Sie wird – und das wird neben der Demokratie ihr zweiter Hauptinhalt sein – Westdeutschland aus der Bindung an die Regierung der USA lösen und aus der Nato heraus an die Seite der blockfreien und sozialistischen Länder führen.

(...)

Die kommende Revolution wird *keine* sozialistische sein. Warum? Die Faktoren des Krieges und der Schlachtbildung der Supermächte wachsen stärker an. Die subjektiven Kräfte der sozialistischen Revolution stehen hinter den objektiven Anforderungen und der Entwicklung der Widersprüche auf der Welt und im Innern zurück. Die äußeren Widersprüche – die Widerspüche gegen den Krieg der Supermächte – sind Zug um Zug die entscheidenden. Im Widerspruch gegen den Krieg laufen alle Interessen des Volkes und der Arbeiterklasse zusammen, laufen die Interessen aller Völker, der Blockfreien und der sozialistischen Länder zusammen. Mit einem demokratischen Programm können wir in den subjektiven Kräften mit den objektiven Widersprüchen gleichziehen. Ja, die subjektiven Kräfte werden den objektiven Widersprüchen überlegen sein, die Menschen können sie positiv lösen.

Wird das demokratische Programm, wird die Allianzfrage zur Revolution führen? Aller Wahrscheinlichkeit nach. Die bürgerlichen und reaktionären Kräfte der westdeutschen Bourgeoisie werden aus Gründen ihrer Geschichte, der wieder und wieder an den Tag gelegten Feigheit und des absehbaren Verlustes jeglicher auch moralischer Substanz nicht über den Schatten springen, der da heißt: Selbständigkeit. Die bürgerlichen Reaktionäre haben allein schon deswegen Angst vor einem solchen Schritt, weil sie – zu Recht – befürchten, ohne auswärtigen Beistand und Anlehnung an die eine oder andere fremde Macht, ihre Gesetze über das Volk und gegen die produzierenden Klassen nicht aufrechterhalten zu können. Die Demokratie – und die Allianz – d.h. die Friedensfrage werden zu Hebeln der Erschütterung der bürgerlichen Herrschaft in Verbindung mit den Fragen des Erhalts der Lebens- und Reproduktionsbedingungen der Menschen. Dies zeigen das Wahlergebnis, das Abschneiden der Alternativen Liste und die Debatten der bürgerlichen Politiker in und um den Wahlkampf herum.

In Westberlin zeigen sich die Probleme unserer Gesellschaft, nur früher – sagen die bürgerlichen Politiker. In der Tat. Auch wir müssen zu entsprechenden Schlußfolgerungen kommen.

G. M., Westberlin

Europa und die Supermächte

(Zum Artikel „Der sogenannte Antiamerikanismus", KVZ 22/81, Seite 1)

Zur Stoßrichtung des Artikels: „Zu einem akuten Problem für die Arbeiterbewegung und die demokratische Bewegung ist die Anbindung der BRD an die Hegemonialpolitik der USA gerade durch den forcierten Expansionismus der Sowjetunion geworden ... Gerade das macht einen direkten Zusammenstoß zwischen den beiden Supermächten bedrohlicher, der in Europa ausgetragen werden muß."

Ich bezweifle, daß letzteres eine richtige Einschätzung ist. Die Chinesen vertreten hinsichtlich des strategischen Schwerpunkts der Sowjetunion seit langem eine andere Einschätzung („Ein direkter Angriff gegen Europa ist der Sowjetuinion zu riskant, und sie würde sich dies zweimal überlegen" – Beijing Rundschau 20/81, S. 3), und ich halte es für eine Fortsetzung des Krisen-und Kriegsgeschreis des KBW, die Sache der Mittelstreckenraketen u.a. einfach so zu behandeln, daß damit „Europa ausgelöscht" werden kann. Eher verhält es sich wohl so, daß speziell Westdeutschland zur *letzten Festung* ausgebaut wird, die strategischen Entscheidungen und eventuell sogar die Kriegsentscheidungen aber an den Schlüsselstellungen zur Versorgung Europas und der USA, z.B. im Nahen Osten, fallen. Auf dem Vormarsch sind die Amerikaner *aus europäischer Sicht* zur Zeit in Europa (Nachrüstung, Nato-Doppelbeschluß), aber tatsächlich scheint mir dies lediglich die Politik, sich den Rücken frei zu halten (und den Europäern größere Militärlasten aufzubürden), um den strategischen Vormarsch in den Krisengebieten anzutreten, was gegenwärtig m.E. die Hauptstoßrichtung des US-Imperialismus ist.

Die Politik der Blockfreiheit halte ich da für richtig. Was allerdings eine „europäische Blockfreiheit" sein soll, verstehe ich nicht. Die Widersprüche zwischen Europa und den USA sind bereits beträchtlich, weil und insofern sich die europäischen Staaten auf der Grundlage ihrer gemeinsamen ökonomischen Stärke einheitlich gegenüber dem Expansionismus der USA verhalten. Die Entwicklungstendenz solcher Gemeinsamkeit kann m.E. nur sein, ein tatsächliches Gegengewicht zu den USA zu bilden, also letztlich – als Zusammenschluß – auch nach „Supermacht" zu streben (was gegenwärtig die nationalen kapitalistischen Interessen noch weitgehend verhindern). Keineswegs sehe ich aber als Ergebnis solchen *politischen* Zusammengehens, wenn sie unter der Fahne der „europäischen Blockfreiheit" geschähe, den Silberstreif der Verhinderung des Kriegs am Horizont – eher eine Verschärfung.

J.F., Koblenz

KaFauZet-Föjetong und Jugend – „No Fun!"

(Zum Artikel „Zeugnis eines Punk über Punk", KVZ 23/81, Seite 12)

Kein Zweifel, sehr lobenswert der Versuch, Probleme der Jugend, Kultur und Kunst im allgemeinen in der KVZ zu behandeln. Aber muß das denn so sein!? Genosse Ackermann versucht sich an Hollow Skai. (KVZ 23/81) Allein, der „Mitträger der Hannoverschen Punk-Scene" ist eine gar zu harte Nuß, was zu einem neuen peinlichen Höhepunkt im Jugend-Kultur-Föjetong-Teil der KVZ führt. Da ist einer „Mitträger der Punk-Scene", dann Betreiber des selbstverwalteten Plattenvertriebs ‚No Fun" und gleichzeitig Autor einer „wissenschaftlichen Abhandlung" über Punk.

Also *meines Erachtens* (um mal das neue Modewort der KVZ zu gebrauchen) ist es ein kapitaler Bock, ausgerechnet Hollow Skai mit einem Punk gleichzusetzen. Der Typ „trägt" nicht die hannoversche Punk-Scene – die besteht aus vielen einzelnen, meistens wesentlich jüngeren Leuten – sondern vermarktet sie kräftig. Der „No Fun"-Label gehört dem guten Holger (Hollow), er managed u.a. „Rotzkotz", „Hans-A-Plast", schreibt regelmäßig Platten- und Konzertkritiken im Schädelspalter (Hannoversches Stadtmagazin), und nun veröffentlicht der für 14 DM seine m.E. (!) ausgesprochen platte wissenschaftliche Arbeit über Punk. Die Besprechung des Buches im Schädelspalter (Auflage 28000) ist nur eine Frage der Zeit – die Verkaufsfrage damit gelöst. Wäre auch nicht schlecht gewesen, darüber mal ein Wort zu verlieren. Zudem wird die inhaltliche „Auseinandersetzung" überhaupt nicht geführt. Außer der wirklich verblüffenden Mitteilung, Hollow bezeichne „meines Erachtens die marxistische Klassen- und Gesellschaftsanalyse etwas leichtfertig als statisch", und daß es im Grunde ja sowieso keine „unpolitischen" Bewegungen gäbe, kann sich Genosse Ackermann zu keiner Stellungnahme durchringen, offensichtlich mangels Kenntnis und Verständnis von Punk. Immerhin am Schluß „scheint" ihm irgendwas richtig zu sein, nämlich daß alle Bewegungen auf politische Veränderungen drängen. Puh, es ist geschafft, endlich mal wieder die Politik reingequetscht. Nachdem bereits bei der Flash Gordon-Besprechung die europäischen Staaten in ihrem Verteidigungswillen herhalten mußten (statt mal auf die sehr ungewöhnliche Kameraführung einzugehen), wurde nun wieder kein Wort über die *Formen* des Punk verloren, kein Wort, warum Punker unpolitisch *sein wollen*. ...

H.A. Hannover

Unpraktische Vorschläge

(Zur Berichterstattung über die Lohnbewegung im Öffentlichen Dienst)

... Die Lähmung der Bewegung im ö.D. resultiert wohl auch aus den scharfen Geschützen der Regierungsvertreter Ende letzten Jahres: „Lohnpause", Rau-Vorschlag 80 – 100 DM etc. Gegen diese Angriffe der Regierungsvertreter gab es noch eine gewisse Bewegung im ö.D., auch von seiten der Gewerkschaften, vor allem gegen den unverschämten Rau-Vorschlag: „Gewerkschafter legen Ämter in der SPD nieder" wegen der Sparbeschlüsse der Landesregierung zu Lasten des ö.D. (FR 4.2.), Heinz Wolff sagt in Hessen aktuell, daß „man die Sozialdemokratie nicht mehr wählen könne, wenn die Regierungssozialdemokraten mit ihrem Lohnstopp und Lohnsenkungsplänen durchkommen."

Solche offenen Widersprüche der Gewerkschaftsverteter zur Regierungssozialdemokratie gab es bisher noch nicht! Die Krise in der SPD, die jetzt offen zutage tritt, scheint sich auch schon in dem Tarifkampf angebahnt zu haben.

Diese Widersprüche hätten wir nutzen müssen, einerseits um die politische Lage zu klären, andererseits um zumindest zu versuchen, eine soziale Komponente in den Forderungsvorschlag des HV zu bringen. Zu der Zeit (Ende Januar) gab es in den Belegschaften eher eine Tendenz zu Mindestbeträgen, in Anlehnung an Metall. Diese Tendenz hätten wir stärken müssen, statt 5 Minuten vor Toresschluß, wo es überhaupt keine Grundlage in den Betrieben dafür gab, geschweige denn noch die Zeit war, den Vorschlag in den Betrieben zu diskutieren, am 16.2. in der KVZ Nr. 8 zu veröffentlichen: „Dieses sollte bei einem Prozentabschluß die 5% sein, falls dieses Volumen nicht erreicht werden kann, sollte man einen Abschluß von ca. 120 DM in Festgeld ins Auge fassen, um den Tarif von unten her abzuschotten und die Widersprüche unter den bürgerlichen Politikern optimal zu nutzen." Zu diesem Zeitpunkt gab es überhaupt keinen Boden in den Betrieben für diesen Forderungsvorschlag. Hinzu kommt noch, daß der KBW sich stützte auf den Regierungsvertreter Rau, gegen dessen Pläne es Widerstände von den Beschäftigten und den Gewerkschaften gegeben hat. Der Rauvorschlag wird noch im Dezember in der KVZ als spalterisch für die Belegschaften bezeichnet und vom Volumen würde dieser Vorschlag auf 2 – 5% rauslaufen. Hinzu kommt, daß *vor* Beschlußfassung durch den Hauptvorstand über die Höhe der Forderung und vor Verhandlungsbeginn der KBW den Forderungsvorschlag des HV (7%) um einiges unterbietet (5%).

Während der Verhandlungen gab es kaum Berichterstattung über die Lage in den Betrieben, wie die Kollegen zu einem möglichen Streik stehen, etc. Dies hätte der Bewegung im Öffentlichen Dienst genützt. Die praktischen Vorschläge in der KVZ waren in der Regel unpraktisch, z.B. Aufrechnung der Metall- und Bauabschlüsse in Pfennigbeträge und Umrechnung auf Prozente im Öffentlichen Dienst, ohne daß diese Rechnungen nachvollziehbar waren. Klar war zu diesem Zeitpunkt, daß das Volumen von Metall bei 5,2% war und für den Öffentlichen Dienst weiterhin die Forderung richtig gewesen wäre, kein Abschluß unter Metall. Dringend erforderlich wären zu diesem Zeitpunkt Untersuchungen über das Haushaltsvolumen, Auswirkungen der Krise auf den Staatshaushalt, Personaleinsparpläne etc. gewesen. Dies wäre sicher günstiger gewesen, um die Streikmöglichkeiten auszuloten, als frühere Behauptungen, daß 120 DM mit oder ohne Streik möglich wären, oder nach dem Abschluß, „daß bei der Rekordverschuldungspolitik der Regierung ein viel längeres Rauszögern der Verhandlungen sich für die Gewerkschaften nachteilig auswirken mußte." Neben den Lohnforderungen wurden keine Forderungen zur verstärkten Arbeitshetze, Rationalisierungen etc. erhoben, diese Maßnahmen drücken die Kollegen genausoviel oder mehr als die Lohnsenkungen, was ein weiterer Grund für die Lähmung im Ö.D. war.

Zelle Öffentlicher Dienst Frankfurt

Materialhefte im Juni 1981
Wirtschaft und Politik
Enthält u.a. das Dokument: Programmentwurf von Solidarność.
Richtlinien für die Tätigkeit der Unabhängigen Selbstverwalteten

Fortsetzung von Seite 3
wirklich alles getan wird!"
heitliche Versicherungen schaffen, deren Leistungen von den Unternehmen bezahlt werden, f) die Steuerfragen lösen, g) die Banken kontrollieren.
4. Sie wird ein Programm der revolutionären Bildung entwicklen, das den Unterschied von Kopf- und Handarbeit eindämmt und der Jugend eine allseitige Grundlagenausbildung vermittelt.
5. Sie wird – und das wird neben der Demokratie ihr zweiter Hauptinhalt sein – Westdeutschland aus der Bindung an die Regierung der USA lösen und aus der Nato heraus an die Seite der blockfreien und sozialistischen Länder führen.
(...)
Die kommende Revolution wird keine sozialistische sein. Warum? Die Faktoren des Krieges und der Schlachtbildung der Supermächte wachsen stärker an. Die subjektiven Kräfte der sozialistischen Revolution stehen hinter den objektiven Anforderungen und der Entwicklung der Widersprüche auf der Welt und im Innern zurück. Die äußeren Widersprüche – die Widerspüche gegen den Krieg der Supermächte – sind Zug um Zug die entscheidenden. Im Widerspruch gegen den Krieg laufen alle Interessen des Volkes und der Arbeiterklasse zusammen, laufen die Interessen aller Völker, der Blockfreien und der sozialistischen Länder zusammen. Mit einem demokratischen Pro-
verzweifelt, „ich kenne die Leute doch nicht!" Da riß mir Wahlhelfer Nr. 3 plötzlich die Stimmzettel wieder aus
Europa und die Supermächte
(Zum Artikel „Der sogenannte Antiamerikanismus", KVZ 22/81, Seite 1)
Zur Stoßrichtung des Artikels: „Zu einem akuten Problem für die Arbeiterbewegung und die demokratische Bewegung ist die Anbindung der BRD an die Hegemonialpolitik der USA gerade durch den forcierten Expansionismus der Sowjetunion geworden ... Gerade das macht einen direkten Zusammenstoß zwischen den beiden Supermächten bedrohlicher, der in Europa ausgetragen werden muß."
Ich bezweifle, daß letzteres eine richtige Einschätzung ist. Die Chinesen vertreten hinsichtlich des strategischen Schwerpunkts der Sowjetunion seit langem eine andere Einschätzung („Ein direkter Angriff gegen Europa ist der Sowjetuinion zu riskant, und sie würde sich dies zweimal überlegen" – Beijing Rundschau 20/81, S. 3), und ich halte es für eine Fortsetzung des Krisen-und Kriegsgeschreis des KBW, die Sache der Mittelstreckenraketen u.a. einfach so zu behandeln, daß damit „Europa ausgelöscht" werden kann. Eher verhält es sich wohl so, daß speziell Westdeutschland zur letzten Festung ausgebaut wird, die strategischen Entscheidungen und eventuell sogar die
sagen – dann sollten Sie zur Staatsmacht mehr Vertrauen haben! Unsere Kandidaten sind doch alle vorher ge-
(Zum Artikel „Zeugnis eines Punk über Punk", KVZ 23/81, Seite 12)
Kein Zweifel, sehr lobenswert der Versuch, Probleme der Jugend, Kultur und Kunst im allgemeinen in der KVZ zu behandeln. Aber muß das denn so sein!? Genosse Ackermann versucht sich an Hollow Skai. (KVZ 23/81) Allein, der „Mitträger der Hannoverschen Punk-Scene" ist eine gar zu harte Nuß, was zu einem neuen peinlichen Höhepunkt im Jugend-Kultur-Föjetong-Teil der KVZ führt. Da ist einer „Mitträger der Punk-Scene", dann Betreiber des selbstverwalteten Plattenvertriebs ‚No Fun" und gleichzeitig Autor einer „wissenschaftlichen Abhandlung" über Punk.
Also meines Erachtens (um mal das neue Modewort der KVZ zu gebrauchen) ist es ein kapitaler Bock, ausgerechnet Hollow Skai mit einem Punk gleichzusetzen. Der Typ „trägt" nicht die hannoversche Punk-Scene – die besteht aus vielen einzelnen, meistens wesentlich jüngeren Leuten – sondern vermarktet sie kräftig. Der „No Fun"-Label gehört dem guten Holger (Hollow), er managed u.a. „Rotzkotz", „Hans-A-Plast", schreibt regelmäßig Platten- und Konzertkritiken im Schädelspalter (Hannoversches Stadtmagazin), und nun veröffentlicht der für 14 DM seine m.E. (!) ausgesprochen platte wissenschaftliche Arbeit
Regierungsvertreter gab es noch eine gewisse Bewegung im ö.D., auch von seiten der Gewerkschaften, vor allem gegen den unverschämten Rau-Vorschlag: „Gewerkschafter legen Ämter in der SPD nieder" wegen der Sparbeschlüsse der Landesregierung zu Lasten des ö.D. (FR 4.2.), Heinz Wolff sagt in Hessen aktuell, daß „man die Sozialdemokratie nicht mehr wählen könne, wenn die Regierungssozialdemokraten mit ihrem Lohnstopp und Lohnsenkungsplänen durchkommen."
Solche offenen Widersprüche der Gewerkschaftsverteter zur Regierungssozialdemokratie gab es bisher noch nicht! Die Krise in der SPD, die jetzt offen zutage tritt, scheint sich auch schon in dem Tarifkampf angebahnt zu haben.
Diese Widersprüche hätten wir nutzen müssen, einerseits um die politische Lage zu klären, andererseits um zumindest zu versuchen, eine soziale Komponente in den Forderungsvorschlag des HV zu bringen. Zu der Zeit (Ende Januar) gab es in den Belegschaften eher eine Tendenz zu Mindestbe-
war zu diesem Zeitpunkt, daß das Volumen von Metall bei 5,2% war und für den Öffentlichen Dienst weiterhin die Forderung richtig gewesen wäre, kein Abschluß unter Metall. Dringend erforderlich wären zu diesem Zeitpunkt Untersuchungen über das Haushaltsvolumen, Auswirkungen der Krise auf den Staatshaushalt, Personaleinsparpläne etc. gewesen. Dies wäre sicher günstiger gewesen, um die Streikmöglichkeiten auszuloten, als frühere Behauptungen, daß 120 DM mit oder ohne Streik möglich wären, oder nach dem Abschluß, „daß bei der Rekordverschuldungspolitik der Regierung ein viel längeres Rauszögern der Verhandlungen sich für die Gewerkschaften nachteilig auswirken mußte." Neben den Lohnforderungen wurden keine Forderungen zur verstärkten Arbeitshetze, Rationalisierungen etc. erhoben, diese Maßnahmen drücken die Kollegen genausoviel oder mehr als die Lohnsenkungen, was ein weiterer Grund für die Lähmung im Ö.D. war.
Zelle Öffentlicher Dienst Frankfurt
Materialhefte im Juni 1981

Fortsetzung von Seite 3

wirklich alles getan wird!"

„Was hat das denn damit zu tun?" schrie ich zurück, „Menschenskind, ich kann doch niemanden ablehnen oder wählen, von dem ich überhaupt nichts weiß, ich bin gestern erst aus Leipzig gekommen." Ich erzählte den Leuten den Schnickschnack, der dieser Staatsaffaire vorausgegangen war. Dabei kam ich in Wut und endete mit dem Satz: „Und jetzt sagen Sie mir endlich, wie der Laden hier weitergeht!"

„Laden hat er gesagt", zeckte der scharfe Typ von Wahlhelfer wieder los. „Auf unsere Kosten studieren und sich dann der Stimme enthalten! Das werden wir mal der Schule schreiben, wie dieser Bürger sich hier gegen seinen Staat stellt!"

Jetzt war es an mir zu platzen. „Stelle ich mich gegen den Staat oder gegen Eure Dusseligkeit, verdammich, soll ich denn wirklich Leute wählen, von denen ich nicht einen Furz kenne, wollt Ihr das wirklich so haben!?"

Wahlhelfer Nr. 2 packte mich halb bittend, halb fordernd am Ärmel und versuchte, mich in Richtung Urne zu schieben. Offensichtlich wurde ihm die Angelegenheit langsam unheimlich. „Kommen Sie, machen Sie doch keinen Quatsch, stecken Sie die Zettel rein, und damit hat sichs. Dann wollen wir das alles hier auch vergessen."

„Jetzt fängt der wieder an", schnaufte ich und riß seine Finger von meinem Ärmel.

Wahlhelfer Nr. 1, der nun auch vor mit stand, fuhr mich an: „Bitte sehr, wenn Sie sich offen gegen den Sozialismus stellen wollen, haben Sie die Möglichkeit, mit ‚nein' zu stimmen!"

„Aber warum denn nur", rief ich verzweifelt, „ich kenne die Leute doch nicht!" Da riß mir Wahlhelfer Nr. 3 plötzlich die Stimmzettel wieder aus der Hand. „Na, da geben Sie die Zettel eben wieder her, wenn Sie selber nicht wissen, was Sie eigentlich wollen. Entweder so oder so, denken Sie vielleicht, wir braten hier jedem seine Extrawurst! Bei uns nicht! Hier nicht!"

Diese Worte erreichten mich nur noch aus größerer Entfernung, als ich gerade die Tür hinter mir zuwarf.

Am Nachmittag redeten wir beim Kaffee im Familienkreis über die turbulente Szene des Vormittags. Als wir so gemütlich dasaßen und aßen, klingelte es. Meine Mutter ging hinaus, um zu öffnen, und kehrte mit zwei Herren in grauen Festtagsanzügen und Parteiabzeichen der SED wieder zurück. „Die beiden Herren wollen zu Dir."

Der eine trug unterm Arm – die Wahlurne. Sie schleppten mir das Ding hinterher!

„Wir sind gekommen, um mit Ihnen noch einmal in aller Ruhe zu sprechen, jetzt, wo sich die Gemüter wohl wieder beruhigt haben", zwitscherte der mit der Urne. „Wir zwei sind von der Ortsparteileitung der SED!! Wir haben uns dieses Zwischenfalls kompetenterweise angenommen. Kennen Sie denn die Kandidaten wirklich nicht oder ist das nur ein Vorwand, das können Sie doch sagen. Wir sollten überhaupt offen zueinander sein!"

Nachdem ich letzteres ausdrücklich begrüßt hatte, erzählte ich den beiden die ganze Story noch einmal, bis in die kleinste Kleinigkeit hinein.

Die beitlen SED-Genossen schlürften ihren Kaffee und blickten betreten drein. Dann faßte mich der Urnenlose tief ins Auge: „Wenn dem so ist, Herr Sallmann, dann – na, wie soll ich das sagen – dann sollten Sie zur Staatsmacht mehr Vertrauen haben! Unsere Kandidaten sind doch alle vorher geprüft und ausgesucht worden. Sie sollten ihnen Ihr Vertrauen einfach *SCHENKEN*. Sozusagen als Vertrauensbeweis gegenüber den Organen der Volksmacht."

Der Arme. Nun freute er sich, daß er die Kurve derart gut gekriegt hatte. Leider Gottes stieß er bei mir auf totales Unverständnis gegenüber seiner Denkweise.

„Also, ich habe kein abstraktes Verantwortungsgefühl zu den Staatsorganen, wenn Sie das meinen! Ich gebe meine Stimme nur denen, deren Ziele und Vorstellungen ich kenne und billige."

Die beiden schwiegen. Schließlich klemmte sich der eine die Urne vor den Bauch. Sie standen auf. „Wir dachten, Sie wären zur Vernunft gekommen. Sie sind ein hartnäckiger Fall. Wir dachten wirklich, Ihnen wäre an der Klärung dieser Angelegenheit gelegen."

„Und ich dachte, ich hätte mich Ihnen erklärt. Ob Sie mich verstanden haben oder nicht, ist ja nun zum gewissen Teil auch Ihre Sache!"

Sie gingen und trugen die Urne mit sich davon. Negative Auswirkungen auf mein Studium hatte der „Vorfall" nicht. Am gleichen Tag erfuhr ich, daß unmittelbar, nachdem ich wutentbrannt und verärgert aus dem Wahllokal hinausgestürmt war, fünf Leute, welche die ganze Zeit Augenzeugen des „Vorfalles" gewesen waren, mit „NEIN" gestimmt hatten.

Aus: DDR-konkret, Geschichten und Berichte aus einem real existierenden Land, Olle & Wolter, Westberlin 1978

Alte und neue Töne bei der DKP

6. Parteitag: Zusammenarbeit mit den Bewegungen / Wahlbündnisse / Werbekampagne

geh. Vom 29. – 31.5.81 fand in Hannover der 6. Parteitag der DKP statt. Nicht berichtet werden soll über: die fast einstimmige Wahl des 91köpfigen Vorstands in 55 Minuten nach „freier Aussprache und Prüfung", ewige Klatschmärsche, „Hoch die Internationale Solidarität", etc. für die Delegationen der anderen revisionistischen Parteien, devote Diener vor den Delegationen der KPdSU und SED, „Volksfest" peinliche Selbstdarstellung als Arbeiterpartei durch den Aufmarsch einer VW-Betriebsgruppe oder das gezwungen-ungezwungene Stürmen des Präsidiums durch die „Jungen Pioniere", das mit Betätscheln eines kleinen Mädchens durch den wiedergewählten Parteivorsitzenden Mies endete. Das alles war wohl nichts Neues.

Auf dem „Antiraketen-Parteitag" nahm der Kampf gegen die Stationierung gegen die NATO-Raketen den größten Raum ein. Egal das Thema, der Redner, immer wurde die Bedeutung des Friedenskampfes dafür hervorgehoben. Aber gerade für die Fortsetzung dieses Kampfes wurde eigentlich nichts im Antrag des Parteivorstands festgelegt, lediglich den Krefelder Aufruf weiter zu unterzeichnen und Protest zu erheben gegen das NATO-Raketenprogramm. Mies hatte in seinem Bericht an den Parteitag noch den Breshnewschen Moratoriumsplan propagiert, vor allem aber beteuert, es gelte „mit Kräften zusammenzuarbeiten, die über die Friedenspolitik der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten andere Auffassungen haben als wir Kommunisten", denn in „der Friedensbewegung ... darf es keine Gegner, sondern sollte es nur Partner geben". Darin kommt eine gewisse Defensive zum Ausdruck vor den Fragen, die in dieser Bewegung zur Politik der Sowjetunion gestellt werden, und die Unfähigkeit der DKP, darauf überzeugende Antworten zu geben.

Programmatische Schwächen sind auch auf anderen Bereichen festzustellen – lediglich zum Wohnungsbau und zur Arbeitsplatzsicherung lagen Anträge des PV mit Forderungen vor, die allerdings nicht über die DGB-Forderungen hinausgingen.

Statt der früheren Litanei „Aktionseinheit mit Sozialdemokraten und Christen" jetzt neue Töne: „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht. Wo Macht vor Recht geht, muß man sich gegen die Macht des Unrechts wehren. Wo praktiziertes Notstandsrecht das Grundgesetz, da sollte man in der Antwort darauf und in der Wahl demokratischer Gegenaktionen genausowenig pingelig sein, wie es Adenauer im Kampf gegen die Demokratie war. Da darf man nicht fragen: Darf man denn das?" – so Mies zum Parteitag, mit Beifall aufgenommen. Die DKP hat die Bewegungen entdeckt und will sich an ihre Brust werfen: Frauen, Mieter, Atomgegner, Ökologen, Jugend, Hausbesetzer, Schwule. Es gebe Mißtrauen und auch berechtigte Kritik an der DKP, wie Redner es schilderten. Darüber gibt es Streit. Mehrmals mahnte Mies in seinem Bericht: „Aber die Tatsache, daß manche neue Bewegungen nicht so aussehen, wie der eine oder der andere von uns es vielleicht gerne hätte, darf uns nicht verleiten, unser Engagement in diesen Bewegungen einzuschränken." Ziel dabei sei es, für die „Partei Ansehen und Vertrauen zu gewinnen – und neue Mitkämpfer".

Laut Bericht ist die Zahl der Mitglieder seit dem letzten Parteitag um 5160 auf 48856 gestiegen. Die Kampagne „Tausende von Betriebsarbeitern gewinnen" ist bei knapp 1000 steckengeblieben, hauptsächlich wurden sie aus der SDAJ gekeilt. Viele passive Mitglieder gibt es. Ziel einer Aufnahmekampagne soll es auch sein, monatlich einmal alle Mitglieder durch den Kassierer, „die Hauptverbindung zwischen Vorstand und Mitgliedern", so K. Fritsch, zu besuchen. Den Abschluß soll die Werbekampagne zum 31.12.82

Die Zahl der DKP-Abgeordneten in Kommunalparlamenten hat sich seit 1979 von 58 auf 93 gesteigert, dennoch mußte Mies eingestehen, daß sich die Stimmanteile noch weiter verschlechtert haben. DKP-Abgeordnete werden als „anerkannte Interessenvertreter" gewählt, nicht wegen der DKP, sondern trotz. Die Grünen und Alternativen als Vertreter der demokratischen Bewegung bringen die DKP hier um ihr Existenz-Alibi. Rückgang ist eingetreten oder droht absehbar. Hatte noch die 7. Parteivorstandstagung 1980 die selbstständige Teilnahme an den Landtags- und Bundestagswahlen als Erfolg gewertet, hatten die folgenden Aktivtagungen Kritik geäußert. Nun hat Mies bekanntgegeben, daß im Verhältnis zwischen Grünen und DKP ein Wandel eingetreten sei. Als erster Schritt sollten überall die Fraktionen zusammenarbeiten. Dann könne man zur wechselseitigen Unterstützung der Kandidaten kommen. Möglich seien auch Wahlbündnisse auf Minimalprogrammen, in denen die strittigen Punkte ausgeklammert werden sollten, bei Aufrechterhaltung der eigenen Position. Die DKP sei bereit, Gespräche mit der Linken und anderen sozialistischen Kräften zu führen, worüber, hat er nicht gesagt. Anwesend war das Sozialistische Büro, die Gruppe „Z" durfte auf dem Volksfest Literatur verkaufen.

Klar, es gibt Auseinandersetzungen innerhalb der DKP. Ein abgelehnter Antrag forderte, die UZ dafür zu öffnen. Auf dem Parteitag war davon nichts zu hören. Differenzen gab es nur in Nuancen in der Haltung zu den Bewegungen. Durch die Wahl der Delegierten auf Bezirkskonferenzen blieb die mögliche Opposition ausgeschlossen. Die Beratung und Beschlußfassung über die rd. 100 Anträge dauerte nur knapp eine Stunde. Vielleicht hofft die DKP, ihren Auseinandersetzungen durch Anschmeißen an die Bewegungen den Boden zu nehmen.



Weit über 30000 Studenten und Schüler nahmen am 3. Juni an der bundesweiten Demonstration der vds gegen Bafögkürzungen und Sparpolitik teil. Die Demonstration bewegte sich in drei Zügen, Nord, NRW, Süd zur Kundgebung am Münsterplatz, wo Vertreter der vds, der SPD-MdB Coppick, ein Betriebsrat von Krupp sowie ein Mitglied des GEW-Hauptvorstandes sprachen.

Die Schwierigkeiten bei der Senatsbildung in Westberlin

hae. Westberlin. Erst nachdem fünf Westberliner Abgeordnete der FDP ihm einen Blankoscheck für die Senatsbildung ausgestellt hatten, um ihm eine „faire Chance" zu geben, wagte es der Regierende Bürgermeister in spe, Weizsäcker, seine Riege zu präsentieren. Erst mit fünf zugesagten Stimmen fühlt er sich ausreichend gesichert, seine Mannschaft durchzubekommen, denn es müssen nach den Bestimmungen der Westberliner Verfassung alle Senatoren einzeln gewählt werden, und in seiner Mannschaft gibt es genügend Namen, die für den einen oder anderen FDP-Abgeordneten trotz aller „fairness" nicht wählbar sind. So z. B. für den noch amtierenden Schulsenator und FDP-Abgeordneten Rasch eine Nachfolgerin Laurin. Fiele nur einer seiner Kandidaten durch, würde Weizsäckers ohnehin schwacher Senat erheblich ins Wackeln kommen. Nach den Wahlen war Weizsäcker gezwungen, einige Umbesetzungen in seinem vorher präsentierten „Schattenkabinett" vorzunehmen. Es war vor den Wahlen fast ausgemachte Sache, daß ein gewisser Rechtsanwalt Schmitz den Justizsenator machen sollte. Er geriet aber durch gewisse, sicherlich nicht unbeabsichtigt vor den Wahlen plazierte Enthüllungen im „Stern" über zwielichtige Geschäfte unangenehm ins Rampenlicht und wurde damit unmöglich.

Stellvertreter Weizsäckers soll Lummer, der jetzige Parlamentspräsident, werden und zugleich als Innensenator fungieren. Lummer charakterisiert man am besten, indem man ihn selber zu Wort kommen läßt: „Die AL ist die Partei der HAUSBESETZER, die Rechtsverstöße und Gewaltanwendung bewußt in Kauf nehmen. Die AL hat sich in ihren Publikationen zum Wortführer der Hausbesetzer gemacht, die für sich kostenfreies Wohnen zu Lasten der Gemeinschaft in Anspruch nehmen. Sie offenbart sich als die Partei, die den Gruppenegoismus einer Minderheit zu lasten der Mehrheit propagiert" (H. Lummer am 28.5. in einem Aufsatz über die Alternative Liste). Jedenfalls ist es Lummer vorbehalten geblieben zu entdecken, daß die Hausbesitzer die Mehrheit der Bevölkerung sind. Lummer als Verfechter eines offen reaktionären Kurses zum Innensenator zu nominieren, ist Weizsäckers Ziel, 4 Jahre zu regieren, nicht zuträglich. Auch die Nominierung N. Blüms als Bundessenator, anstatt als Senator für Arbeit und Soziales, wie es vor den Wahlen den Anschein hatte, wird Weizsäcker von seiten verschiedener bürgerlicher Zeitungen als Täuschung angekreidet.

Gleichzeitig hält sich Blüm für höhere Aufgaben in Bonn bereit, falls die SPD/FDP-Regierung abgelöst wird. Weizsäcker und Blüm werden ihre Bundestagsmandate erst nach geglücktem Wahlakt niederlegen.

Die Senatsbildung in Westberlin vollzieht sich mit krachenden Widersprüchen im Lager der bürgerlichen Parteien, am deutlichsten bei der FDP. Aber auch die SPD hat noch kein Konzept, um sich, insbesondere für ihre traditionellen Wählerschichten, als glaubwürdige Opposition gegenüber der CDU zu profilieren und dabei auch die Alternative Liste zu isolieren, was ihr erklärtes Ziel ist: allzuleicht kann die Minderheitsregierung der CDU dabei auf der Strecke bleiben.

Die Alternative Liste, die auf ihrer Mitgliederversammlung mit ⅔-Mehrheit beschloß, keinerlei Tollerierungs- oder sonstige Offerten an die SPD und FDP bezüglich der Senatsbildung zu machen, hat zwei Anträge für die erste Sitzung des Parlaments eingebracht, die gut geeignet sind, klare Fronten abzustecken: ein Antrag verlangt, daß die zum 1. Juli beschlossene Tariferhöhung zurückgenommen wird. Der war gegen die Stimmen der CDU angenommen worden. Ein weiterer Antrag verlangt, daß die Erhöhung von Stromtarifen der BEWAG solange ausgesetzt wird, bis eine Energie-Enquete-Kommission einen Bericht vorgelegt hat, der auch klärt, warum schon gegenwärtig 43 % der vorhandenen Produktionskapazitäten ungenutzt sind und trotzdem auf Neubau von Kraftwerken gegangen wird. Die bürgerlichen Parteien hatten Versuche unternommen, diese Anträge von der Tagesordnung zu bekommen, was aber nicht geglückt ist.

Die AL wird im Parlament entsprechend ihrem Sofortprogramm neben den beiden schon genannten Anträgen Initiativen zu brennen Fragen ergreifen: u.a. Amnestie für die im Zusammenhang mit den Instandbesetzungen Verhafteten, Änderung der Wohnungspolitik und Stopp des Autobahnbaus. Das ist in der gegenwärtigen Lage das geeignete Verfahren, um die Widersprüche weiterhin zu schüren bei den bürgerlichen Parteien und dem CDU-Minderheitssenat möglichst wenig Ruhe für polizeilich-reaktionäre Lösungen zu geben.

Auf dem Weg ins Abseits?
„Krefelder Appell" und „Marburger Forum"
T.K.Marburg. Eine Million Unterschriften sollten nach den Vorstellungen der DKP-Führung bis zu ihrem Parteitag unter dem „Krefelder Appell" stehen – 800000 standen. Initiativen wie das „Hamburger Forum" und das „Marburger Forum" sollen
ner Beitrag von starkem Beifall aus dem Plenum unterbrochen.
Froese, Professor in Marburg, von der FDP, führte aus, daß eine europäische Abrüstungskonferenz erfolgreich sein könne, wenn es zu einer Einigung und Unabhängigkeit Europas von bei-
Militärpolitik an. Er fordert dazu auf, weiterhin den Krefelder Appell zu unterstützen und Unterschriften zu sammeln.
Schon der Aufruf zum „Marburger Forum" zeigt die Crux . Von den Unterzeichnern sind mehr als 500 Akade-
NATO-Raketenprogramm. Mies hatte in seinem Bericht an den Parteitag noch den Breshnewschen Moratoriumsplan propagiert, vor allem aber beteuert, es gelte „mit Kräften zusammenzuarbeiten, die über die Friedenspolitik der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten andere Auffassungen haben als wir Kommunisten", denn in „der Friedensbewegung ... darf es keine Gegner, sondern sollte es nur Partner geben". Darin kommt eine gewisse Defensive zum Ausdruck vor den Fragen, die in dieser Bewegung zur Politik der Sowjetunion gestellt werden, und die Unfähigkeit der DKP, darauf überzeugende Antworten zu geben.
Programmatische Schwächen sind auch auf anderen Bereichen festzustel-
vielleicht gerne hätte, darf uns nicht verleiten, unser Engagement in diesen Bewegungen einzuschränken." Ziel dabei sei es, für die „Partei Ansehen und Vertrauen zu gewinnen – und neue Mitkämpfer".
Laut Bericht ist die Zahl der Mitglieder seit dem letzten Parteitag um 5160 auf 48856 gestiegen. Die Kampagne „Tausende von Betriebsarbeitern gewinnen" ist bei knapp 1000 steckengeblieben, hauptsächlich wurden sie aus der SDAJ gekeilt. Viele passive Mitglieder gibt es. Ziel einer Aufnahmekampagne soll es auch sein, monatlich einmal alle Mitglieder durch den Kassierer, „die Hauptverbindung zwischen Vorstand und Mitgliedern", so K. Fritsch, zu besuchen. Den Abschluß soll die Werbekampagne zum 31.12.82
er nicht gesagt. Anwesend war das Sozialistische Büro, die Gruppe „Z" durfte auf dem Volksfest Literatur verkaufen.
Klar, es gibt Auseinandersetzungen innerhalb der DKP. Ein abgelehnter Antrag forderte, die UZ dafür zu öffnen. Auf dem Parteitag war davon nichts zu hören. Differenzen gab es nur in Nuancen in der Haltung zu den Bewegungen. Durch die Wahl der Delegierten auf Bezirkskonferenzen blieb die mögliche Opposition ausgeschlossen. Die Beratung und Beschlußfassung über die rd. 100 Anträge dauerte nur knapp eine Stunde. Vielleicht hofft die DKP, ihren Auseinandersetzungen durch Anschmeißen an die Bewegungen den Boden zu nehmen.
Weizsäcker, seine Riege zu präsentieren. Erst mit fünf zugesagten Stimmen fühlt er sich ausreichend gesichert, seine Mannschaft durchzubekommen, denn es müssen nach den Bestimmungen der Westberliner Verfassung alle Senatoren einzeln gewählt werden, und in seiner Mannschaft gibt es genügend Namen, die für den einen oder anderen FDP-Abgeordneten trotz aller „fairness" nicht wählbar sind. So z. B. für den noch amtierenden Schulsenator und FDP-Abgeordneten Rasch eine Nachfolgerin Laurin. Fiele nur einer seiner Kandidaten durch, würde Weizsäckers ohnehin schwacher Senat erheblich ins Wackeln kommen. Nach den Wahlen war Weizsäcker gezwungen, einige Umbesetzungen in seinem vorher präsentierten „Schattenkabinett" vorzunehmen. Es war vor den Wahlen fast ausgemachte Sache, daß ein gewisser Rechtsanwalt Schmitz den Justizsenator machen sollte. Er geriet aber durch gewisse, sicherlich nicht unbeabsichtigt vor den Wahlen plazierte Enthüllungen im „Stern" über zwielichtige Geschäfte unangenehm ins Rampenlicht und wurde damit unmöglich.
Stellvertreter Weizsäckers soll Lummer, der jetzige Parlamentspräsident, werden und zugleich als Innensenator fungieren. Lummer charakterisiert man am besten, indem man ihn selber zu Wort kommen läßt: „Die AL ist die
Aufgaben in Bonn bereit, falls die SPD/FDP-Regierung abgelöst wird. Weizsäcker und Blüm werden ihre Bundestagsmandate erst nach geglücktem Wahlakt niederlegen.
Die Senatsbildung in Westberlin vollzieht sich mit krachenden Widersprüchen im Lager der bürgerlichen Parteien, am deutlichsten bei der FDP. Aber auch die SPD hat noch kein Konzept, um sich, insbesondere für ihre traditionellen Wählerschichten, als glaubwürdige Opposition gegenüber der CDU zu profilieren und dabei auch die Alternative Liste zu isolieren, was ihr erklärtes Ziel ist: allzuleicht kann die Minderheitsregierung der CDU dabei auf der Strecke bleiben.
Die Alternative Liste, die auf ihrer Mitgliederversammlung mit ⅔-Mehrheit beschloß, keinerlei Tollerierungs- oder sonstige Offerten an die SPD und FDP bezüglich der Senatsbildung zu machen, hat zwei Anträge für die erste Sitzung des Parlaments eingebracht, die gut geeignet sind, klare Fronten abzustecken: ein Antrag verlangt, daß die zum 1. Juli beschlossene Tariferhöhung zurückgenommen wird. Der war gegen die Stimmen der CDU angenommen worden. Ein weiterer Antrag verlangt, daß die Erhöhung von Stromtarifen der BEWAG solange ausgesetzt wird, bis eine Energie-Enquete-Kommission einen Bericht vorgelegt hat, der auch klärt, warum schon gegenwärtig 43 % der vor-

Auf dem Weg ins Abseits?

„Krefelder Appell" und „Marburger Forum"

T.K.Marburg. Eine Million Unterschriften sollten nach den Vorstellungen der DKP-Führung bis zu ihrem Parteitag unter dem „Krefelder Appell" stehen – 800000 standen. Initiativen wie das „Hamburger Forum" und das „Marburger Forum" sollen jetzt der Bewegung neuen Schwung verleihen.

Zum „Marburger Forum" unter dem Titel „Der Atomtod bedroht uns alle – Keine Atomwaffen in Europa" hatten etwa 700 Marburger aufgerufen. Doppelt soviele kamen. Auf dem Podium saßen neben Vertretern der Kirche, ausländischer Friedensbewegungen und Wissenschaftler, führende Mitglieder von SPD, FDP, DFU und den Grünen.

Einigkeit herrschte auf dem Podium darüber, daß der Nachrüstungsbeschluß der NATO das Kriegsrisiko für Europa bedrohlich steigere. Ob man sich bei der Bekämpfung dieses Beschlusses jedoch auf die Friedensliebe der Sowjetunion stützen könne, darüber gab es durchaus gegensätzliche Einschätzungen.

FR-Redakteur Guha meinte: Die sicherheitspolitische Abhängigkeit Westeuropas und vor allem der BRD von den USA würde durch die Stationierung der neuen Mittelstreckenwaffen total werden. Nach der Militärplanung der USA sei der Krieg mit den USA unvermeidbar,aber kurzfristig auf Europa begrenzbar und langfristig gewinnbar. Von den gleichen Prämissen ginge die Militärplanung der SU aus. Guha kam zu dem Schluß, daß die Sicherheitsinteressen Westeuropas im Gegensatz zu den USA stünden. Ebenso stünden die Sicherheitsinteressen Osteuropas im Gegensatz zur SU. Dagegen seien die Sicherheitsinteressen der BRD identisch mit denen der DDR, die der Benelux Länder mit denen Polens und der CSSR. An dieser Stelle wurde Guhas sonst recht trockener Beitrag von starkem Beifall aus dem Plenum unterbrochen.

Froese, Professor in Marburg, von der FDP, führte aus, daß eine europäische Abrüstungskonferenz erfolgreich sein könne, wenn es zu einer Einigung und Unabhängigkeit Europas von beiden Großmächten komme. In diesem Zusammenhang müsse man auch das Konzept einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft neu überdenken. Mit der jetzt zunehmenden Ablehnung des Nachrüstungsbeschlusses auch von Regierungen in Westeuropa wachse die Gefahr, daß die Nachrüstung auf die BRD beschränkt würde. Froese forderte die atomare Neutralisierung Deutschlands und ganz Europas.

Gelächter erntete Knapp vom Bundesvorstand der Grünen mit seiner Forderung nach Auflösung der BRD und der Errichtung vieler kleiner Öko-Republiken. Beifall bekam er für die Forderung nach Austritt der BRD aus der NATO und der Errichtung einer atomwaffenfreien Zone von Portugal bis zum Ural.

Grenet vom Präsidium der französischen Friedensbewegung führte aus, daß die Bedingung für einen Erfolg der Friedensbewegungen in Europa ihr Zusammenschluß über alle Landesgrenzen hinweg sei, auch über solche, wo es die jeweiligen Regierungen nicht duldeten. Anläßlich der UNO-Woche für Abrüstung fände am 25. Oktober in Paris eine große nationale Demonstration gegen Atomwaffen in Europa statt. Ähnliche Aktionen seien in England und den Niederlanden geplant. Er rief dazu auf, daß an diesem Tag alle Europäer Seite an Seite handeln sollten.

In einem „Marburger Aufruf" zum Abschluß des Forums fanden die Beiträge, die sich von beiden Supermächten distanzierten, keinen Eingang. Der Aufruf lastet die Kriegsgefahr einseitig dem NATO-Beschluß und der US-Militärpolitik an. Er fordert dazu auf, weiterhin den Krefelder Appell zu unterstützen und Unterschriften zu sammeln.

Schon der Aufruf zum „Marburger Forum" zeigt die Crux . Von den Unterzeichnern sind mehr als 500 Akademiker, aber nur 15 Arbeiter. Gewerkschaftler, die aufs Podium geladen worden waren, hatten abgesagt. Wenn dann Peter, SPD-Abgeordneter für Kassel und einer derjenigen, die im Bundestag gegen die Resolution zum Doppelbeschluß gestimmt hatten, vom Podium gegen die SPD-Politiker wetterte, die mit der Mobilisierung von Antisowjetismus die Friedensbewegung spalten würden, so stellte er damit die Dinge auf den Kopf. Zu Recht forderte er, daß die Militärpolitik zum Gegenstand demokratischer Entscheidung werden müsse. Aber hat er die Mehrheit hinter sich bei seiner Beschwörung der Friedensliebe der Sowjetunion?

1980, nach dem Einmarsch der SU in Afghanistan, erklärten in einer Meinungsumfrage 95% der Befragten, sie seien von der Notwendigkeit der NATO-Mitgliedschaft überzeugt, 90% schätzten die Bundeswehr als friedenssichernd ein. Geht man vernünftigerweise davon aus, daß die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung weder steigende Rüstungslasten noch Krieg will, kann das nur heißen, daß sich diese Mehrheit von der SU bedroht sieht. Unbestritten ist es das Interesse der westeuropäischen Völker, sich von der Hegemonie der USA zu befreien, aber nicht um dabei das Schicksal Südvietnams zu erleiden.

Zwar war die Mehrheit der Teilnehmer auf der Veranstaltung auf der Linie des Krefelder Appells, aber einige der angeführten Redebeiträge zeigen selbst hier, daß es Kräfte gibt, die eine blockfreie Politik unterstützen wollen.

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW).

Redaktion: Bernhard Peters (verantwortlich), Friedemann Bleicher, Chérifa el-Masri, Gerd Koenen, Günther Kruse, Michael Ackermann, Lutz Plümer.

Erscheint im Kühl-Verlag; Geschäftsführer B. Wagner · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt; Geschäftsführer K. Sutor.

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1 DM, Jahresabonnement 50 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 8,40 DM); Halbjahresabonnement 25 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 4,20 DM); Vierteljahresabonnement 13 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 2,30 DM) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch für den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234 · ISSN 0720-8898

Volksbegehren gegen Startbahn West!

von Anette Mönich

Am 30.5. wurde in Rüsselsheim (Kreis Groß-Gerau/Hessen) von 400 Leuten die „Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren und Volksentscheid Keine Startbahn West" gegründet. Die „Arbeitsgemeinschaft" ist Träger des Volksbegehrens/Volksentscheids, das jetzt mit Unterstützung von 120 Organisationen in Hessen eingeleitet wird. Die Unterstützer des Volksbegehrens reichen von Untergliederungen der SPD, über Grüne, Wählerinitiativen, Naturfreunde, Bürgerinitiativen und Kommunisten. Allerdings sind weder die Ortsverbände der SPD noch des DGB bisher offiziell der Trägergemeinschaft beigetreten, obgleich sie es politisch unterstützen.

Ziel der Kampagne Volksbegehren/Volksentscheid ist es, per Volksabstimmung den Gesetzesvorschlag „Über die Raumordnung im Bereich des Verkehrsflughafens Frankfurt am Main" durch Volksabstimmung (die nach der Hessischen Verfassung nur für ganz Hessen vorgesehen ist) zum Gesetz werden zu lassen (s. Gesetzesvorschlag auf dieser Seite).

Um ein Volksbegehren/Volksentscheid in Hessen durchzuführen, müssen folgende Hürden überwunden werden:

1. Phase: Stellen des Antrags auf Zulassung des Volksbegehrens, benötigt werden 118000 Unterschriften (3% der Wahlberechtigten bei der letzten Landtagswahl)

2. Phase: Das Volksbegehren. Während einer Eintragungsfrist von 2 Wochen müssen sich 20% (das sind knapp 800000) der Wahlberechtigten in Hessen in bei den Gemeindebehörden ausliegenden Listen eintragen.

3. Phase: Der Volksentscheid. In einer wie bei einer Wahl durchgeführten Abstimmung wird entschieden durch Ja-Stimme für den vorgelegten Gesetzentwurf, ob er zum Gesetz erhoben wird.

Die Unterschriftensammlung für die Zulassung zum Volksbegehren ist jetzt angelaufen. In Südhessen tragen sich die Leute massenhaft in die Listen ein. Zahlreiche Initiativen haben sich gebildet. Ziel ist, bereits im ersten Durchgang weit mehr als die 120000 benötigten Unterschriften zu erreichen, an die 800000 heranzukommen.

Für die Zeit bis zum Herbst, datiert auf den 15. November, wurde von der Arbeitsgemeinschaft beantragt, einen Baustopp zu verfügen. Über diesen wird die Hessische Landesregierung demnächst entscheiden. Absicht der Träger des Volksbegehrens ist es, sich in der Auseinandersetzung zunutze zu machen, daß die Politik der Landesregierung insbesondere was die Energie- und Verkehrspolitik angeht, in zahlreichen Städten und Gemeinden unter Beschuß ist. Für die Bürgerinitiativen ist die demokratische Entscheidung gegen die Startbahn West durch den massenhaften Kampf der Bevölkerung im betroffenen Kreis bereits gefallen. Sie betrachten das Volksbegehren als ein Mittel, das ihnen ermöglicht, an die Bevölkerung in Hessen zu appellieren, ihre eigene Erfahrung mit der Landesregierung und deren Politik zu überprüfen, um den Kampf gegen die Startbahn in der Abstimmung zu unterstützen, was auch in allen anderen Fragen, wo sich breiter Widerstand entfaltet, etwas nutzen kann, wie z.B. im Kampf gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Hessen.

Teile der bürgerlichen Parteien im Kreis Groß-Gerau, die bisher den Kampf gegen die Startbahn unterstützt haben, sehen in dem Volksbegehren offensichtlich ein Mittel, den Widerstand endgültig zu begraben. Deutlich wird das an der von der CDU eingebrachten Resolution im Kreistag Groß-Gerau, die mit den Stimmen der SPD die Mehrheit erhielt. In dem Antrag werden zwar die Mitglieder des Kreistages dazu aufgerufen, das Volksbegehren persönlich zu unterstützen, jedoch für den Fall des Scheiterns des Volksbegehrens wird aufgerufen, „die im Blick auf die Startbahn entstandene Lage hinzunehmen, allen Tendenzen zu einer Verschärfung der Situation entgegenzutreten und die Auseinandersetzung zu beenden." (FAZ 2. Juni)

U.a. aus der Sorge heraus, daß eine Konzentration auf das Volksbegehren dazu führen könnte, andere Formen des Widerstands, insbesondere den direkten Widerstand gegen die Baumaßnahmen zu vernächlässigen und sich in der Bewegung gegen die Startbahn bürgerliche Kräfte durchsetzen, gab es zu Beginn der Auseinandersetzung um das Volksbegehren in den Bürgerinitiativen eine starke Minderheit dagegen. Ein weiterer Gesichtspunkt ist, da die Hessische Verfassung nur eine gesamthessische Abstimmung zuläßt, daß mit den Stimmen aus den nord- und mittelhessischen Kreisen das Volksbegehren verloren gehen kann bzw. keine ausreichende Mobilisierung erreicht werden kann – und dieses dann die „demokratische Legitimation" der Landesregierung für den Bau abgeben könnte.

Im KBW hat aus den angeführten Gründen eine Debatte zum Volksbegehren stattgefunden, die sich auch in der Bezirksausgabe Frankfurt der KVZ niedergeschlagen hat. Das hat den KB im „Arbeiterkampf" vermuten lassen, der KBW sei gegen das Volksbegehren. Das ist nicht der Fall. Der KBW ist auf der Gründungsversammlung der „Arbeitsgemeinschaft" beigetreten.

Richtig ist, daß viele Genossen der Meinung sind, daß die Kampagne Risiken enthält und irgendwelche Euphorien über ihre Erfolgsaussichten, diese nur verstärken können. Eines der Risiken besteht darin, daß ein Großprojekt, das unmittelbar nur einen Teil der hessischen Bevölkerung betrifft, von der gesamten hessischen Bevölkerung abgestimmt werden soll (nicht weil wir uns das so ausgesucht haben, sondern weil es die Verfassung so vorschreibt, und keine andere Möglichkeit läßt). Dies birgt auch die Gefahr einer Niederlage im Volksbegehren in sich. Dies ist jedoch eher Anlaß, große Anstrengungen auf die Unterstützung der Kampagne zu verwenden.

Die Hessische Landesregierung tastet gegenwärtig noch ab, wie sie gegen das Volksbegehren vorgehen soll. Als erstes hat sie den Kommunen untersagt, Mitglied in der „Arbeitsgemeinschaft" zu werden. Weiter stellt sie sich die Frage wohl so: Soll sie darauf setzen, daß die Startbahngegner die Abstimmung verlieren, oder soll sie unter Berufung auf juristische Gründe die Abstimmung ganz verbieten? Während die CDU bereits vorgeprescht ist und juristische Bedenken angemeldet hat, da der Flughafen nicht nur Landes- sondern auch Bundesangelegenheit sei, hat die Landesregierung bisher lediglich eine „sorgfältige juristische Prüfung" des Gesetzesvorschlags angekündigt. Die Hoffnung mit dem Landtagshearing den Widerstand gegen die Startbahn West zumindest politisch stark anzuschlagen, ist mit dem Volksbegehren wieder stark im Wanken.

Die Landesregierung hat ihre ganze Argumentation auf dem Strang des angeblichen Allgemeininteresses und der angeblichen Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen durch die Startbahn aufgebaut. Von mehreren Seiten her ist sie und wird sie immer weiter unter Beschuß geraten und befindet sich zum Teil auch schon auf politischen Rückzugsgefechten:

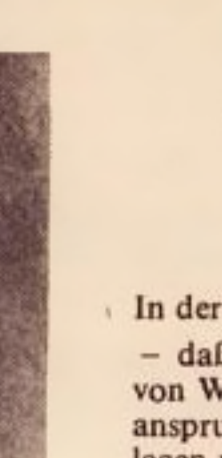
Durch die hartnäckige Arbeit der Bürgerinitiativen wurde nach und nach ans Licht gefördert, daß in Wirklichkeit die von der FAG behauptete Erweiterung der Kapazität des Flughafens in dem bisher erwarteten Umfang gar nicht zutrifft. Weiterhin, daß die Planung der Startbahn auf angenommenen Steigerungsraten im Flugverkehr beruhen, die in Wirklichkeit nicht eingetreten sind. Weiter durch sorgfältige Recherchen, wie die angestrebte Kapazitätswerweiterung auch durch andere Maßnahmen erreicht werden kann. Auf eines dieser Argumente mußte Verkehrsminister Hauff bereits weitgehend eingehen: „Wir müssen sehen, wieviel Inlandflüge sind wirklich notwendig und wieviele können wir durch eine bessere Koppelung des Schienenverkehrsnetzes mit dem Flugverkehr sichern"? (TAZ-Interview 14.1.81).

Allerdings würden, so Hauff, um den Transport, der jetzt noch per Luftverkehr läuft, und den man vernünftigerweise auf Schiene bringen könnte, 10 Jahre Planung nötig. Zwischenzeitlich gäbe es ein Defizit, zu dessen Stopfung die Startbahn gebraucht würde! Von der Arbeitsplatzsicherung und Wirtschaftssicherung ist mittlerweile der Ausgleich für die Folgen der Konkurrenz und bisherigen Planlosigkeit des Verkehrs geblieben. Die Befürworter des Flughafens sehen in der Diskussion nicht gut aus!

Weiter wird die angebliche souveräne Entscheidung der Landesregierung für den Bau der Startbahn dadurch erhellt, daß seit einigen Wochen auch halboffiziell, nämlich durch die Fuchs-Briefe (Unternehmerrundbrief) öffentlich wurde:

„Zur umkämpften dritten Startbahn in Frankfurt hören wir aus zuverlässiger Quelle daß die US-Airforce auf dieser Kapazitätserweiterung besteht und drängt. Das ist in der ganzen Diskussion von allen Beteiligten verschwiegen worden, um die Sache nicht zu einem Politikum zu machen. Frankfurt sei für die Airforce – so sagen die Amerikaner – als Drehscheibe und Stützpunkt für den Verkehr mit dem Vorderen und Mittleren Osten unerläßlich. Wenn die geplante Eingreiftruppe für die Ölregion geschaffen ist, sollen Geräte und Ausrüstung und auch Personal zu einem Teil im Raum Frankfurt stationiert werden."

Wenn die Bewegung gegen die Startbahn, die von breiten Teilen des Volkes und der Arbeiterklasse getragen wird, genug Zeit und Luft haben wird, sich tatsächlich in Argumenten mit den Betreibern der Startbahn zu messen, sieht es für letztere schlecht aus. Bekanntermaßen entscheiden dann nicht Argumente sondern Knüppel. Das Volksbegehren ist eine Möglichkeit, sich diese Zeit zu schaffen, um eine Lage zu schaffen, in der vielleicht auch die Knüppel nichts mehr nützen.



Gesetzentwurf, für dessen Durchsetzung das Volksbegehren durchgeführt wird

Präambel

In der Erwägung,

– daß in der Rhein-Main Region die Grenzen von Wachstum und Verdichtung mit flächenbeanspruchenden und umweltbelastenden Großanlagen unter ökologischen Kriterien, insbesonde-

nungsprogramms und zur Änderung des Landesplanungsgesetzes (Hessisches Feststellungsgesetz) vom 18. März 1970 (GVB1.I S. 265), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 15. Okt. 1980 (GVB1.I S. 377) – Hessisches Landesraumordnungsprogramm – wird folgender Teil angefügt:

rend einer Eintragungsfrist von 2 Wochen müssen sich 20% (das sind knapp 800000) der Wahlberechtigten in Hessen in bei den Gemeindebehörden ausliegenden Listen eintragen.

3. Phase: Der Volksentscheid. In einer wie bei einer Wahl durchgeführten Abstimmung wird entschieden durch Ja-Stimme für den vorgelegten Gesetzentwurf, ob er zum Gesetz erhoben wird.

Die Unterschriftensammlung für die Zulassung zum Volksbegehren ist jetzt angelaufen. In Südhessen tragen sich die Leute massenhaft in die Listen ein. Zahlreiche Initiativen haben sich gebildet. Ziel ist, bereits im ersten Durchgang weit mehr als die 120000 benötig-

prüfen, um den Kampf gegen die Startbahn in der Abstimmung zu unterstützen, was auch in allen anderen Fragen, wo sich breiter Widerstand entfaltet, etwas nutzen kann, wie z.B. im Kampf gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Hessen.

Teile der bürgerlichen Parteien im Kreis Groß-Gerau, die bisher den Kampf gegen die Startbahn unterstützt haben, sehen in dem Volksbegehren offensichtlich ein Mittel, den Widerstand endgültig zu begraben. Deutlich wird das an der von der CDU eingebrachten Resolution im Kreistag Groß-Gerau, die mit den Stimmen der SPD die Mehrheit erhielt. In dem Antrag werden zwar die Mitglieder des Kreistages dazu aufgerufen, das Volksbegehren persönlich zu unterstützen, je-

chende Mobilisierung erreicht werden kann – und dieses dann die „demokratische Legitimation" der Landesregierung für den Bau abgeben könnte.

Im KBW hat aus den angeführten Gründen eine Debatte zum Volksbegehren stattgefunden, die sich auch in der Bezirksausgabe Frankfurt der KVZ niedergeschlagen hat. Das hat den KB im „Arbeiterkampf" vermuten lassen, der KBW sei gegen das Volksbegehren. Das ist nicht der Fall. Der KBW ist auf der Gründungsversammlung der „Arbeitsgemeinschaft" beigetreten.

Richtig ist, daß viele Genossen der Meinung sind, daß die Kampagne Risiken enthält und irgendwelche Euphorien über ihre Erfolgsaussichten, diese nur verstärken können. Eines der Risiken besteht darin, daß ein Großpro-

von Arbeitsplätzen durch die Startbahn aufgebaut. Von mehreren Seiten her ist sie und wird sie immer weiter unter Beschuß geraten und befindet sich zum Teil auch schon auf politischen Rückzugsgefechten:

Durch die hartnäckige Arbeit der Bürgerinitiativen wurde nach und nach ans Licht gefördert, daß in Wirklichkeit die von der FAG behauptete Erweiterung der Kapazität des Flughafens in dem bisher erwarteten Umfang gar nicht zutrifft. Weiterhin, daß die Planung der Startbahn auf angenommenen Steigerungsraten im Flugverkehr beruhen, die in Wirklichkeit nicht eingetreten sind. Weiter durch sorgfältige Recherchen, wie die angestrebte Kapazitätswerweiterung auch durch andere Maßnahmen erreicht werden

punkt für den Verkehr mit dem Vorderen und Mittleren Osten unerläßlich. Wenn die geplante Eingreiftruppe für die Ölregion geschaffen ist, sollen Geräte und Ausrüstung und auch Personal zu einem Teil im Raum Frankfurt stationiert werden."

Wenn die Bewegung gegen die Startbahn, die von breiten Teilen des Volkes und der Arbeiterklasse getragen wird, genug Zeit und Luft haben wird, sich tatsächlich in Argumenten mit den Betreibern der Startbahn zu messen, sieht es für letztere schlecht aus. Bekanntermaßen entscheiden dann nicht Argumente sondern Knüppel. Das Volksbegehren ist eine Möglichkeit, sich diese Zeit zu schaffen, um eine Lage zu schaffen, in der vielleicht auch die Knüppel nichts mehr nützen.



Gesetzentwurf, für dessen Durchsetzung das Volksbegehren durchgeführt wird

Präambel

In der Erwägung,

– daß in der Rhein-Main Region die Grenzen von Wachstum und Verdichtung mit flächenbeanspruchenden und umweltbelastenden Großanlagen unter ökologischen Kriterien, insbesondere unter dem Gesichtspunkt des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen und der Lebensqualität der Menschen in dieser Region, erreicht sind,

– daß ein weiterer Verlust von Freiflächen in großen Ausmaß, insbesondere von Wald, in dieser Region zu schwerwiegenden Schäden des Naturhaushalts, der Naherholungsmöglichkeiten, des Grund- und Oberflächenwassers, des örtlichen Klimas und der Tier- und Pflanzenwelt führen kann,

– daß eine weitere Belastung der Umwelt durch Lärm und Luftverunreinigungen in dieser bis an die Grenzen bereits belasteten Region zu Gesundheitsschäden der Bevölkerung führen kann,

– daß sich diesen ökologischen Prioritäten auch der Luftverkehr unterordnen muß,

hat sich das Volk in Hessen dieses Gesetz gegeben:

Artikel 1

Ergänzung des Hessischen Landesraumordnungsprogramms

Nach Teil B der Anlage zu § 1 des Gesetzes über die Feststellung des Hessischen Landesraumordnungsprogramms und zur Änderung des Landesplanungsgesetzes (Hessisches Feststellungsgesetz) vom 18. März 1970 (GVB1.I S. 265), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 15. Okt. 1980 (GVB1.I S. 377) – Hessisches Landesraumordnungsprogramm – wird folgender Teil angefügt:

Teil C

Ziele der Raumordnung und Landesplanung im Bereich des Verkehrsflughafens Frankfurt am Main"

1. Die flächenmäßige Ausdehnung des Verkehrsflughafens Frankfurt a.M., einschließlich der US Air Base, wird, soweit Flächen für den Flugbetrieb oder für Einrichtungen und Nebenanlagen des Flugbetriebs in Anspruch genommen werden, begrenzt auf das Gebiet der Stadt Frankfurt am Main; eine Erweiterung darüber hinaus findet nicht statt. Maßgeblich für die Begrenzung nach Satz 1 sind die Gebietsgrenzen der Stadt Frankfurt a. M. nach dem Stand vom 1. Januar 1981.
2. Nr. 1 ist für die in § 8 Absatz 2 des Hessischen Landesplanungsgesetzes Genannten verbindlich.

Artikel 2

Änderung des Hessischen Landesplanungsgesetzes

§ 8 Absatz 1 des Hessischen Landesplanungsgesetzes in der Fassung vom 1. Juli 1970 (GVBlm 1 S. 360), zuletzt geändert durch Gesetz von 15. Okt. 1980 (GVBI, S. 377), wird durch folgenden Satz 2 ergänzt:
„Das Landesraumordnungsprogramm bestimmt, welche seiner Bestimmungen auch für die in Absatz 2 Genannten verbindlich ist."

Artikel 3

Anpassung bestehender Fachpläne

Die in Artikel 1 aufgestellten Ziele der Raumordnung und Landesplanung gelten auch gegenüber Fachplänen, einschließlich Planfeststellungsbeschlüssen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes Wirksamkeit erlangt haben und noch nicht vollzogen sind. Diese Fachpläne sind unverzüglich den in Artikel 1 aufgestellten Zielen der Raumordnung und Landesplanung anzupassen.

Aus dem Spendenaufruf der BI an die Bevölkerung in der BRD

„Die Vorbereitung und die Durchführung des Volksbegehrens kostet enorm viel Geld. Wir brauchen insgesamt ca. 2 Mio. DM für den Druck von Informations- und Werbematerial und der Unterschriftenlisten, für die Öffentlichkeitsarbeit und für Veranstaltungen etc. All dies kann nur durch Spenden der Bevölkerung finanziert werden! *Volksbank Groß-Gerau, BLZ 508.925.00, Kto. Nr. 190.85.007 oder Postscheck Ffm 2666 – 609 zugunsten des ‚Vereins zur Förderung des Volksbegehrens keine Startbahn West'. Die Spenden sind steuerabzugsfähig!"*

UN-Sonderausschuß fordert Waffenembargo gegen Südafrika

chm. Der UN-Sonderausschuß für Namibia hat auf seiner gerade beendeten Sitzung in Panama die Vollversammlung der Vereinten Nationen aufgefordert, Sanktionen gegen Südafrika zu verhängen, weil es sich unablässig in die inneren Angelegenheiten Namibias einmische. Im Zentrum steht die Forderung nach einem Waffenembargo und das Verbot von Uranlieferungen an das südafrikanische Kolonialregime, zumal die USA erklärt haben, sie würden die Lieferungen von angereichertem Uran an Südafrika wiederaufnehmen. Die Carter-Regierung hatte sie gestoppt, weil Südafrika sich geweigert hatte, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen und seine Atomanlagen der Kontrolle durch die Internationale Atombehörde in Wien zu öffnen.

Erbitterung im Iran nach Zeitungsverbot

thf. Durch Verbot von fünf Zeitungen und durch die direkte Intervention Khomeinys in den schon lange währenden Konflikt zwischen Staatspräsident Bani Sadr und der Islamisch-Republikanischen Partei haben sich die Widersprüche im Iran verschärft. Von den fünf verbotenen Zeitungen hatten zwei die Politik Bani Sadrs unterstützt, auch das Organ der iranischen Revisionisten, der Tudeh-Partei, ist verboten. Der oberste Richter Irans, Ajatollah Beheschti, warf Bani Sadr Verfassungsbruch vor, weil er sich geweigert hatte, ein „Gesetz über die Besetzung verwaister Ministerien“, das vom Parlament verabschiedet worden war und das der IRP weiteren Einfluß gebracht hätte, zu unterzeichnen. Eine von Khomeiny eingesetzte Kommission, welche die Streitigkeiten zwischen Bani Sadr und der IRP schlichten sollte, hat Bani Sadr der Mißachtung von Anweisungen des Revolutionsführers beschuldigt. Zwei seiner Berater sind verhaftet worden. Khomeiny hat in seiner Stellungnahme offen gedroht, er werde mit denen, die sich gegen die Institutionen stellen, dasselbe tun, was er mit dem Schah getan habe. Bani Sadr sagte in einem Interview, was zähle, sei nicht die „Beseitigung des Präsidenten, sondern vielmehr die Ungeheuerlichkeit der Diktatur und der Unterdrückung.“ Am Montag, dem 8.6., kam es in verschiedenen Teilen Teherans, u.a. im Basar-Viertel, zu Demonstrationen, auf denen der Name Bani Sadrs gerufen und eine Notausgabe der verbotenen Zeitungen vertrieben wurde.

Schwedisches Parlament für atomwaffenfreie Zone

(ap)thf. Das schwedische Parlament hat am Mittwoch, den 3. Juni, in einem einstimmig gebilligten Bericht seines außenpolitischen Ausschusses die Regierung ersucht, sich in engem Kontakt zu anderen skandinavischen Regierungen um eine gemeinsame Grundlage für die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Nordeuropa zu bemühen. Diese Zone, die als ein erster Schritt zu einem atomwaffenfreien Europa betrachtet wird, soll nach schwedischen Vorstellungen die Ostsee einschließen. Außenminister Ullsten erklärte in der Debatte, in der Ostsee seien zur Zeit außer an Bord sowjetischer Unterseeboote keine Kernwaffen stationiert. In Skandinavien ist das die Forderung einer breiten Massenbewegung, auch in den Gewerkschaften. (s.a. KVZ Nr. 23)

USA: große Waffenlieferungen nach Zentralamerika

thf. Im Zuge der Neuorientierung der US-Außenpolitik auf wieder direkte Kontrolle und Einmischung wollen die USA nach einem umfassenden Plan mehr Waffen und „Wirtschaftshilfe“ nach Zentralamerika liefern. Auch soll wahrscheinlich der Überschalljagdbomber F 16 an Venezuela verkauft werden. Die Maschine war bisher nur innerhalb der NATO und an Israel und Ägypten verkauft worden. Der Verkauf solch moderner Kampfflugzeuge ist nach geltendem Recht nur möglich, wenn „dies lebenswichtig für die Sicherheit der Vereinigten Staaten ist. Weiter soll jetzt erkannt worden sein, laut FAZ, daß Argentinien und Chile für die Sicherheit und das Gleichgewicht in der Region von entscheidender Bedeutung seien.

Karmal angeblich zum Rücktritt bereit

chm. Der Vizepräsident der Marionettenregierung von Kabul, Kishtmand, erklärte in einem Gespräch mit der Süddeutschen Zeitung vom 6. Juni, daß Babrak Karmal bereit sei, den Ministerpräsidenten-Posten abzugeben. Er werde aber weiterhin Staatspräsident und Vorsitzender der Partscham-Partei bleiben. Kishtmand begründete diesen Schritt damit, daß sich Karmal für die „nationale Einheit“ damit opfere. Die blutigen Auseinandersetzungen und Intrigen zwischen den beiden verfeindeten afghanischen revisionistischen Parteien, Khalq und Partscham, haben ein Maß erreicht, das die Besatzungsmacht SU veranlaßt hat einzuschreiten. Sie strebt ein erneutes Bündnis zwischen beiden Parteien an, um die sehr schmale Machtbasis der Partscham etwas zu erweitern. Seit dem Sturz des Amin-Regimes mit dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan hat die Partscham-Partei die Mitglieder der Khalq, der Amin angehörte, verschärft verfolgt. Die SU hatte den Präsidenten dieser Partei, Sarwari, ehemaliger Innenminister, nach Moskau verfrachtet für spätere Verwendung. Einen Hinweis auf die wachsenden Auseinandersetzungen gibt auch die ständige Verschiebung des 6. Plenums des Zentralen Komitees und der Gründungsversammlung der sog. „Großen Nationalen Vaterländischen Front“, einer Mißgeburt, mit der die Karmalregierung der Weltöffentlichkeit vorgaukeln möchte, daß sie sich auf eine breite Einheitsfront stützt.

Neue heftige Drohungen von Vietnam gegen Thailand

Kampuchea-Konferenz in New York / Kongreß der Marionettenpartei in Phnom Penh

lup. Es ist nun so ziemlich sicher, daß die internationale Konferenz über Kampuchea am 13. Juli in New York beginnen wird. Diese Zusicherung hat der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kurt Waldheim, dem Vertreter der ASEAN-Staaten bei der UNO gegeben. Den Vorsitz dieser Konferenz wird Österreich führen. Die Initiative zur Einberufung einer solchen Konferenz hatten die ASEAN-Staaten ergriffen. Die Einberufung einer solchen Konferenz war bereits in der UNO-Resolution vom November 1979, die die vietnamesische Invasion in Kampuchea verurteilt und den Abzug aller ausländischen Truppen gefordert hatte, angeregt worden. Den definitiven Auftrag, eine solche Konferenz vorzubereiten, hatte Waldheim durch die UNO-Resolution vom Oktober 1980 zur Kampuchea-Frage erhalten. Die Sowjetunion und Vietnam hatten von vorneherein erklärt, daß sie sich einer solchen Konferenz widersetzen würden. Waldheim aber hatte die Einberufung einer Kampuchea-Konferenz immer wieder hinausgezögert. Wahrscheinlich auch in Hinblick auf die anstehende Neuwahl des UN-Generalsekretärs, für die er auf die Stimmen des sowjetischen Blocks spekuliert. Daß die Konferenz nun doch stattfindet, ist ein Erfolg der ASEAN-Staaten und auch des Demokratischen Kampuchea.

Vietnam hatte die Forderung nach einer internationalen Kampuchea-Konferenz im Rahmen der UNO mit dem Vorschlag beantwortet, eine regionale Konferenz zwischen den ASEAN- und den „indochinesischen Staaten“ durchzuführen. An einer solchen Konferenz würde das von Vietnam in Pnohm Penh eingesetzte Marionettenregime teilnehmen. Ließen sich die ASEAN-Staaten auf diesen Vorschlag ein, würden sie die vietnamesische Aggression in Kampuchea als fait accompli akzeptieren. Vietnam setzte mit seinem Vorschlag auf Tendenzen innerhalb der ASEAN-Staaten, dem Vordringen Vietnams durch eine Politik der Beschwichtigung entgegenzutreten. Solche Tendenzen gibt es vor allem in den Regierungen Indonesiens und Malaysias, sie sind aber inzwischen wohl schwächer als etwa noch vor einem Jahr. Auf ihrer jüngsten Konferenz haben die ASEAN-Staaten die Anerkennung des Demokratischen Kampuchea bekräftigt. Sie haben zugleich den Bemühungen zur Bildung einer Regierung der nationalen Einheit ihre Unterstützung zugesagt. Die Unterstützung der Position des Demokratischen Kampuchea in der UNO haben sie aber nicht von Ergebnissen der Verhandlungen zwischen der Regierung des Demokratischen Kampuchea und den Kräften um Sihanouk und Son Sann abhängig gemacht. Das erschwert den Kräften um Sihanouk und Son Sann, die Regierung des Demokratischen Kampuchea mit Blick auf die Ende diesen Jahres in der UNO anstehenden Auseinandersetzung über seinen Sitz in der UNO unter Druck zu setzen. Gerade Sihanouk aber hatte noch nach Aufnahme der Verhandlungen mit dem Demokratischen Kampuchea erklärt, seine Absicht sei nach wie vor, den Sitz Kampucheas in der UNO vakant werden zu lassen.

Auch Japan und Australien haben in den letzten Wochen erklärt, daß sie an der Anerkennung des Demokratischen Kampuchea festhalten würden. Die US-Regierung erklärte, daß sie bei der kommenden UNO-Generalversammlung für den Sitz des Demokratischen Kampuchea stimmen würden. Die Unterstützung der 3. Welt für das Demokratische Kampuchea wurde durch Reisen der Sozialministerin des Demokratischen Kampuchea Ieng Thirith dokumentiert, die unter anderem durch Mauretanien, Gambia, Zaire und Togo führten. Eine Delegation der Sozialistischen Partei Senegals hat kürzlich die befreiten Gebiete des Demokratischen Kampuchea besucht.

Nach der Durchführung der Wahlfarce vor einigen Wochen haben die vietnamesischen Besatzer und ihre Marionetten jetzt mit der Durchführung eines „4. Parteitages der Kommunistischen Partei Kampucheas“ ein weiteres Schauspiel inszeniert. Unter den erlauchten Gästen dieses Parteitages befand sich neben anderen auch ein Vertreter der Partei Babrak Karmals. Vorsitzender der Marionettenpartei in Phnom Penh wurde allerdings nicht Heng Samrin, sondern Pen Sovan, der stellvertretende Regimechef. Es ist wohl nicht ganz von der Hand zu weisen, daß es innerhalb des von Vietnam eingesetzten Marionettenregimes erhebliche Reibereien gibt. Vor allem sollte durch das Ausrufen einer Marionettenpartei, die demnächst auch wohl ausdrücklich als Bruderpartei der KPdSU auftreten wird, wohl dokumentiert werden, daß hinter der Besatzung Kampucheas durch Vietnam nicht einfach das Hanoier Regime, sondern der gesamte von der Sowjetunion geführte Block steht.

Wenige Tage später, im Zusammenhang eines Treffens der stellvertretenden Außenminister Vietnams und Thailand, hat Vietnam erneut offene Aggressionsdrohungen gegen Thailand gerichtet. Vietnam werde, so erklärte der stellvertretende vietnamesische Außenminister, mit allen Mitteln die von Thailand angekündigte Repatriierung kampucheanischer Flüchtlinge verhindern. Er warnte vor einer Wiederholung des 23. Juni 1980, wo vietnamesische Truppen schon einmal einen größeren Angriff auf Flüchtlingslager in den thailändischen Grenzgebieten vorgetragen hatten.



hatte, ein „Gesetz über die Besetzung verwaister Ministerien“, das vom Parlament verabschiedet worden war und das der IRP weiteren Einfluß gebracht hätte, zu unterzeichnen. Eine von Khomeiny eingesetzte Kommission, welche die Streitigkeiten zwischen Bani Sadr und der IRP schlichten sollte, hat Bani Sadr der Mißachtung von Anweisungen des Revolutionsführers beschuldigt. Zwei seiner Berater sind verhaftet worden. Khomeiny hat in seiner Stellungnahme offen gedroht, er werde mit denen, die sich gegen die Institutionen stellen, dasselbe tun, was er mit dem Schah getan habe. Bani Sadr sagte in einem Interview, was zähle, sei nicht die „Beseitigung des Präsidenten, sondern vielmehr die Ungeheuerlichkeit der Diktatur und der Unterdrückung.“ Am Montag, dem 8.6., kam es in verschiedenen Teilen Teherans, u.a. im Basar-Viertel, zu Demonstrationen, auf denen der Name Bani Sadrs gerufen und eine Notausgabe der verbotenen Zeitungen vertrieben wurde.

Schwedisches Parlament für atomwaffenfreie Zone

(ap)thf. Das schwedische Parlament hat am Mittwoch, den 3. Juni, in einem einstimmig gebilligten Bericht seines außenpolitischen Ausschusses die Regierung ersucht, sich in engem Kontakt zu anderen skandinavischen Regierungen um eine gemeinsame Grundlage für die Schaffung einer kernwaf-

chm. Der Vizepräsident der Marionettenregierung von Kabul, Kishtmand, erklärte in einem Gespräch mit der Süddeutschen Zeitung vom 6. Juni, daß Babrak Karmal bereit sei, den Ministerpräsidenten-Posten abzugeben. Er werde aber weiterhin Staatspräsident und Vorsitzender der Partscham-Partei bleiben. Kishtmand begründete diesen Schritt damit, daß sich Karmal für die „nationale Einheit“ damit opfere. Die blutigen Auseinandersetzungen und Intrigen zwischen den beiden verfeindeten afghanischen revisionistischen Parteien, Khalq und Partscham, haben ein Maß erreicht, das die Besatzungsmacht SU veranlaßt hat einzuschreiten. Sie strebt ein erneutes Bündnis zwischen beiden Parteien an, um die sehr schmale Machtbasis der Partscham etwas zu erweitern. Seit dem Sturz des Amin-Regimes mit dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan hat die Partscham-Partei die Mitglieder der Khalq, der Amin angehörte, verschärft verfolgt. Die SU hatte den Präsidenten dieser Partei, Sarwari, ehemaliger Innenminister, nach Moskau verfrachtet für spätere Verwendung. Einen Hinweis auf die wachsenden Auseinandersetzungen gibt auch die ständige Verschiebung des 6. Plenums des Zentralen Komitees und der Gründungsversammlung der sog. „Großen Nationalen Vaterländischen Front“, einer Mißgeburt, mit der die Karmalregierung der Weltöffentlichkeit vorgaukeln möchte, daß sie sich auf eine breite Einheitsfront stützt.

stehende Neuwahl des UN-Generalsekretärs, für die er auf die Stimmen des sowjetischen Blocks spekuliert. Daß die Konferenz nun doch stattfindet, ist ein Erfolg der ASEAN-Staaten und auch des Demokratischen Kampuchea.

Vietnam hatte die Forderung nach einer internationalen Kampuchea-Konferenz im Rahmen der UNO mit dem Vorschlag beantwortet, eine regionale Konferenz zwischen den ASEAN- und den „indochinesischen Staaten“ durchzuführen. An einer solchen Konferenz würde das von Vietnam in Pnohm Penh eingesetzte Marionettenregime teilnehmen. Ließen sich die ASEAN-Staaten auf diesen Vorschlag ein, würden sie die vietnamesische Aggression in Kampuchea als fait accompli akzeptieren. Vietnam setzte mit seinem Vorschlag auf Tendenzen innerhalb der ASEAN-Staaten, dem Vordringen Vietnams durch eine Politik der Beschwichtigung entgegenzutreten. Solche Tendenzen gibt es vor allem in den Regierungen Indonesiens und Malaysias, sie sind aber inzwischen wohl schwächer als etwa noch vor einem Jahr. Auf ihrer jüngsten Konferenz haben die ASEAN-Staaten die Anerkennung des Demokratischen Kampuchea bekräftigt. Sie haben zugleich den Bemühungen zur Bildung einer Regierung der nationalen Einheit ihre Unterstützung zugesagt. Die Unterstützung der Position des Demokratischen Kampuchea in der UNO haben sie aber nicht

durch Reisen der Sozialministerin des Demokratischen Kampuchea Ieng Thirith dokumentiert, die unter anderem durch Mauretanien, Gambia, Zaire und Togo führten. Eine Delegation der Sozialistischen Partei Senegals hat kürzlich die befreiten Gebiete des Demokratischen Kampuchea besucht.

Nach der Durchführung der Wahlfarce vor einigen Wochen haben die vietnamesischen Besatzer und ihre Ma-

gerichtet. Vietnam werde, so erklärte der stellvertretende vietnamesische Außenminister, mit allen Mitteln die von Thailand angekündigte Repatriierung kampucheanischer Flüchtlinge verhindern. Er warnte vor einer Wiederholung des 23. Juni 1980, wo vietnamesische Truppen schon einmal einen größeren Angriff auf Flüchtlingslager in den thailändischen Grenzgebieten vorgetragen hatten.



Ein Dorf in den befreiten Gebieten Kampucheas

„P2“: Die italienische Bourgeoisie nahm Marx ganz wörtlich

Das Wort „Freimaurer“ geht auf die Dombauhütten des Mittelalters zurück, die neben besonderen Ritualen und Zunftgeheimnissen technischer und philosophischer Natur ihre eigene Gerichtsbarkeit besaßen. In der Zeit des Kampfes zwischen Feudalismus und aufkommendem Bürgertum schloß sich in den Freimaurerlogen die bürgerliche Bildungsschicht über Standes- und Landesgrenzen hinweg zusammen; sie wurden zu Trägern der Ideen der Aufklärung, der individuellen und politischen Freiheiten, der brüderlichen Menschengemeinschaft. In der Hauptsache war damals ihre Rolle revolutionär: Durch Freimaurerlogen wurden die Ideen verbreitet, die die französische Revolution vorbereiteten; in Nordamerika war die „Boston Tea Party“, die den amerikanischen Unabhängigkeitskrieg einleitete, eine Inszenierung der dortigen Freimaurerloge; Freimaurerlogen spielten eine fortschrittliche Rolle auch noch in den bis 1870 dauernden Kämpfen für die nationale Einigung und Befreiung Italiens von der Vorherrschaft Österreichs und des Klerus. Die Tendenz zur Elite-Bildung durch Brimborium und gegenseitige Protektion waren die Nebenseite. Gegen diese ehemals fortschrittliche Rolle der Freimaurer, gegen die von ihnen verbreiteten Ideen der Aufklärung richteten sich noch die Verbote der Logen durch den italienischen Faschismus und den deutschen Nationalsozialismus, die noch gültige Exkommunikation der Freimaurer durch die katholische Kirche.

Der Fall „P2“ zeigt, daß offenbar auch die heutige Bourgeoisie noch Geheimbünde braucht, nun aber mit anderer Stoßrichtung. Im Kampf gegen den Faschismus hatte sich in Italien eine breite Volksbewegung entwickelt, in der die Arbeiterklasse und die KPI eine führende Rolle spielten. Als die Alliierten einmarschierten, unterstützten die USA tatkräftig den Wiederaufbau der Logen, bei denen es Prinzip war, keine Kommunisten oder Sozialisten aufzunehmen. Wegen ihrer strengen Konspiration war die „P2“ einigermaßen ungeschoren durch den Faschismus gekommen, und hatte dabei sogar noch Karriere-Faschisten als Mitglieder gewonnen. Der eigentliche Aufstieg der „P2“ aber begann erst Ende der 60er Jahre, also in einem Moment, wo in Italien ein starker Neuaufschwung der Arbeiter- und demokratischen Bewegung einsetzte, wodurch die bisherige Bewegungsfreiheit der Bourgeoisie eingeengt, der normale Gang bürgerlicher Bereicherung und Korruption bedroht wurde. Gelli, keineswegs ein Dummkopf, stieg zum „P2“-Führer mit einem Programm der Erneuerung auf: er „verjüngte“ sie, öffnete sie auch für Sozialisten und betrieb planmäßig ihr Hineinwachsen nicht nur in Großfinanz und Industrie, sondern auch in Armee, Polizei, Geheimdienst, Justiz, Parlament und Regierung, Presse und Fernsehen. Die „P2“ mauserte sich zu einer Agentur der Bourgeoisie, von der ihre Geschäfte reguliert und auch Staatsfunktionen wahrgenommen wurden: hier wurde bestochen, protegiert, korrumpiert, erpreßt, konspiriert und notfalls auch liquidiert, dort wurden konkurrierende Finanzbosse „versöhnt“, Gerichtsurteile vorgeplant, Verfassungsänderungen und Putschpläne ausgearbeitet.

Daß es sich um eine Verschwörung fast der gesamten italienischen Bourgeoisie handelte, ist ans Licht gekommen; als der Generalsekretär der Democrazia Cristiana, Piccoli, kürzlich den heroischen Beschluß verkündete, die DC müsse von der „P2“ gesäubert werden, antwortete ihm öffentlich ein DC-Parlamentarier und „P2“-Mann, Piccoli vergesse „offenbar dabei, daß

von H. Heine

in diese Angelegenheit die gesamte nationale Führungsgruppe der DC verwickelt ist“, angefangen mit Piccoli selber, der engste Beziehungen zu führenden „P2“-Funktionären unterhielt.

Marx wies im Kapital (Bd. III, S. 208) nach, „warum die Kapitalisten, sosehr sie in ihrer Konkurrenz untereinander sich als falsche Brüder bewähren, doch einen wahren Freimaurerbund bilden gegenüber der Gesamtheit der Arbeiterklasse“. Heute kann man sagen, daß die italienische Bourgeoisie das wörtlich genommen hat: die Geheimloge ist die Form, in der sie sich – unter der Bedingung einer starken Arbeiterbewegung – zur ungestörten Abwickelung ihrer Geschäfte und zur Sicherung ihrer Macht organisieren muß.

Die endgültig gefundene Form? Der „P2“-Bund ist aufgeflogen. Was keineswegs selbstverständlich ist – das Erstaunliche ist, daß es in der italienischen Justiz Untersuchungsrichter gibt, die einen Hausdurchsuchungsbefehl gegen Leute wie Gelli ausschreiben, der Intimfreund aller Spitzen von Wirtschaft und Politik ist; die unbeirrt Haftbefehle gegen Großbankiers wie Sindona und Calvi erlassen; die der Presse Listen übergeben, aus denen die Mitgliedschaft der halben High Society in einem kriminellen Geheimbund ersichtlich wird; und damit eine Lawine auslösen. Es zeigt das, worauf der „P2“-Bund ja gerade auch die Reaktion war: die vorhandene Stärke der demokratischen Bewegung in Italien.

Sozialisten und Kommunisten in Frankreich

Regierungsbeteiligung der KPF noch unklar / von Bernhard Peters

Wenn nicht alle Voraussagen irren, werden die Linksparteien die Wahlen zur französischen Nationalversammlung, die an den kommenden beiden Wochenenden stattfinden, klar gewinnen, und wird die Sozialistische Partei den knappen Vorsprung, den sie in den letzten Parlamentswahlen 1978 vor der KPF hatte, (22,5 gegen 20,5%), in einen sehr deutlichen Vorsprung verwandeln. Die beiden Richtungen des bürgerlichen Lagers, die Gaullisten und die Parteigänger Giscards, die sich zu einem Wahlbündnis unter Führung des Gaullisten Chirac zusammengeschlossen haben, kündigen für diesen Fall den Sturz Frankreichs ins Chaos „binnen weniger Monate“ an. Die Sozialistische Partei antwortet bezeichnenderweise mit der Losung: „Gebt dem Präsidenten die Mehrheit, die er braucht!“ Der Sozialist Mitterand ist auf sieben Jahre zum Präsidenten gewählt; im Rahmen der bestehenden Verfassung kann ihn keine Macht zum Rücktritt zwingen (er aber kann das Parlament jederzeit auflösen). Auch der Teil der Franzosen, der möglicherweise vor allem stabile politische Verhältnisse will, hat also Grund, eine Mehrheit zu wählen, die den Staatspräsidenten und seine Regierung stützt, statt zu opponieren. Aber nicht nur die Spekulation auf diese Haltung, auch die Tatsache, daß sie über kein wirklich einheitliches Programm verfügt, bringt die Sozialistische Partei dazu, nun auch den Parlamentswahlkampf auf Mitterand zu personalisieren und die *Parlaments*wahlen als Unterstützungsaktion für den Präsidenten zu betreiben.

Auf diese Situation reagiert das bürgerliche Lager mit dem Versuch, die sozialdemokratischen Kräfte innerhalb der PS heranzuziehen und das Bündnis zwischen PS und KPF zu torpedieren. Einstweilen stoßen diese Angebote nicht auf Gegenliebe. Aber was wird sein, wenn der sozialistische Präsident und die neue Regierung die Wirtschaftskrise nicht bewältigen, wenn die Verwirklichung der versprochenen Reformen stockt oder scheitert? Die KPF jedenfalls wird seit Jahren nicht müde, vor der Neigung der Sozialisten zur „Klassenkollaboration“ zu warnen, genauer gesagt, seit dem Zerbrechen der „Linksunion“ zwischen den beiden Parteien im Jahr 1977. Die Linksunion war selbst ein Erfolg langjähriger Bemühungen der KPF, die Sozialisten für ein Bündnis zu gewinnen. Aber erst, als nach einem Zerfallsprozeß in den sechziger Jahren die Reste der alten Sozialistischen Partei wieder gesammelt, die heutige Parti Socialiste (PS) gegründet und auf dem Parteitag in Epinay eine neue, linkssozialistische Programmatik beschlossen wurde, war auch auf Seiten der Sozialisten der Weg für eine ernsthafte Einigung mit den Kommunisten frei.

Die KPF hatte in den fünfziger und sechziger Jahren versucht, einen eigenen Weg zu einem (wie es später hieß) „Sozialismus in den Farben Frankreichs“ zu finden. Elemente dieser Konzeption sind die Analyse des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ und das Konzept einer Übergangsetappe zum Sozialismus, der „fortgeschrittenen Demokratie“, die noch auf kapitalistischer Grundlage existiert und im institutionellen Rahmen der parlamentarischen Demokratie, mit Repräsentativsystem und Parteienpluralismus. 1976 strich die KPF (gegen deutliche Kritik aus der Sowjetunion) die „Diktatur des Proletariats“ aus ihrer Programmatik. In diesen Jahren wandte sie sich auch gegen Unterdrückungsmaßnahmen in der Sowjetunion.

Das 1972 mit der PS vereinbarte „Gemeinsame Regierungsprogramm“ enthält vor allem einen Katalog von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformforderungen. In den folgenden Wahlen, vor allem in der Präsidentschaftswahl von 1974, in der Mitterand als Kandidat der Linksunion nur hauchdünn gegen Giscard unterlag, wuchs der Einfluß der Linksunion deutlich. Gleichzeitig wuchs aber auch der Einfluß der PS innerhalb des Bündnisses.

Beide Parteien repräsentieren wichtige Strömungen in der Arbeiterbewegung. Die KPF hat eine stabile Basis vor allem unter den Industriearbeitern. Der Anteil an Arbeitern unter ihren Mitgliedern, aber auch unter den Funktionären ist relativ hoch; ebenso der Abteil der Betriebszellen an ihren Grundeinheiten (ca. ein Drittel).

Überhaupt ist die Mitgliedschaft der KPF mit 700000 rund dreimal so hoch wie die der Sozialisten. Diese sind immer noch mehr ein Konglomerat verschiedener Strömungen, die sich jeweils um führende Repräsentanten sammeln; ihre Mitgliedschaft und viel mehr noch die Führung ist in starkem Maß geprägt durch die Angehörigen der Neuen Mittelklassen, durch Angestellte, Techniker, Angehörige akademischer Berufe. Die größte der französischen Richtungsgewerkschaften, die CGT (ca. 2,4 Mio. Mitglieder), ist – trotz formeller Unabhängigkeit und auch zahlreicher sozialistischer Mitglieder – der Politik der KPF fest verbunden. Die zweitgrößte Gewerkschaft, die CFDT (rd. 1 Mio. Mitglieder) ist der PS näher (obwohl deutlicher auf Unabhängigkeit bedacht als die CGT gegenüber der KPF). Sie verkörpert eher die Tradition des revolutionären Syndikalismus in der französischen Arbeiterbewegung. Der CFDT und der Linken innerhalb der PS (deren Einfluß auf die Programmatik der Partei größer ist als auf die Personalentscheidungen und damit die Praxis der Parteiführung) gemeinsam ist die Suche nach einer Konzeption des Sozialismus, die unter dem Stichpunkt „autogestion“, Selbstverwaltung steht: eine Konzeption der fortschreitenden Ausdehnung der gesellschaftlichen Kontrolle über die Produktion und die öffentlichen Einrichtungen. Die Konzeptionen im einzelnen sind noch ziemlich wolkig; das Problem ist aber – auch gegenüber dem in dieser Hinsicht recht orthodoxen, mehr oder weniger „staatssozialistischen“ Vorstellungen der KPF – sicher richtig gestellt: wie erlangen die Produzenten die Kontrolle über ihre eigenen gesellschaftlichen Lebensbedingungen?

Die KPF ist nicht daran gescheitert, daß sie alte Formeln „revidiert“ und nach einem eigenen (womöglich friedlichen) Weg zum Sozialismus sucht; sie scheitert daran, daß sie neue Leerformeln („fortgeschrittene Demokratie“) an die Stelle der alten setzt und einen Teil der alten falschen Formeln beibehält (z.B. eine Konzeption der Partei, die sie veranlaßt, immer wieder ihren Anspruch als eigentliche Hüterin der wahren Interessen des Proletariats hervorzukehren, oder ein Verständnis von „proletarischem Internationalismus“, das sie zur Unterstützung der russischen Invasion in Afghanistan führt).

1977/78 kam es zum Bruch der Linksunion: über inhaltliche Differenzen (Ausmaß der Verstaatlichungen; Außen- und Verteidigungspolitik), vorangetrieben durch das allzu deutliche taktische Bestreben der Führung der PS, die Mehrheit und die Führung der Linksunion auf Kosten der KPF zu gewinnen, und die entgegengesetzten, noch ausgeprägteren Profilierungsabsichten der KPF-Führung. Diese profilierte sich dann mit nationalistischen Fanfaren (gegen den spanischen EG-Beitritt zum Beispiel, für protektionistische Maßnahmen), zweideutiger Behandlung des Immigrantenproblems und schließlich wieder engerer Bindung an die Sowjetunion. Die Quittung kam bei den Präsidentschaftswahlen. Um bei den Parlamentswahlen nicht ganz unterzugehen, mußte die KPF wieder auf Bündniskurs einschwenken. Das Resultat ist vorläufig die untenstehend abgedruckte Wahlvereinbarung. Einer Entscheidung über ein gemeinsames Regierungsprogramm und damit über eine Regierungsbeteiligung der KPF sind die Sozialisten noch ausgewichen. Alle strittigen Punkte (die Verstaatlichungen, das Tempo der Verwirklichung der angekündigten Reformen, Afghanistan, Polen, Mittelstreckenraketen) sind ausgespart. Zu hoffen ist, daß der wahrscheinliche Wahlsieg der Linken die in beiden Parteien vorhandenen Kräfte stärkt, die ernsthaft nach Einheit und nach neuen Wegen zur revolutionären Überwindung des Kapitalismus suchen.

Ein großer-Sieg möglich: Das Wahlabkommen zwischen SP und KPF

„Die Wahl von François Mitterand zum Präsidenten der Republik war ein Ereignis von sehr großer Bedeutung, das als solches in Frankreich selbst und weit über unsere Grenzen hinaus empfunden wurde. Sie ist das Ergebnis eines kraftvollen Einheitswillens zu dem unsere Parteien zusammen mit den anderen Komponenten der Volksbewegung beigetragen haben.

Sie hat die Gegebenheiten der französischen Politik zutiefst verändert und in unserem Land eine große Hoffnung keimen lassen. Mit dem Willen, dieser Hoffnung Rechnung zu tragen, sind die KPF und die SP in Diskussionen eingetreten, die die Gesamtheit der Probleme des Lebens unserer Nation zum Inhalt hatten. Diese Diskusssionen haben der Eigenständigkeit jeder Partei Rechnung getragen, welche die einen wie die anderen zu Recht verteidigen. Sie haben bestätigt, daß es zwischen den beiden Parteien Meinungsverschiedenheiten über eine gewisse Anzahl von Fragen gibt, deren Diskusssion vertieft werden soll.

Gleichzeitig hat sich das Vorhandensein zahlreicher Übereinstimmungen bestätigt, die insbesondere zum Inhalt haben: die Annahme von augenblicklichen und langfristigen Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit und für die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Ausbildung der Jugendlichen, die durch Verhandlungen zu vereinbarende schrittweise Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden ohne Lohneinbußen, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Sicherheit der Arbeitsplätze, die fünfte bezahlte Urlaubswoche, die Senkung des Rentenalters, die Anhebung des SMIC (Mindestlohns), der Familienbeihilfen, der Mindestrente, der Beihilfen für Invaliden, der Renten und Pensionen, die Garantie und Verbesserung der Einnahmen der landwirtschaftlichen Familienbetriebe, die Ankurbelung des sozialen Wohnungsbaus, die Demokratisierung der Sozialbeihilfen, die Beendigung der Bedrohung des Schulwesens, die Garantie der gewerkschaftlichen und politischen Freiheiten, die Ausweitung der Rechte der Arbeitnehmer im Betrieb, die Aufhebung der Diskriminierung von Frauen und jugendlichen ausländischen Arbeitern, die Demokratisierung des öffentlichen Lebens, die Entwicklung der demokratischen Freiheiten, das Verhältniswahlrecht, die allgemeine Wahl der Regionalparlamente, die Dezentralisierung der Macht, die Unterstützung der Aktion Frankreichs für den Frieden und die Abrüstung unter Wahrung seiner Bündnisverpflichtungen.

Deshalb haben sich im gegenwärtigen Stadium die SP und die KPF bereits darauf geeinigt, den Sieg vom 10. Mai dadurch zu bestätigen und zu festigen, daß sie ihre Zusammenarbeit dort verstärken, wo sie gemeinsam die öffentlichen Angelegenheiten verwalten sollen, und natürlich auch durch den Beschluß, im zweiten Wahlgang der Parlamentswahlen geschlossen zugunsten jenes Linkskandidaten zu stimmen, der von den Wählern an die Spitze gestellt wurde ... Auf diese Art wird bei den Wahlen für die Nationalversammlung vom 14. und 21. Juni ein großer Sieg ermöglicht werden ... Dann (nach der Wahl, Red.) wird sich ein neues Treffen als zwingend erweisen.“

Chérifa el-Masri

Vieles an dem bisher bekanntgewordenen Ablauf des Putschversuches, bei

Bangladesch – 17 Putschversuche

Auf diese Situation reagiert das bürgerliche Lager mit dem Versuch, die sozialdemokratischen Kräfte innerhalb der PS heranzuziehen und das Bündnis zwischen PS und KPF zu torpedieren. Einstweilen stoßen diese Angebote nicht auf Gegenliebe. Aber was wird sein, wenn der sozialistische Präsident und die neue Regierung die Wirtschaftskrise nicht bewältigen, wenn die Verwirklichung der versprochenen Reformen stockt oder scheitert? Die KPF jedenfalls wird seit Jahren nicht müde, vor der Neigung der Sozialisten zur „Klassenkollaboration“ zu warnen, genauer gesagt, seit dem Zerbrechen der „Linksunion“ zwischen den beiden Parteien im Jahr 1977. Die Linksunion war selbst ein Erfolg langjähriger Bemühungen der KPF, die Sozialisten für ein Bündnis zu gewinnen. Aber erst, als nach einem Zerfallsprozeß in den sechziger Jahren die Reste der alten Sozialistischen Partei wieder gesammelt, die heutige Parti Socialiste (PS) gegründet und auf dem Parteitag in Epinay eine neue, linkssozialistische

hinaus empfunden wurde. Sie ist das Ergebnis eines kraftvollen Einheitswillens zu dem unsere Parteien zusammen mit den anderen Komponenten der Volksbewegung beigetragen haben.

Sie hat die Gegebenheiten der französischen Politik zutiefst verändert und in unserem Land eine große Hoffnung keimen lassen. Mit dem Willen, dieser Hoffnung Rechnung zu tragen, sind die KPF und die SP in Diskussionen eingetreten, die die Gesamtheit der Probleme des Lebens unserer Nation zum Inhalt hatten. Diese Diskusssionen haben der Eigenständigkeit jeder Partei Rechnung getragen, welche die einen wie die anderen zu Recht verteidigen. Sie haben bestätigt, daß es zwischen den beiden Parteien Meinungsverschiedenheiten über eine gewisse Anzahl von Fragen gibt, deren Diskusssion vertieft werden soll.

Gleichzeitig hat sich das Vorhan-

keit und für die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Ausbildung der Jugendlichen, die durch Verhandlungen zu vereinbarende schrittweise Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden ohne Lohneinbußen, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Sicherheit der Arbeitsplätze, die fünfte bezahlte Urlaubswoche, die Senkung des Rentenalters, die Anhebung des SMIC (Mindestlohns), der Familienbeihilfen, der Mindestrente, der Beihilfen für Invaliden, der Renten und Pensionen, die Garantie und Verbesserung der Einnahmen der landwirtschaftlichen Familienbetriebe, die Ankurbelung des sozialen Wohnungsbaus, die Demokratisierung der Sozialbeihilfen, die Beendigung der Bedrohung des Schulwesens, die Garantie der gewerkschaftlichen und politischen Freiheiten, die Ausweitung der Rechte der Arbeitnehmer im Betrieb, die Aufhebung der Diskrimi-

wahlrecht, die allgemeine Wahl der Regionalparlamente, die Dezentralisierung der Macht, die Unterstützung der Aktion Frankreichs für den Frieden und die Abrüstung unter Wahrung seiner Bündnisverpflichtungen.

Deshalb haben sich im gegenwärtigen Stadium die SP und die KPF bereits darauf geeinigt, den Sieg vom 10. Mai dadurch zu bestätigen und zu festigen, daß sie ihre Zusammenarbeit dort verstärken, wo sie gemeinsam die öffentlichen Angelegenheiten verwalten sollen, und natürlich auch durch den Beschluß, im zweiten Wahlgang der Parlamentswahlen geschlossen zugunsten jenes Linkskandidaten zu stimmen, der von den Wählern an die Spitze gestellt wurde ... Auf diese Art wird bei den Wahlen für die Nationalversammlung vom 14. und 21. Juni ein großer Sieg ermöglicht werden ... Dann (nach der Wahl, Red.) wird sich ein neues Treffen als zwingend erweisen.“

bensmittelimporte aus dem Ausland angewiesen, hauptsächlich deshalb, weil keine effektiven Maßnahmen gegen die immer wiederkehrenden Flut-

Fanfaren (gegen den spanischen EG-Beitritt zum Beispiel, für protektionistische Maßnahmen), zweideutiger Behandlung des Immigrantenproblems und schließlich wieder engerer Bindung an die Sowjetunion. Die Quittung kam bei den Präsidentschaftswahlen. Um bei den Parlamentswahlen nicht ganz unterzugehen, mußte die KPF wieder auf Bündniskurs einschwenken. Das Resultat ist vorläufig die untenstehend abgedruckte Wahlvereinbarung. Einer Entscheidung über ein gemeinsames Regierungsprogramm und damit über eine Regierungsbeteiligung der KPF sind die Sozialisten noch ausgewichen. Alle strittigen Punkte (die Verstaatlichungen, das Tempo der Verwirklichung der angekündigten Reformen, Afghanistan, Polen, Mittelstreckenraketen) sind ausgespart. Zu hoffen ist, daß der wahrscheinliche Wahlsieg der Linken die in beiden Parteien vorhandenen Kräfte stärkt, die ernsthaft nach Einheit und nach neuen Wegen zur revolutionären Überwindung des Kapitalismus suchen.

Bangladesch – 17 Putschversuche in knapp 6 Jahren

Chérifa el-Masri

Vieles an dem bisher bekanntgewordenen Ablauf des Putschversuches, bei dem der Staatspräsident von Bangladesch, Zia ur-Rahman, ums Leben gekommen ist, ist ungeklärt. Auch die Ursachen für Zias Reise in die Provinz Chittagong sind bisher nicht genannt worden. Chittagong, einst eine Hochburg des Befreiungskampfes des bengalischen Volkes gegen Pakistan, gilt als eine der unruhigsten Provinzen des Landes. Die Chakmastämme, insgesamt 350000, führen seit Jahren einen Guerillakrieg gegen die Zentralregierung in Dacca. Das Ende des Jahres 1980 vom Parlament verabschiedete Gesetz, das der Polizei und der Armee das Recht gibt, ohne Vorwarnung zu schießen, hat die Lage in der Provinz noch zusätzlich verschärft.

Der Anführer des Putsches, Mansur Ahmad, wie Zia selbst Armeegeneral, hatte anscheinend auf Unterstützung seitens der Chakmas spekuliert, sie aber nicht erhalten. Offensichtlich haben ihn auch nur geringe Teile der Armee unterstützt. Denn schon nach zwei Tagen war er verhaftet und „von aufgebrachten Soldaten“ umgebracht worden. Nur zwei politische Forderungen Mansurs sind bisher bekanntgeworden, die vom „Revolutionssender Chittagong“ gesendet wurden: Annullierung des Freundschafts- und Beistandspaktes vom Jahre 1975 mit Indien und die Bildung einer „revolutionären Regierung der Freiheitskämpfer ohne korrupte Politiker“. (Letzteres bezieht sich auf bengalische Politiker, die nicht aktiv am Unabhängigkeitskrieg gegen Pakistan teilgenommen haben, aber in den letzten Jahren repatriiert worden sind, so z.B. Vizepräsident Abdus Sattar, der jetzt kommissarisch die Staatsgeschäfte führt.)

Die Forderung nach Annullierung des Freundschaftsvertrages mit Indien greift eine entscheidende Frage der politischen Realität Bangladeschs auf: die seit dem Regierungsantritt Indira Gandhis im Frühjahr 1980 wachsenden Einmischungsversuche Indiens in die Angelegenheiten Bangladeschs. Ihre Wurzeln reichen bis in die sechziger Jahre hinein, als sich Indien die berechtigten Forderungen des bengalischen Volkes in der damaligen Provinz Ostpakistan nach Selbstbestimmung zunutze machte, um Pakistan zu schwächen und seine Stellung als Hegemonialmacht auf dem Subkontinent zu festigen. Der Sieg der bengalischen Freiheitskämpfer, der Mukti Bahini, gegen die pakistanische Armee im Jahre 1971 ist mit Indiens Unterstützung zustandegekommen. Seitdem hat es einiges unternommen, um seine Stellung in Bangladesch zu konsolidieren. Neben den hegemonialen Bestrebungen hat Indien auch ökonomische Interessen: Das Wasser des Ganges und des Brahmaputra, die beide in Bangladesch entspringen, will es kontrollieren. Durch den fertiggestellten Staudamm in der Provinz Bengalen bedroht es die Bewässerung der Grenzprovinzen Bangladeschs. Auch außenpolitisch hat die indische Regierung Bangladesch jahrelang in ihrem Schlepptau gezogen. So gehörte Bangladesch zu den Staaten, auf die sich die SU bei internationalen Abstimmungen stützen konnte, dank des indischen Einflusses. Bei dieser Politik konnte sich die indische Regierung vor allem auf die Partei stützen, die den Befreiungskampf politisch geführt hat, auf die Awami Liga Mujib ur-Rahmans, des ersten Präsidenten von Bangladesch.

Der Sturz der Gandhiregierung im Jahre 1976 brachte eine gewisse Änderung in der indischen Außenpolitik. Die Regierung der Janatapartei versuchte, freundschaftliche und gleichberechtigte Beziehungen zu den Nachbarstaaten aufzubauen, auch zu Bangladesch. Die Regierung Zia ur-Rahmans, der ebenfalls durch einen Putsch im Jahre 1975 an die Macht gekommen ist, knüpfte engere Beziehungen zur VR China, und aktivierte seine Mitgliedschaft in der Islamischen Konferenz. Der Wahlsieg Indira Gandhis beendete diesen Kurs der indischen Regierung. Die in Indien lebenden Politiker der Awami Liga erhielten wieder Unterstützung von der indischen Regierung. Indien versucht auch, die im Golf von Bengalen gelegene Insel New Moore zu annektieren.

In Bangladesch selbst stützte sich die Regierung Zia hauptsächlich auf die ca. 80000 Mann starke Armee, auf deren Führung sie sich, nach der Liquidierung der fortschrittlichen Offiziere, die Zia im November 1975 auf den Präsidentenstuhl gehievt hatten, bisher verlassen konnte. Sie bildet die stärkste Kraft innerhalb des Staatsapparates. Als Gegengewicht zur Awami Liga und zur linken „Nationalen Sozialistischen Partei“, gründete Zia im vergangenen Jahr die Nationale Partei Bangladeschs. Indem er entscheidende Stellen im Verwaltungsapparat mit Mitgliedern dieser Partei besetzte, versuchte er ein Gegengewicht zu seinen Gunsten zu schaffen in diesem traditionellen Einflußbereich der Awami Liga.

Bangladesch ist eines der ärmsten Länder der Welt. 85 Mio. Menschen leben auf einem Staatsgebiet, das nur ¼ so groß ist wie Frankreich. Die Wachstumsrate der Bevölkerung liegt bei 2,4% und ist eine der höchsten auf der Welt. 76% der Bevölkerung sind Analphabeten. Über 95% der Bengalen leben auf dem Lande. Davon sind 75% in der Landwirtschaft beschäftigt. Es überwiegt das bäuerliche Kleineigentum. Von den 65000 Dörfern sind lediglich 2000 an das Straßennetz angeschlossen. Das Hauptanbauprodukt ist Reis – auf 80% der gesamten bebaubaren Fläche wird Reis angepflanzt. Obwohl der Boden sehr fruchtbar ist, ist Bangladesch auf Lebensmittelimporte aus dem Ausland angewiesen, hauptsächlich deshalb, weil keine effektiven Maßnahmen gegen die immer wiederkehrenden Flutkatastrophen seitens der Regierung ergriffen werden. Das Hauptexportprodukt Bangladeschs ist Jute. Es macht 60 – 80% seines Exportvolumens aus.



Die Senkung der Jutepreise auf dem Weltmarkt durch die Konkurrenz der Chemiekonzerne führte zu einem Handelsbilanzdefizit von über 700 Mio. $. Vor allem die Kleinbauern sind davon betroffen. Nach Angaben der FAO leben 4/5 der Bengalen in Bangladesch unter der von ihr festgelegten Armutsgrenze.

Was Solidarność will

Nach der Vorlage von Programmthesen für den 1. Gewerkschaftstag im August ist man dabei nicht mehr auf Vermutungen angewiesen / Einige Anmerkungen

von Gerd Koenen



Es verwundert nicht, daß die Programmthesen von „Solidarność", die im April in polnischen Zeitungen veröffentlicht worden sind, seither von den Zwiebeltürmen der Heiligen Orthodoxie aus unter wütendes Kreuzfeuer genommen worden sind, angefangen mit einem Großangriff in der „Prawda" vom 15. Mai, der in dem Vorwurf gipfelte, damit habe sich die Gewerkschaft der polnischen Arbeiter „offen der Demontage der gesellschaftlichen und politischen Grundlagen des Sozialismus" und der „Wiederherstellung des Kapitalismus" verschrieben. Die Tatsache, daß dieser Entwurf nur wenige Wochen vor den Programmthesen der PVAP-Führung zum a.o. Parteitag im Juli veröffentlicht worden seien, zeige „die offene Absicht, die führende Rolle der Partei in Frage zu stellen".

Die Thesen liegen im Bulletin des Westberliner Komitees „Solidarität mit Solidarność" jetzt erstmals in vollständiger Übersetzung vor (*siehe Anzeige*). Man sollte dafür sorgen, daß dieser Text verbreitet und gelesen wird, denn er ist gut geeignet, mit etlichen Vorurteilen aufzuräumen. Freilich: Es sind *Diskussions*thesen (auch schon wieder so eine Neuerung!). Ein Programm und eine reguläre Führung wird „Solidarność" sich erst auf ihrem ersten Kongreß am 31. August, dem Jahrestag des Danziger Abkommens, geben. Wenn nicht bis dahin dies Abkommen mit Panzerunterstützung rückgängig gemacht wurde.

Einige Anmerkungen zu bzw. Zitate aus den Programmthesen.

● *Ein* Kennzeichen des Entwurfs ist ohne Zweifel der ausdrückliche Rückgriff auf Forderungen der „bürgerlichen" Demokratie. Verlangt wird die Freiheit des Wortes und des Drucks, Aufhebung der Zensur, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, und, zum ersten mal in dieser Deutlichkeit, freie Wahlen zum Sejm und den Nationalräten. „In der neuen Wahlordnung ist daran festzuhalten, daß sie die ungehinderte Aufstellung von Kandidaten durch Organisationen und Gruppen der Bürger zu garantieren ... hat."

An anderer Stelle heißt es: „Für eine Sache von grundsätzlicher Bedeutung halten wir die Wiederherstellung der vollständigen Gesetzlichkeit in den Beziehungen zwischen den Organen der Staatsmacht auf der einen und der Gesellschaft und dem Bürger auf der anderen Seite." Oder folgender klassische Satz: „Vor dem Recht müssen alle gleich sein. Es gibt nur *ein*, von der gesellschaftlichen oder staatlichen Stellung unabhängiges, für alle billiges Recht." Das heißt, gegen einen zum absoluten Staatsmonopolismus und -despotismus degenerierten Sozialismus werden „bürgerliche" Forderungen gestellt. Pech der deutschen Sprache (und Geschichte), daß wir nicht unterscheiden können zwischen dem „bourgeois", dem Kapitalisten, und dem „citoyen", dem – egal wie reich oder arm – vor dem Gesetz gleichen Bürger der antifeudalen Revolutionen. Und gewisse feudale, durchaus rückständige Züge trägt auch dieser Staatssozialismus. Dagegen weht hier ein wenig der Jakobinergeist von 1789, und das hat ganz seine Richtigkeit.

● Dabei bleibt dies Programm in seinen politischen Forderungen aber keineswegs stehen, und in seinen sozialen Zielen schon gar nicht. Ob bewußt oder nicht bewußt, schließt diese neue polnische Arbeiterbewegung in vieler Hinsicht an die frühen Bestrebungen der europäischen Arbeiterbewegung an, – einen geschichtlichen Augenblick lang verwirklicht in der Pariser Commune von 1871 –, konkrete Schritte in Richtung jener „freien Assoziation der Produzenten" zu tun, die immer das Endziel der Kommunisten gewesen ist. Sowieso ist, auf dem Wege der Negation, diese Arbeiterbewegung viel tiefer vom Marxismus beeinflußt, als sie selber weiß. Wenn im Programm unter den „Hauptquellen unserer Inspiration" der „sozialistische Gesellschaftsgedanke" erst *nach* den „besten Traditionen des Volkes, ethischen Grundsätzen des Christentums und politischen Forderungen der Demokratie" aufgezählt wird, dann ändert das durchaus nichts an dieser Feststellung.

● Wie wird die polnische Gesellschaft beschrieben? „Im bürokratischen Regierungssystem des Landes und der Wirtschaftsverwaltung hat sich eine geschlossene Gruppe von Regierenden herangebildet, die jeglicher Kontrolle durch die Regierten entzogen sind. Die Leute des Machtapparates fällen Entscheidungen, die im Grunde an ihren persönlichen Interessen, partiellen Privilegien und ihrem Aufstieg, und nicht an den Interessen der Gesellschaft orientiert sind." Konstatiert wird weiter, „daß in den 70er Jahren das soziale Unrecht zugenommen und die Privilegien der Menschen, die die Macht ausübten, in noch größerem Maße ausgebaut wurden". Die Bildung einer „*gemeinsamen Front gegen die Ausbeutung* ..., ohne Rücksicht darauf, unter welchen Parolen diese Ausbeutung sich tarnt", darin sieht die Gewerkschaft ihr Ziel.

● Als das Gegengift gegen diesen Sozialismus des absoluten Staatsmonopols geht das Programm von „Solidarność" den Weg *gesellschaftlicher Selbstorganisation* an. Und das reicht von vornherein über alle bürgerliche Demokratie hinaus.

Grundlegend sind dabei die Forderungen zur *betrieblichen Selbstverwaltung*, die direkt an der Rätebewegung von 1956 anknüpfen. „Die betriebliche Selbstverwaltung soll befugt sein, effektive Entscheidungen zu treffen, soll das Recht haben, über das Betriebseigentum zu verfügen, über die Richtungen der Produktion und des Absatzes sowie der Investitionen zu entscheiden. Sie soll auch über die Verteilung der Betriebsgewinne entscheiden können." Weiter soll sie „bei der Berufung und Absetzung der Direktoren beteiligt" sein. – Darüberhinaus wird der Ausbau und die Demokratisierung der *kommunalen Selbstverwaltung* verlangt (zu den kommunalen Nationalräten soll noch in diesem Jahr auf geänderter Wahlordnung gewählt werden!); eine *ländliche* Selbstverwaltung, in Verbindung mit einem *Genossenschaftswegen*, „das diesen Namen verdient"; schließlich die Selbstverwaltung der *Universitäten*, der *Gerichte*, etc.

Man muß alle diese demokratischen Forderungen und Ziele, in Verbindung mit der tatsächlichen Machtstellung, die die polnische Arbeiterbewegung sich bereits erobert hat, mit im Auge haben, wenn man sich den Ausführungen der Programmthesen zur *Wirtschaftsreform* zu wendet.

Die Ursachen der Krise und die Wirtschaftsreform

● „Die *Krise der Wirtschaft der VR Polen* kommt zum Ausdruck in der Wirtschaftsstruktur und -politik sowie im System insgesamt ... Der strukturelle Charakter der Krise zeigt sich in der ständigen und wachsenden Disproportion zwischen dem Teil der Wirtschaft, der d e Konsumbedürfnisse abdeckt und dem Teil, der ... auf die Produktion von Maschinen und Anlagen zur weiteren Produktion von Maschinen und Anlagen eingestellt (ist) ... Insbesondere die Landwirtschaft, der Bereich der Wirtschaft, der die Grundbedürfnisse der Bevölkerung befriedigt und ¼ der Bevölkerung einen Arbeitsplatz sichert, wurde auf eine untergeordnete Rolle in der gesamten Volkswirtschaft heruntergedrückt ... Die tiefsten Ursachen der Krise tragen Systemcharakter. Die Gesamtheit der wirtschaftlichen Entscheidungen wurde durch wenige Zentren monopolisiert, die den einzelnen Betrieben Anweisungen gaben ... Die Betriebe haben in dieser Lage keinerlei Freiheit bei der Festlegung ihrer Produktionsprogramme und bei der Wahl der Produktionsmethoden; demzufolge ist die Wirtschaftsrechnung auf der Ebene der Betriebe gegenstandslos. Die Wirtschaftsrechnung kann auch kein zentraler Planer machen, weil entsprechende Informationen über die Warenpreise fehlen. Die Situation wird verschlechtert durch das Streben der Betriebe nach Maximierung der Aufwendungen, das seinerseits durch das Interesse der Betriebe an einer rein wertmäßigen Planerfüllung, u.a. auf dem Wege der Steigerung der Kosten verursacht wird ... Die Ineffektivität des Systems und der Wirtschaftspolitik versuchte man durch wachsende Auslandskredite zu kompensieren. Die kapitalistischen Bankiers sollten die ökonomische Unfähigkeit der zentralen staatlichen Planwirtschaft finanzieren."

● Als Kernstücke der zu fordernden *Wirtschaftsreform* verlangt Solidarność: „Die zentrale Planung soll ihren Weisungscharakter verlieren ... Die zentralen Pläne sollten einen strategischen und keinen operativen Charakter besitzen und müssen für einen mehrjährigen Zeitraum festgelegt werden ... Die Verbindungsglieder zwischen den Betrieben und der zentralen Wirtschaftsleitung, wie z.B. die Branchenministerien und die Vereinigungen (den Ministerien unterstehende Zwischenebenen der Wirtschaftsverwaltung, die jeweils eine Gruppe miteinander verbundener Betriebe dirigieren, insgesamt eine Bürokratie von zehntausenden, G.K.) sollten großteils ganz abgeschafft werden. – Die vergesellschafteten Betriebe sollten im Bereich der Festlegung des Produktionsprogramms und der Wahl der Produktionsmethoden Selbständigkeit erhalten ... Die Betriebe sollten auf Grundlage der Selbstfinanzierung arbeiten, d.h. die eigenen Ausgaben aus eigenen Einnahmen decken ... Die Bedingung ... ist die Entmonopolisierung des Marktes und die Entwicklung eines gewissen Grades von Konkurrenz der Produzenten untereinander."

● „Solidarność" ist bereit, im Zuge dessen auch zwei der heikelsten Wirtschaftsfragen anzugehen: eine *Preisreform*, die u.a. auch das System der subventionierten Nahrungsmittelpreise zugunsten tatsächlicher Marktpreise ablösen würde, ein Verlust, der für die Bezieher der unteren und durchschnittlichen Einkommen durch Lohnerhöhungen kompensiert werden soll; und zweitens, „daß die Betriebe das Recht haben, *nach ihrem Bedarf den Beschäftigungsstand zu verändern*"; durch ein großangelegtes Programm von Umschulungen und Umsetzungen, durch die Einführung von Arbeitslosengeld bei vorübergehender Arbeitslosigkeit, und insgesamt durch ein Programm der Neuschaffung von Arbeitsplätzen für Dinge, die dringend benötigt werden, wird die Regierung zur Garantie der Vollbeschäftigung verpflichtet. Durch Verkürzung der Arbeitszeit und Verbesserung der Arbeitsbedingungen soll zugleich die Produktivität der Arbeit gehoben werden.

● Die staatliche Garantie eines „sozialen Minimums" für alle und Einführung von progressiver und Luxus-Besteuerung der hohen Einkommen verlangt die Gewerkschaft zur Sicherung bzw. Finanzierung dieses umwäl zenden Programms.

Zurück zum Kapitalismus?

Auf eine „*Plan- und Marktwirtschaft*" würden die Reformen hinauslaufen, heißt es an einer Stelle. Also doch Rückkehr zum Kapitalismus?

Als wäre Kapitalismus bloße „Marktwirtschaft". Entscheidend ist, daß im Kapitalismus *die Arbeitskraft Ware* ist, und in der Produktion ausgebeutet wird. Die Überwindung *jeglicher* Marktwirtschaft durch planvolles Wirtschaften eben der „assoziierten Produzenten" kann erst *am Ende* einer längeren geschichtlichen Periode stehen. Eine hoch entwickelte Gesellschaftlichkeit des realen Arbeitsprozesses, auch eine relativer Überfluß sowohl an Konsumtions- wie Reservemitteln, ein hoher Bildungsgrad, die entwickelte Fähigkeit selbständiger gesellschaftlicher Organisation etc. etc. sind alles notwendige Vorraussetzungen für den Übergang zu einer von vorn bis hinten wirklich planmäßigen Wirtschaft. Sind diese Vorraussetzungen nicht erfüllt, wird die reine Bildung staatlicher Monopolbetriebe per Dekret auf das gerade Gegenteil hinauslaufen: auf die bloße, brutal beschleunigte Akkumulation von Kapital auf Kosten und Knochen der Arbeiter, tatsächliches Chaos in den wirklichen Produktionsbeziehungen, auf einen Morast von Privilegien-, Pfründen- und Beziehungswirtschaft. Die nominellen Zahlen des Produktionszuwachses sind dann zum Teil noch rein fiktiv; in Wirklichkeit herrscht „eine riesige Verschwendung menschlicher Arbeitskraft und anderer Bestände". Insofern ist die Einführung gewisser, kontrollierter Elemente von Marktwirtschaft der *selbstverwalteten* Betriebe hier auch überhaupt kein Rückschritt, sondern eine objektive Bedingung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß „Solidarność" ausdrücklich nicht mit den betrieblichen Selbstverwaltungsorganen verschmelzen will, sondern auch ihnen gegenüber ihre Unabhängigkeit behalten will, sodaß sie weiterhin die Interessen der Masse der Arbeitenden vertreten kann. Und die organisierte Macht der 10 Millionen ist selbst die Garantin, daß die Arbeiter durch solche Reformen nicht etwa vom Regen in die Traufe kommen. Es ist also umgekehrt: der Privatkapitalismus westlicher Prägung erhält keine Chance. Der Kampf geht um die *reale Vergesellschaftung* staatlicher Monopolbetriebe.

Revolutionäre Selbstorganisation

Im letzten Teil wendet der Programmentwurf die Prinzipien revolutionärer Selbstorganisation auf die Organisation der Gewerkschaft selbst an. Prinzip ist „die elementare, regionale, gegenseitige Verbundenheit ..., die die Hilfe und Solidarität zwischen den arbeitenden Menschen verschiedener Berufe und verschiedener Betriebe sichert".

„Solidarność" hat sich damit eine einzigartige, die wohl entwickeltste Form der Einheitsgewerkschaft geschaffen. Sie bildet nicht einen bloßen Dachverband von Berufs- oder Branchengewerkschaften. Sondern alle Arbeitenden sind tatsächlich unmittelbar in *einer* Gewerkschaft organisiert, die ihrerseits eine Assoziation regional selbständig beschluß- und handlungsfähiger Verbände ist. Die aber organisieren in ihrem Gebiet eben alle Arbeiter, Angestellten, Beamten etc. aller Betriebe, Büros und öffentlichen Einrichtungen.

„Die Grundlage des gewerkschaftlichen Lebens ist die selbstverwaltete Betriebsorganistion." Das ist wiederum wörtlich zu nehmen: die Regionalkomitees der Gewerkschaft sind bis heute die MKZ's, die „Überbetrieblichen Gründungskomitees". Nach dem Danziger Abkommen im letzten Sommer ist „Solidarność" binnen weniger Wochen *von unten her*, von den betrieblichen Streik- und Gründungskomitees aufgebaut worden. Und sie haben ihre entscheidende Rolle im Organisationsleben behalten. Es sind Stränge direkter Demokratie.

Delegieren also die Betriebsorganisationen ihre Delegierten direkt in die Regionalkomitees, so ist die „Landes-Koordinierungskommission" (KPP) wiederum ein reiner Delegiertenrat der 39 MKZ's, erweitert um das Präsidium der „Elf", meist Streikführer des letzten Jahres. Alle Funktionäre von „Solidarność" sind zu Arbeiterlohn bezahlt, jederzeit rechenschaftspflichtig und abwählbar, wie das Programm betont. So nimmt die Gewerkschaft im eigenen Organisationsleben die neue Gesellschaft, die sie schaffen will, vorweg. Gift für den „realen Sozialismus".

In „Solidarność" hat sich die polnische Arbeiterklasse *selbst zur Partei organisiert*. Und darüber hat sie ein klares Selbstbewußtsein:

„ ‚Solidarność' ist die Hauptgarantin des Erneuerungsprozesses in Polen. In Polen existiert keine andere gesellschaftliche Kraft, die sie bei dieser Aufgabe ersetzen kann. Auf dem Wege der Erneuerung müssen wir Entschlossenheit und Opferbereitschaft aufbringen. Entweder gelingt es ‚Solidarność', ihre gesellschaftliche Umgebung zu verändern, oder es werden ihr selbst die Normen und Ziele des Systems aufgezwungen, all unsere Bestrebungen paralysiert, wir alle zusammengeschlagen und alle unsere Hoffnungen auf eine Wiedergeburt zunichtegemacht. Auf unserem Weg gibt es kein Zurück, wir müssen zur völligen Erneuerung des Landes vorwärtsschreiten."



den 1. Gewerkschaftstag im August ist man dabei nicht mehr auf Vermutungen angewiesen / Einige Anmerkungen

von Gerd Koenen

Gerd Muhr: Entwicklungsländer unterstützen

frb. Eine Sozialklausel im Rahmen der Handelsvereinbarungen des GATT forderte der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gerd Muhr in seiner Funktion als Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO). Einerseits sollten den Industrieländern vorbeugende Anpassungsmaßnahmen für strukturschwache Industrien zugestanden werden, andererseits sollte in den Entwicklungsländern die Anwendung der wesentlichen internationalen Arbeitsnormen gefördert werden. Dabei bestünde kein Zweifel, daß die ¾ Milliarde in bitterer Armut lebenden Menschen in den Entwicklungsländern wesentlich mehr der internationalen Solidargemeinschaft bedürften, als 20 Millionen Arbeitslose in den Industrieländern. Zwangsläufige Priorität der IAO müsse die Förderung der gewerkschaftlichen und Arbeitssysteme in den Entwicklungsländern sein. Die Gewerkschaften müßten sicherstellen, daß wirtschaftliches Wachstum nicht nur einer kleinen privilegierten Schicht zugute komme. Muhr kritisierte die Behinderung der Gewerkschaften durch einige Regierungen und griff besonders die Verweigerung der Gewerkschaftsrechte durch multinationale Konzerne an.

Mitterand erfüllt Wahlversprechen

frb. Die Erhöhung der gesetzlichen Mindestlöhne um 10% auf 2900 Franc monatlich (rd. 1230 DM) ab 1. Juni ist die wichtigste der Maßnahmen, die die neue französische Regierung auf ihrer zweiten Sitzung beschlossen hat. Rund 800000 werden nach Mindestlohn bezahlt, ¾ hiervon Frauen. Der Kapitalistenverband ,,Patronat" beziffert die Erhöhung mit 4% auf die Gesamtlohnsumme. Erhöht wurden weiter die Familienzulagen (Kindergeld) um 25%, die Mindestrenten um 20% auf 1700 FF (720 DM) und das Wohngeld soll in zwei Schritten um je 25% erhöht werden. Außerdem hatte die Regierung vor einigen Tagen 2,9 Mrd. FF für den Bau von 50000 Sozialwohnungen bereitgestellt. Wie die ,,Financial Times" meldet, plant die Regierung ein Gesetz zur Besteuerung der Bank- und Ölprofite und des Geldvermögens über eine Mio. DM. Die 100000 größten Steuerzahler sollen eine Sondersteuer entrichten und für Luxusgüter ist eine erhöhte Mehrwertsteuer zu zahlen.

Preisindex entspricht nicht der Wirklichkeit

frb. Kritik an der amtlich ermittelten Preissteigerungsrate für die privaten Haushalte hat der Oldenburger Wirtschaftsprofessor Pfaffenberger geäußert. Der Gesamtindex berücksichtige nicht, daß die Ausgaben für Heizenergie einen ständig wachsenden Anteil an den Gesamtausgaben der Haushalte einnehmen. Gerade die Preise für

zahlt, ¾ hiervon Frauen. Der Kapitalistenverband ,,Patronat" beziffert die Erhöhung mit 4% auf die Gesamtlohnsumme. Erhöht wurden weiter die Familienzulagen (Kindergeld) um 25%, die Mindestrenten um 20% auf 1700 FF (720 DM) und das Wohngeld soll in zwei Schritten um je 25% erhöht werden. Außerdem hatte die Regierung vor einigen Tagen 2,9 Mrd. FF für den Bau von 50000 Sozialwohnungen bereitgestellt. Wie die ,,Financial Times" meldet, plant die Regierung ein Gesetz zur Besteuerung der Bank- und Ölprofite und des Geldvermögens über eine Mio. DM. Die 100000 größten Steuerzahler sollen eine Sondersteuer entrichten und für Luxusgüter ist eine erhöhte Mehrwertsteuer zu zahlen.

Preisindex entspricht nicht der Wirklichkeit

frb. Kritik an der amtlich ermittelten Preissteigerungsrate für die privaten Haushalte hat der Oldenburger Wirtschaftsprofessor Pfaffenberger geäußert. Der Gesamtindex berücksichtige nicht, daß die Ausgaben für Heizenergie einen ständig wachsenden Anteil an den Gesamtausgaben der Haushalte einnehmen. Gerade die Preise für

Heizenergie sind weit überdurchschnittlich gestiegen. Diese überdurchschnittlichen Preissteigerungen gehen aber in den Gesamtindex mit zu geringem Gewicht ein. Nach Berechnungen Pfaffenbergers müssen die Haushalte gegenüber 1976 gut 52% mehr für ihren Bedarf an Strom und Wohnungswärme ausgeben, das Statistische Bundesamt aber geht von knapp 38% aus. Daher liege der amtliche Preisindex um 0,8 Prozentpunkte unter dem, was die Haushalte an reinen Preissteigerungen wirklich zu tragen hatten. Danach wären die Preissteigerungen – bezogen auf alle Haushalte – für 1979 mit 4,9% und für 1981 mit 6,3% anzusetzen.

ASEAN kritisiert Zinn-Politik der USA

frb. Die Zinn produzierenden Länder sehen die seit dem Wochenende in Genf laufenden Verhandlungen als letzte Chance an, das im Juni 1982 auslaufende 5. Zinnabkommen zu verlängern. Umstritten zwischen ihnen und den USA sind die Größe des Ausgleichslagers und die Bedingungen für Exportquoten. Eine Konferenz der Wirtschaftsminister der ASEAN-Staaten – Thailand, Malaysia und Indonesien verfügen über 65% des Weltexports – hat die USA aufgefordert, ihre Verkäufe aus ihrem strategischen Lager umgehend einzustellen. Engstirnige und kurzfristige nationale Interessen einiger entwickelter Verbrauchsländer würden die internationale Zusammenarbeit durch Rohstoffabkommen unterhöhlen, erklärten sie. ASEAN verlangt positive Ergebnisse noch vor dem Treffen mit den Außenministern der USA, EG und Japans am 19.6. in Manila.

Frauenrenten: Wie formal Gleiches ungleich wird

Die Forderungen des DGB sind nützlich für die Anhebung der Frauenrenten

gkr. Nach wie vor ist eines der Hauptprobleme der Rentenversicherung die niedrige Rente für eine große Anzahl von Frauen. Die DGB-Bundesfrauenkonferenz befaßte sich vor drei Wochen hiermit und verabschiedete einen Antrag. Einige Angaben sollen das Ausmaß verdeutlichen: Am 1. Januar 1981 betrug die durchschnittlich in der Arbeiterrentenversicherung an Frauen gezahlte Altersrente (bei der ganzen folgenden Betrachtung lasse ich die Erwerbsunfähigkeits- und Berufsunfähigkeitsrente außer Betracht) 438 DM, das sind 38% der durchschnittlichen Altersrente für Männer in demselben Versicherungszweig. In der Angestelltenversicherung kamen die Frauen auf 777 DM im Durchschnitt, knapp die Hälfte ihrer männlichen Kollegen. Man kann das Problem auch etwas anders verdeutlichen, denn Durchschnittszahlen enthüllen bekanntlich oft nur einen Teil der Wahrheit. Drei Viertel aller Frauen, die eine Altersrente bekommen, erhalten weniger als 600 DM (zum Vergleich: der viel zu niedrige BAföG-Höchstförderungssatz liegt mit 620 DM knapp darüber). Und viel besser sieht es auch bei den Witwenrenten nicht aus, fast 50% von ihnen liegen unter 600 DM im Monat. Nun gibt es zwar eine nicht unerhebliche Anzahl von Frauen, die über eigene Rentenansprüche und über Witwenrenten verfügen, für die sich die Lage also erheblich abgemildert stellt und die die Regierung auch im Auge hat, wenn von Überversorgung die Rede ist und die Teilhaberente begründet wird, aber wenigstens 55% aller Rentnerinnen leben ausschließlich von eigener Versichertenrente oder Witwenrente. Was sind die Gründe für diese elende Niedrigkeit der Frauenrenten?

Aus den unten abgedruckten Schaubildern ergibt sich: Beide Elemente, die wesentlich zur Bildung der Höhe der Rente beitragen, weisen bei Frauen niedrigere Werte aus als bei Männern:

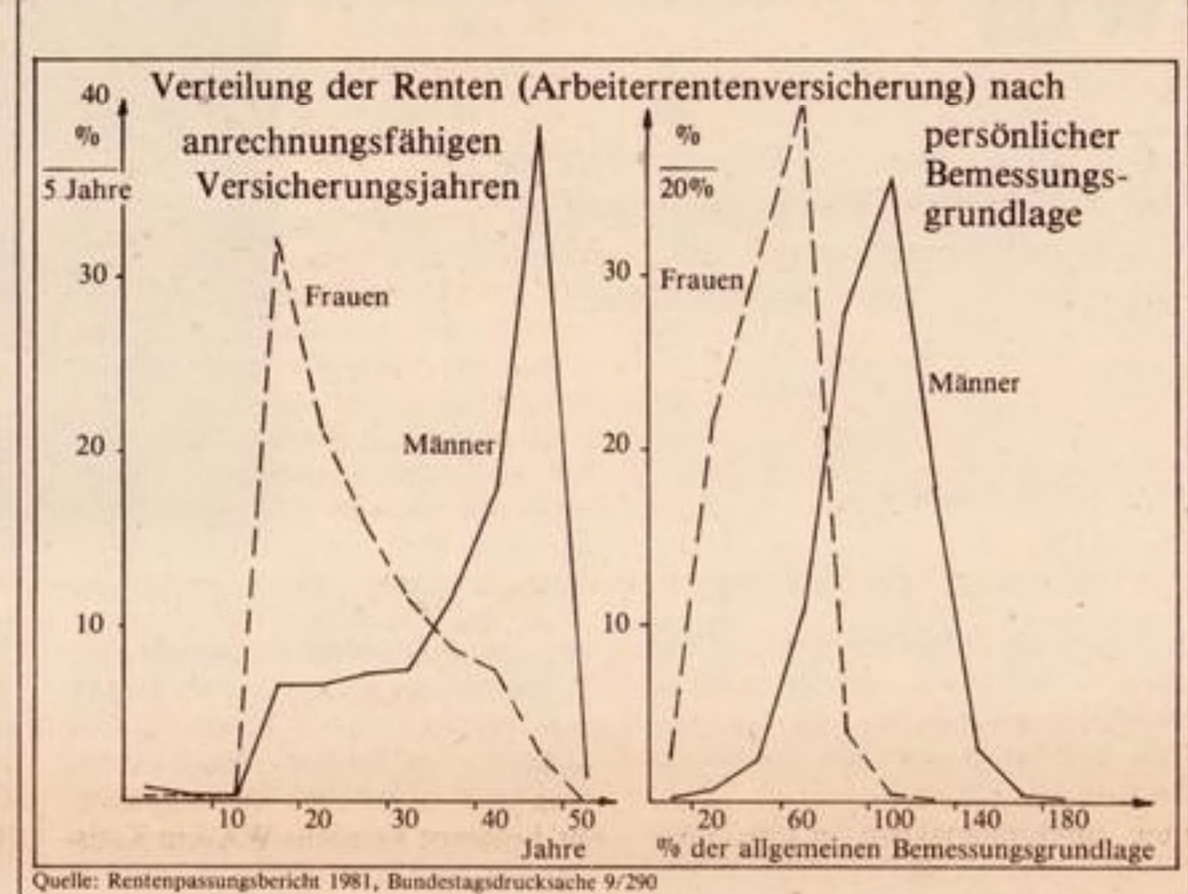
Die persönliche Bemessungsgrundlage: Sie gibt an, in welchem Verhältnis der persönliche Lohn im Durchschnitt der Jahre zu dem Durchschnittslohn stand, sie wird also maßgeblich durch die Lohnhöhe bestimmt. Obwohl die Arbeiterbewegung mittlerweile einige Erfolge gegen die Diskriminierung der Frauen bei den Löhnen errungen hat, besteht sie nach wie vor. Für einen Großteil der Frauen aber, die gegenwärtig Rente beantragen können, war sie noch erheblich stärker und geht bis zu direkten Frauenlohnabschlägen, die erst Mitte der 50er Jahre verboten wurden. Es kommt als zweites hinzu: Die Ausbildungsjahre und die ersten 5 Jahre der Versicherungszeit werden mit Tabellenwerten angerechnet. Diese Tabellenwerte sind, unter Berufung auf bestehende Lohnunterschiede, für Frauen niedriger als für Männer.

Anzahl anrechnungsfähiger Versicherungsjahre: Sie sind für Frauen ebenfalls erheblich niedriger als für Männer. Der wesentliche Grund ist die nach wie vor bestehende traditionelle Rolle der Frau als Hausfrau und Mutter. Das schlägt sich in den Beitragszeiten nieder. Aber diese Differenz beträgt nur etwa 6 Jahre, im Durchschnitt aber haben die Frauen in der Arbeiterrentenversicherung (bei den Angestellten ist es kaum anders) eine um 12,5 Jahre geringere anrechnungsfähige Versicherungszeit als die Männer. Woher kommt diese weitere Verschärfung zuungunsten der Frauen? Bei der Berechnung werden ,,Ersatzzeiten" angerechnet, ohne daß Beiträge bezahlt wurden. Hiermit sollen für Zeiten Ersatz geschaffen werden, während derer kein Lohnverhältnis bestand, sondern eine von der Gesellschaft geforderte Tätigkeit verrichtet wurde. Hierzu zählen z.B. Wehrdienstzeiten oder auch Zeiten der Vertreibung. Für Frauen gibt es Vergleichbares fast nicht. Bei ihnen betragen die Ersatzzeiten dementsprechend nur 0,4 Jahre im Durchschnitt, bei den Männern etwa das Zehnfache. Auch bei den ,,Ausfallzeiten", hierzu zählen Krankheit, Arbeitslosigkeit etc., sind die Frauen benachteiligt. Sie werden nur angerechnet, wenn eine bestimmte Zeitlang während des Arbeiterlebens tatsächlich Beiträge entrichtet werden, bei Frauen ist diese Voraussetzung viel öfter nicht erfüllt als bei Männern. Schließlich kommt hinzu eine in früheren Jahren bestehende Regelung, daß Frauen bei der Heirat ihren einbezahlten Rentenversicherungsanteil (nicht aber den des Kapitalisten) zurückerhalten konnten und damit alle bisherigen Anwartschaften verloren. Gerade Frauen, die gegenwärtig in Rente gehen, sind hiervon betroffen.

Es ist sicherlich schwierig, sich in diesem Wust von Besonderheiten und Detailregelungen zurechtzufinden. M.E. muß man von den Aufgaben der Rentenversicherung ausgehen, um zu klären, wie man sich gegenüber diesen Problemen verhalten muß. In der kapitalistischen Gesellschaft kommen die Lohnabhängigen an die von ihnen selbst produzierten Lebensmittel nur über den Verkauf ihrer Arbeitskraft. Im Alter aber haben die Kapitalisten kein Interesse, zu bezahlen, wenn sie die Arbeitskraft nicht mehr ausbeuten können. Hierfür müssen die Lohnabhängigen über eine Versicherung Vorsorge treffen. Die Höhe der Rente muß so bemessen sein, daß der Lebensstandard erhalten bleiben kann. Nun ergibt es durchaus einen Sinn, daß die Rente sich nach der Dauer der Lohnabhängigkeit bemißt, soweit z.B. Arbeitslosigkeit etc. mitgerechnet werden, was auch geschieht, und daß Zeiten, die für Tätigkeiten im Interesse der gesamten Gesellschaft verrichtet werden und die eine eigene Lohnarbeit verhindern, entsprechend berücksichtigt werden. Das kann der Wehrdienst sein, wobei das gesellschaftliche Interesse in erster Linie durch die Bourgeoisie festgelegt wird, oder das kann, und in viel anderem Maße, das Interesse an der Erhaltung der Klasse, an ihrer Fortpflanzung sein. Hierfür müssen Ersatzzeiten berechnet werden, in der Regel für die Frau.Die Gewerkschaft fordert die Anrechnung von 6 Jahren pro Kind, gegenwärtig aber zunächst 3 Jahre. Im Gegensatz dazu entspricht eine ,,Hausfrauenrente" wohl kaum dem Prinzip der Versicherung und sie wird z.B. von Gewerkschaften auch nicht als Forderung erhoben.

Überhaupt können die Forderungen, die der DGB-Frauenkongreß beschlossen hat und die praktisch dem oben skizzierten Prinzip entsprechen, vollständig unterstützt werden. Es gehört dazu die Forderung nach Gleichbehandlung bei der Pauschalbewertung der ersten fünf Jahre bzw. der Ausbildung und die Forderung nach Ausgleich für die Nachteile der Heiratserstattung. Schließlich einen Härteausgleich für die Lohndiskriminierung. Letzteres muß zwar offensichtlich primär in Tarifverhandlungen geklärt werden, für die Bewertung zurückliegender Jahre aber ergäbe sich hierdurch keine Änderung (deshalb auch ,,Härteausgleich"). All diese für die Frauenrenten primären Forderungen will die Regierung bei der Rentenreform nicht berücksichtigen.

Bleibt die Frage der Hinterbliebenenrente, für die das Modell der Teilhaberente als Vorschlag existiert. 75% aller erworbenen Ansprüche von Mann und Frau fordert die Gewerkschaft für den überlebenden Ehegatten, während sich der Gesetzgeber mit seinen Plänen mittlerweile auf 65% zubewegt. Letzteres würde für alle Witwen, die alleine auf Witwenrente angewiesen sind, eine Verbesserung ihrer Rente von weniger als 10% bedeuten (sie erhalten bisher 60% der Rente des Mannes). Sobald die Frau aber mehr als ein Siebtel des Rentenanspruchs des Mannes erworben hat, erhielte sie so eine geringere Rente als bisher. Eine Erhaltung des erreichten Lebensstandards wäre damit nicht möglich.



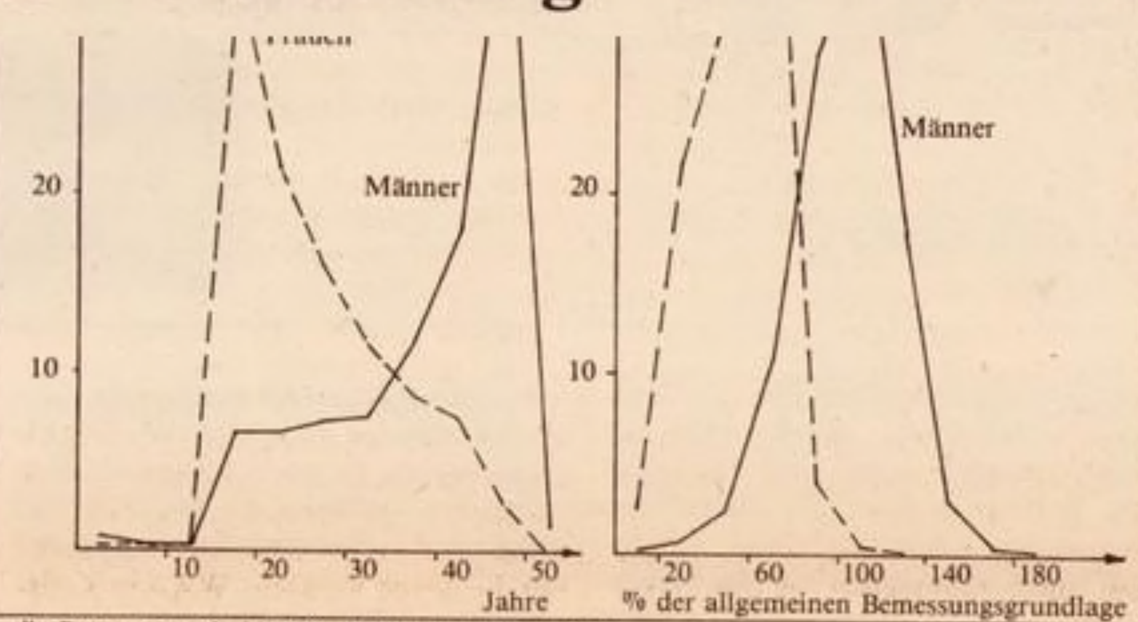
Quelle: Rentenpassungsbericht 1981, Bundestagsdrucksache 9/290

Arbeitslosenversicherung wird weiter durchlöchert

die Teilhaberente begründet wird, aber wenigstens 55% aller Rentnerinnen leben ausschließlich von eigener Versichertenrente oder Witwenrente. Was sind die Gründe für diese elende Niedrigkeit der Frauenrenten?

Aus den unten abgedruckten Schaubildern ergibt sich: Beide Elemente, die wesentlich zur Bildung der Höhe der Rente beitragen, weisen bei Frauen niedrigere Werte aus als bei Männern:

Die persönliche Bemessungsgrundlage: Sie gibt an, in welchem Verhältnis der persönliche Lohn im Durchschnitt der Jahre zu dem Durchschnittslohn stand, sie wird also maßgeblich durch die Lohnhöhe bestimmt. Obwohl die Arbeiterbewegung mittlerweile einige Erfolge gegen die Diskriminierung der Frauen bei den Löhnen errungen hat, besteht sie nach wie vor. Für einen Großteil der Frauen aber, die gegenwärtig Rente beantragen können, war sie noch erheblich stärker und geht bis zu direkten Frauenlohnabschlägen, die



Quelle: Rentenpassungsbericht 1981, Bundestagsdrucksache 9/290

schaft geforderte Tätigkeit verrichtet wurde. Hierzu zählen z.B. Wehrdienstzeiten oder auch Zeiten der Vertreibung. Für Frauen gibt es Vergleichbares fast nicht. Bei ihnen betragen die Ersatzzeiten dementsprechend nur 0,4 Jahre im Durchschnitt, bei den Männern etwa das Zehnfache. Auch bei

kein Interesse, zu bezahlen, wenn sie die Arbeitskraft nicht mehr ausbeuten können. Hierfür müssen die Lohnabhängigen über eine Versicherung Vorsorge treffen. Die Höhe der Rente muß so bemessen sein, daß der Lebensstandard erhalten bleiben kann. Nun ergibt es durchaus einen Sinn, daß die Rente

werden, für die Bewertung zurückliegender Jahre aber ergäbe sich hierdurch keine Änderung (deshalb auch ,,Härteausgleich"). All diese für die Frauenrenten primären Forderungen will die Regierung bei der Rentenreform nicht berücksichtigen.

Bleibt die Frage der Hinterbliebenenrente, für die das Modell der Teilhaberente als Vorschlag existiert. 75% aller erworbenen Ansprüche von Mann und Frau fordert die Gewerkschaft für den überlebenden Ehegatten, während sich der Gesetzgeber mit seinen Plänen mittlerweile auf 65% zubewegt. Letzteres würde für alle Witwen, die alleine auf Witwenrente angewiesen sind, eine Verbesserung ihrer Rente von weniger als 10% bedeuten (sie erhalten bisher 60% der Rente des Mannes). Sobald die Frau aber mehr als ein Siebtel des Rentenanspruchs des Mannes erworben hat, erhielte sie so eine geringere Rente als bisher. Eine Erhaltung des erreichten Lebensstandards wäre damit nicht möglich.

Arbeitslosenversicherung wird weiter durchlöchert

Kapitalistische Lösung der Finanzkrise: Weniger Schutz bei Arbeitslosigkeit

frb. Offenbar hat sich die Bundesregierung des Ratschlags und der Intentionen bemächtigt, die Peter Hort von der ,,Frankfurter Allgemeinen" für sie bei Machiavelli gefunden hat: ,,Wohltaten muß man nach und nach erweisen, damit sie nachhaltiger wirken. Grausamkeiten dagegen muß man alle auf einmal begehen, damit sie weniger empfunden werden und dadurch weniger erbittern." Zuerst für Juni geplant, dann auf September verschoben, jetzt doch noch vor der Sommerpause geplant sind die Beratungen des Bundeskabinetts für den Haushalt 1982 und ein Haushaltsstrukturgesetz. Vor allem Genscher will Entscheidungen noch ehe die geplanten Grausamkeiten alle unter Beschuß kommen und in der SPD diskutiert werden.

Noch ist nicht ausgemacht, wie dick es wirklich kommt. Ehrenberg hat in einem Interview zur Kürzung des Arbeitslosengeldes erklärt: ,,Ich kann jedem, der dies fordert, nur empfehlen, sich vorher anzuschauen, wie wenig 68 Prozent eines durchschnittlichen Arbeitnehmer-Nettoeinkommens immer noch sind." Zwar hat Matthöfer bei der Verabschiedung des Bundeshaushalts 1981 in der letzten Woche beschwichtigt, die Eingriffe in den Haushalt 1982 würden ,,sozial gerecht" sein, und seitens der SPD wird ausgestreut, man wolle den ,,Sozialstaat" nicht beseitigen. Doch hier gilt: ,,Die Worte hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube."

Tatsächlich ist ein Konzept gescheitert, dessen Scheitern sich bereits 1974 angekündigt hat und nur vorübergehend noch einmal über die Runden gerettet worden war, mit Mitteln, die jetzt zu einer Haushaltskrise neuen Ausmaßes führen. Gescheitert ist die wirtschaftliche Globalsteuerung; gescheitert ist jene Finanzpolitik, die stetiges Wirtschaftswachstum durch kreditfinanzierte Staatsausgaben, durch ,,Schließung der Nachfragelücke" versprach; geplatzt sind die Versprechungen, die mit dem ,,Netz der sozialen Sicherheit" verbunden waren. Es hieße, die Augen vor der Wirklichkeit zu verschließen, wollte man unterstellen, diese Bundesregierung werde anders handeln als die Börse will. Graf Lambsdorff gibt dies so wieder: nun müßten die sozial Schwachen und kleinen Leute Solidarität zugunsten der besser Gestellten üben. Sich diesen Forderungen zu widersetzen sieht die ,,Frankfurter Rundschau" als ein ,,grundlegendes Mißverständnis der zunächst gewinnorientierten kapitalistischen Wirtschaft" an.

Zweierlei zeichnet sich schon seit der Jahreswende ab. Erstens, daß sich die wirtschaftliche Entwicklung nicht so rosig gestaltet, wie in den Berichten des Wirtschaftsminister und der Bundesbank gemalt. Zweitens, daß sich die Sanierung des Bundeshaushalts in Angriffen auf die Arbeitslosenversicherung konzentriert, wenngleich die Maßnahmen sich nicht darauf beschränken.

Zahlreiche Änderungsvorschläge hat das Arbeitsministerium vorgelegt, nachdem die gemeinsame Kommission von Ministerien, Kapitalistenvertretern und Gewerkschaften durch den Auszug von Gerd Muhr geplatzt war. Im Zentrum steht die Ausweitung der Sperrzeiten. Da soll einmal – in der Sprache des ,,Handelsblatt" – ,,arbeitsunwilligen Arbeitslosen auf die Sprünge geholfen werden" durch Verschärfung der Sperrzeiten von vier auf acht Wochen bei Ablehnung zumutbarer Arbeit. Die Kapitalisten sollen bei Nichteinstellung eine detaillierte Beurteilung des Bewerbers an das Arbeitsamt liefern. Bei Versäumnis eines Arbeitsamttermins folgt eine Sperre von zwei Wochen (bisher eine). Und ,,um unüberlegte freiwillige Kündigungen der Arbeitnehmer einzudämmen" soll auch eine achtwöchige statt der bisherigen vierwöchigen Sperre erfolgen. Solche Sperrzeiten werden dann auch nicht mehr als Ausfallzeit in der Rentenversicherung anerkannt.

Doch all dies bringt für den Haushalt wenig, es zielt auch mehr auf das Lohnniveau direkt. Nur einige hundert Millionen werden so aus den Taschen der arbeitenden Klasse in die Staatskasse transferiert. Dort aber fehlen Milliarden. Also soll mindestens das Arbeitslosengeld auf 60% vom Nettolohn gekürzt und das Kindergeld für Kinder über 18 Jahre gestrichen werden.

Wenig Chance auf Realisierung dagegen haben jene Maßnahmen, die das Arbeitsministerium der Form halber auch aufführt und die auf Einschränkung einiger der offensichtlichsten Selbstbedienungsklauseln für die Kapitalisten (wie Kurzarbeit und 59er-Regelung) zielen. Wer die Unternehmen mit einer Abgabe belaste, provoziere Entlassungen, heißt es. Oder, die Maßnahmen seien ,,nicht praktikabel", die Fälle, dürften freilich kaum eindeutig einzugrenzen sein."

So sind denn durchsichtig die mit vorgespielter Tiefgründigkeit dargebotenen Analysen. Zu großzügig seien in vergangenen Jahren soziale Wohltaten beschlossen worden, die heute nicht mehr finanzierbar seien. Ohne Abkehr von der Anspruchsinflation könne der öffentliche Haushalt nicht saniert werden, sagt Rolf Rodenstock vom BDI, Und wo wird angesetzt? Bei der Arbeitslosenversicherung, ausgerechnet! Dort, wo sich die kapitalistische Krise am deutlichsten in Zahlen niederschlägt, beginnt der Kampf gegen die Anspruchsinflation. Und wie? Dadurch, daß die jetzt schon bestehende Strafe für den Arbeiter und Angestellten, der durch Kündigung einer besonderen Knochenmühle entgehen will, verdoppelt wird. Dadurch, daß für zwei Monate auf Wasser und Brot gesetzt wird, wer nicht nach dem ersten besten ,,zumutbaren" Arbeitsplatz schnappt wie ein hungriger Hund nach einer Wurst. Keinen Pfennig aber haben Kapitalisten zu zahlen, die Arbeiter rauswerfen, weil sie ihnen keinen Profit mehr liefern. So stellen sich die Gegensätze, die grundsätzlich aufgeworfen sind und eine grundsätzliche Antwort verlangen.

Sie wundern sich, warum eine Informationsschrift über die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen mit einem Beitrag über das ‚Recycling' von Rohstoffen beginnt? ... Die Bemühungen zur drastischen Verringerung der gegenwärtig produzierten Abfallmengen – sei es durch Reduzierung des Müllanfalls, sei es durch die Wiederverwertung der Rohstoffe – haben ein entscheidendes Gewicht bekommen. Als Kritik an dem allzu sorglosen Umgang mit wertvollen Rohstoffen gebrauchte Schlagwörter wie ‚Wegwerfgesellschaft' oder ‚Gesellschaft im Überfluß' machen diese deutlich ...

Die Wiederaufarbeitung ist einer der entscheidenden Wege, die wir nutzen können, um unsere Energierohstoffe zu schonen. Kohle, Erdgas oder Erdöl sind unwiederbringlich verloren, wenn man sie einmal in einem Kraftwerk verfeuert hat. Wenn jedoch aus technisch-physikalischen Gründen die Brennstäbe eines Reaktors nach drei Jahren gegen neue ausgetauscht werden müssen, sind in ihnen von der ursprünglich eingesetzten Uranmenge immer noch 96% Uran vorhanden, das nach entsprechender Behandlung erneut als Kernbrennstoff verwendet werden kann. Der Weg dazu ist die Wiederaufarbeitung ausgedienter Brennelemente ...

Die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen ist daher ein entscheidender Beitrag, wenn es um die Möglichkeiten zur Wiederverwendung wertvoller Rohstoffe, also um Recycling, geht. Sie bietet darüber hinaus noch die Möglichkeit, die radioaktiven Abfälle, die bei der Stromerzeugung in Kernkraftwerken anfallen, so sicher und so umweltfreundlich wie möglich zu behandeln und zu lagern."

So steht es zu lesen in der Broschüre „Eine Wiederaufarbeitungsanlage in Hessen", herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen mbH (DWK). Unter der Überschrift „Gibt es überhaupt schon Erfahrungen mit der Wiederaufarbeitung?" heißt es: „Solche Erfahrungen gibt es, und zwar in weitaus größerem Umfang als allgemein angenommen wird. Allein in der Bundesrepublik Deutschland reichen sie schon mehr als ein Jahrzehnt zurück. Im Jahre 1971 wurde die Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe, WAK, von der Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen, einer heutigen Tochtergesellschaft der Deutschen Gesellschaft für die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen, in Betrieb genommen. Grundlage für den Bau dieser *Demonstrationsanlage* waren Betriebserfahrungen, die man in Wiederaufarbeitungsanlagen in USA, Frankreich, England und bei der Europäischen Gemeinschaftsanlage der Eurochemic in Mol (Belgien), aber auch in der Forschungsanlage Milli im Kernforschungszentrum Karlsruhe gemacht hat ..."



„Erfahrungen" mit der Wiederaufarbeitung!

Streik gegen mangelnde Sicherheit in der WAA La Hague im Sommer 1976

Streckung der Uranvorräte durch Wiederaufarbeitung?

wiv.Kiel. Dieses beliebte Argument von den Betreibern und der Bundesregierung soll den Anschein erwecken, als sei durch Wiederaufarbeitung eine beliebige Streckung der Vorräte an Natur-Uran möglich und das Ganze auch sehr wirtschaftlich und umweltfreundlich. Das für den Reaktorbetrieb entscheidende Uran 235 befindet sich in einer angereicherten Konzentration von 2,5 – 3% in den Brennstäben. Bei der Wiederaufarbeitung werden im Durchschnitt 0,8% Uran 235 zurückgewonnen. Insgesamt können bei der Uran/Plutonium Wiederaufarbeitung maximal 25% Natur-Uran eingespart werden, die restlichen 75% der Brennelemente eines Reaktors müssen mit neu eingekauftem angereichertem Natur-Uran hergestellt werden. Von „Unabhängigkeit" also keine Spur!

Was die Kostenseite betrifft, so rechnet die DWK gegenwärtig mit 4 – 5 Mrd. DM. Der jährliche Durchsatz der geplanten Hessen-Anlage soll 350 t wiederaufgearbeiteten Brennstoffs betragen. Bei einer angenommenen Betriebsdauer von 20 Jahren und volle Auslastung unterstellt, bedeuten allein die Anlagekosten einen Preis von 700 DM pro kg wiederaufgearbeitetem Uran. Dabei sind weder die laufenden Kosten der Anlage noch Verteuerungen des Bauwerks eingerechnet. Gerade das Argument der geringen Brenn-

wiv.Kiel. Dieses beliebte Argument von den Betreibern und der Bundesregierung soll den Anschein erwecken, als sei durch Wiederaufarbeitung eine beliebige Streckung der Vorräte an Natur-Uran möglich und das Ganze auch sehr wirtschaftlich und umweltfreundlich. Das für den Reaktorbetrieb entscheidende Uran 235 befindet sich in einer angereicherten Konzentration von 2,5 – 3% in den Brennstäben. Bei der Wiederaufarbeitung werden im Durchschnitt 0,8% Uran 235 zurückgewonnen. Insgesamt können bei der Uran/Plutonium Wiederaufarbeitung maximal 25% Natur-Uran eingespart werden, die restlichen 75% der Brennelemente eines Reaktors müssen mit neu eingekauftem angereichertem Natur-Uran hergestellt werden. Von „Unabhängigkeit" also keine Spur!

Was die Kostenseite betrifft, so rechnet die DWK gegenwärtig mit 4 – 5 Mrd. DM. Der jährliche Durchsatz der geplanten Hessen-Anlage soll 350 t wiederaufgearbeiteten Brennstoffs betragen. Bei einer angenommenen Betriebsdauer von 20 Jahren und volle Auslastung unterstellt, bedeuten allein die Anlagekosten einen Preis von 700 DM pro kg wiederaufgearbeitetem Uran. Dabei sind weder die laufenden Kosten der Anlage noch Verteuerungen des Bauwerks eingerechnet. Gerade das Argument der geringen Brenn-

stoffkreislaufkosten (in den Kalkulationen mit rund 20% am Preis der kWh Strom angesetzt) gegenüber den Brennstoffkosten bei Steinkohlekraftwerken (rund 60% Anteil am Preis der kWh) hat keine Gütligkeit mehr angesichts explodierender Weltmarktpreise für Natur-Uran und völlig unkalkulierbarer Kosten der Wiederaufarbeitung.

In den Propagandaschriften der Betreiber findet man daher häufig den Begriff „Demonstrationsanlage". Das deswegen, weil Demonstrationsanlagen zum größten Teil aus Steuergeldern finanziert werden (z.B. WAK Karlsruhe).

Erfahrungen mit der Wiederaufarbeitung

Jedes Jahr muß rund ⅓ der Reaktorbrennelemente ausgewechselt werden: ihre Reaktivität läßt nach, die hohen Temperaturen und die starke Strahlung durch radioaktive Spaltprodukte bewirken zunehmende Defekte in den Brennstabhüllen. Durch Wiederaufarbeitung soll das unverbrauchte Uran und vor allem das neu entstandene Plutonium gewonnen werden.

Weltweite Erfahrungen wurden seit 1954 im militärischen Bereich mit rd. 800000 t wiederaufgearbeiteter Brennelemente (BE) gemacht. Das Entscheidende: diese BE weisen sehr niedrige sog. Abbrandraten bis zu 1 MWd/kg auf. MW-Tage pro kg ist aber nicht nur ein Maß für die abgegebene Leistung des Brennelements (Abbrand), sondern auch ein Maß für das entsprechend steigende Gefährdungspotential

sichts explodierender Weltmarktpreise für Natur-Uran und völlig unkalkulierbarer Kosten der Wiederaufarbeitung.

In den Propagandaschriften der Betreiber findet man daher häufig den Begriff „Demonstrationsanlage". Das deswegen, weil Demonstrationsanlagen zum größten Teil aus Steuergeldern finanziert werden (z.B. WAK Karlsruhe).

Erfahrungen mit der Wiederaufarbeitung

Jedes Jahr muß rund ⅓ der Reaktorbrennelemente ausgewechselt werden: ihre Reaktivität läßt nach, die hohen Temperaturen und die starke Strahlung durch radioaktive Spaltprodukte bewirken zunehmende Defekte in den Brennstabhüllen. Durch Wiederaufarbeitung soll das unverbrauchte Uran und vor allem das neu entstandene Plutonium gewonnen werden.

Weltweite Erfahrungen wurden seit 1954 im militärischen Bereich mit rd. 800000 t wiederaufgearbeiteter Brennelemente (BE) gemacht. Das Entscheidende: diese BE weisen sehr niedrige sog. Abbrandraten bis zu 1 MWd/kg auf. MW-Tage pro kg ist aber nicht nur ein Maß für die abgegebene Leistung des Brennelements (Abbrand), sondern auch ein Maß für das entsprechend steigende Gefährdungspotential

durch radioaktive Spaltprodukte.

Weiterhin wurden seit 1958 mit rd. 28000 t sog. „Magnox-Brennelemente" Wiederaufarbeitungserfahrungen gesammelt. Diese BE aus den CO_2-gekühlten Magnox-Reaktoren (die wegen ihres geringen Wirkungsgrades heute kaum mehr gebaut werden) weisen bis maximal 6 MWd/kg Abbrand auf.

Was die oxidischen BE betrifft, so sind davon seit 1966 weltweit ganze 900 (neunhundert!) t wiederaufgearbeitet worden. Diese Brennelemente haben Abbrände zwischen 10 und 40 MWd /kg.

Entgegen den Beteuerungen der DWK muß festgehalten werden, daß es keine funktionierenden großtechnischen Erfahrungen mit der Wiederaufarbeitung oxidischer BE gibt. Keine einzige Anlage hat bisher einen Auslastungsgrad von 10% überschritten! Für die kleine Versuchs-WAA in Karlsruhe (die am 17.5.80 zum wiederholten Male stillgelegt wurde) wie für die Anlage in Cap de la Hague gilt:

– entscheidende prozeßtechnische Probleme sind ungelöst (vor allem verliert das Lösungsmittel wegen der starken Strahlung der oxidischen BE seine Lösungseigenschaften, radioaktive Schlammbildung etc.)

– das radioaktive Gefährdungspotential einer Wiederaufarbeitungsanlage ist rd. 100 mal so groß wie das eines KKW und sicherheitstechnisch ebenfalls nicht gelöst (ausführliche Belege und Dokumente s. Quellen).

gen ihres geringen Wirkungsgrades heute kaum mehr gebaut werden) weisen bis maximal 6 MWd/kg Abbrand auf.

Was die oxidischen BE betrifft, so sind davon seit 1966 weltweit ganze 900 (neunhundert!) t wiederaufgearbeitet worden. Diese Brennelemente haben Abbrände zwischen 10 und 40 MWd /kg.

Entgegen den Beteuerungen der DWK muß festgehalten werden, daß es keine funktionierenden großtechnischen Erfahrungen mit der Wiederaufarbeitung oxidischer BE gibt. Keine einzige Anlage hat bisher einen Auslastungsgrad von 10% überschritten! Für die kleine Versuchs-WAA in Karlsruhe (die am 17.5.80 zum wiederholten Male stillgelegt wurde) wie für die Anlage in Cap de la Hague gilt:

– entscheidende prozeßtechnische Probleme sind ungelöst (vor allem verliert das Lösungsmittel wegen der starken Strahlung der oxidischen BE seine Lösungseigenschaften, radioaktive Schlammbildung etc.)

– das radioaktive Gefährdungspotential einer Wiederaufarbeitungsanlage ist rd. 100 mal so groß wie das eines KKW und sicherheitstechnisch ebenfalls nicht gelöst (ausführliche Belege und Dokumente s. Quellen).

In der folgenden Aufstellung zeigt sich das „internationale Erfahrungsbild": Eine lange Kette von Pannen, Bränden, „leichten" und schweren Strahlenunfällen (wobei nur die schwerwiegendsten angegeben sind). Und die negativen Erfahrungen beschränken sich nicht auf die hochabgebrannten Brennelemente der Leichtwasserreaktoren, sondern auf die *gesamten* Erfahrungen mit der Wiederaufarbeitung:

USA – alle nichtmilitärischen Anlagen seit 1977 aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen geschlossen, z.Zt. *Verbot* der kommerziellen Wiederaufarbeitung – *NFS in West Valley/New York*. Betrieb von 1966 – 72; nach Vergrößerung auf 700 t/J keine Betriebserlaubnis; insgesamt 240 t oxidische Brennelemente (BE) aufgearbeitet; 1976 endgültig aufgegeben. – *AGNS Barwell/South Carolina* – 1976 ohne Inbetriebnahme aufgegeben – *MFRP Morris/Illinois* – 1974 ohne weitere Betriebsgenehmigung nach Schwierigkeiten im Probelauf aufgegeben; jetzt Zwischenlager für mittelaktiven Atommüll. – Militäranlagen zur Plutonium-Gewinnung (Abbrände bis 0,3 MWd/kg): – *Savannah-River/South Carolina* – 3700 t/J, arbeitet noch – *Hanford/Washington* – 1973 geschlossen; riesige leckende Atommülltanks – *Rocky Flats/Colorado* – Plutonium-Kritikalitätsfälle (d.h. Explosionsgefahren), häufige Stillstände durch Feuer u.a. – *Idaho Falls/Idaho* – WAA für U-Boot-An-

schränken sich nicht auf die hochabgebrannten Brennelemente der Leichtwasserreaktoren, sondern auf die *gesamten* Erfahrungen mit der Wiederaufarbeitung:

USA – alle nichtmilitärischen Anlagen seit 1977 aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen geschlossen, z.Zt. *Verbot* der kommerziellen Wiederaufarbeitung – *NFS in West Valley/New York*. Betrieb von 1966 – 72; nach Vergrößerung auf 700 t/J keine Betriebserlaubnis; insgesamt 240 t oxidische Brennelemente (BE) aufgearbeitet; 1976 endgültig aufgegeben. – *AGNS Barwell/South Carolina* – 1976 ohne Inbetriebnahme aufgegeben – *MFRP Morris/Illinois* – 1974 ohne weitere Betriebsgenehmigung nach Schwierigkeiten im Probelauf aufgegeben; jetzt Zwischenlager für mittelaktiven Atommüll. – Militäranlagen zur Plutonium-Gewinnung (Abbrände bis 0,3 MWd/kg): – *Savannah-River/South Carolina* – 3700 t/J, arbeitet noch – *Hanford/Washington* – 1973 geschlossen; riesige leckende Atommülltanks – *Rocky Flats/Colorado* – Plutonium-Kritikalitätsfälle (d.h. Explosionsgefahren), häufige Stillstände durch Feuer u.a. – *Idaho Falls/Idaho* – WAA für U-Boot-An-

triebsreaktoren, 440 t/J; Versuchs-WAA für Schnelle-Brüter-Brennelemente (bis 100 MWd/kg!) – 1972 aufgegeben!

Japan – *Tokai Mura* – 150 – 200 t/J; nach 14 verarbeiteten Tonnen Leck im Salpetersäure-Verdampfer; 15 Monate Stillstand; arbeitet wieder seit Oktober 1980; bisher 80 t oxidische BE aufgearbeitet.

Großbritannien – *Windscale I, II* – z.T. Militäranlage; 1973 schwerer Strahlenunfall, 37 Arbeiter mit Ruthen 106 verseucht, daraufhin geschlossen; seit 1979 Neubau von Anlage II für die Aufarbeitung von Magnox-BE; bisher etwa 100 t oxidische BE aufgearbeitet.

Belgien – *Mol* – 1966 – 71 Versuchsanlage zur Aufarbeitung von Schnellen Brüter-BE; Schwierigkeiten bei der Prozeßtechnik; jetzt Versuchsanlage zur Verglasung hochaktiven Mülls; insgesamt 170 t oxidische BE aufgearbeitet.

Frankreich – *Marcoule* – seit 1958 in Betrieb, hauptsächlich militärisch benutzt, WAA für Magnox-BE und Versuchsanlage zur Verglasung. – *Cap de la Hague* – in Betrieb seit 1966, gebaut zur Aufarbeitung von Magnox-BE; 1976 Erweiterung auf oxidische BE mit Nennleistung von 400 t/J; bisher 250 t (davon 140 aus der BRD) in 5 Jahren aufgearbeitet (9% Auslastung!); zunehmende Verseuchung der ganzen Anlage und Umgebung; mehrere Brände (zuletzt Januar 1981), Stromausfälle usw.; gilt als „Entsorgungsnachweis" für die KKW's in der BRD.

Stillstand; arbeitet wieder seit Oktober 1980; bisher 80 t oxidische BE aufgearbeitet.

Großbritannien – *Windscale I, II* – z.T. Militäranlage; 1973 schwerer Strahlenunfall, 37 Arbeiter mit Ruthen 106 verseucht, daraufhin geschlossen; seit 1979 Neubau von Anlage II für die Aufarbeitung von Magnox-BE; bisher etwa 100 t oxidische BE aufgearbeitet.

Belgien – *Mol* – 1966 – 71 Versuchsanlage zur Aufarbeitung von Schnellen Brüter-BE; Schwierigkeiten bei der Prozeßtechnik; jetzt Versuchsanlage zur Verglasung hochaktiven Mülls; insgesamt 170 t oxidische BE aufgearbeitet.

Frankreich – *Marcoule* – seit 1958 in Betrieb, hauptsächlich militärisch benutzt, WAA für Magnox-BE und Versuchsanlage zur Verglasung. – *Cap de la Hague* – in Betrieb seit 1966, gebaut zur Aufarbeitung von Magnox-BE; 1976 Erweiterung auf oxidische BE mit Nennleistung von 400 t/J; bisher 250 t (davon 140 aus der BRD) in 5 Jahren aufgearbeitet (9% Auslastung!); zunehmende Verseuchung der ganzen Anlage und Umgebung; mehrere Brände (zuletzt Januar 1981), Stromausfälle usw.; gilt als „Entsorgungsnachweis" für die KKW's in der BRD.

Indien – *Tarapur* – Reaktorzentrum mit WAA für die dort verwendeten Schwerwasserreaktor-BE (bis 8 MWd/kg).

UdSSR – wenig bekannt; 1957/58 wahrscheinlich aufgrund chemischer Explosion großer Strahlenunfall bei Swerdlowsk.

Aus den bisherigen weltweiten Erfahrungen ergibt sich, daß insbesondere die Aufarbeitung von oxidischen Brennelementen über das Versuchsstadium nicht hinaus ist. In der Schrift „Sicherheitstechnische Fragestellungen zum Entsorgungszentrum" hat die Reaktorsicherheitskommission 1978 selber rund 70 Schwachpunkte benannt, von denen sie *hofft*, daß sie gelöst werden. Der Bundesinnenminister spricht von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten von bis zu 20 Jahren, bis ein Teil der Probleme „planmäßig gelöst" ist („Möglichkeiten der Entsorgung von Kernkraftwerken nach dem Atomgesetz", Bonn 1979). Die fieberhaften Bemühungen der DWK um einen Standort für eine Wiederaufarbeitungsanlage lassen nur zwei Schlußfolgerungen zu:

– *Vortäuschung* einer Entsorgungsmöglichkeit, um die laufenden KKW's nicht stillegen zu müssen.
– Nutzung der WAA zur Produktion von Plutonium, dem Brennstoff der Schnellen Brüter, der bei der Wiederaufarbeitung anfällt.

Empfehlenswerte Literatur:
(1) Friedlich in die Katastrophe, Eine Dokumentation über Atomkraftwerke, hrsg. von Holger Strohm, Frankfurt 1981, Verlag Zweitausendeins
(2) WiederaufarbeitungsgeTÜVtel!, hrsg. von BI Umweltschutz Unterelbe, BI Lüchow-Dannenberg, BBU, 1978 (zu beziehen über den BBU)

Keine DGB-Forderung erfüllt!

Im DGB-Grundsatzprogramm heißt es unter dem Punkt 14. „Energiepolitik": „*Die Kernenergie ist nur in unumgänglichem Ausmaß auszubauen. Dabei ist eine sichere Entsorgung, die Sicherung der im Kernenergiebereich tätigen Arbeitnehmer und der Schutz der Bevölkerung sowie der Ausschluß der Verwendung spaltbaren Materials zu Zwecken der atomaren Rüstung zu gewährleisten.*

Das Ziel einer Überführung von markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum hat gerade für den Bereich der Energiegewinnung, -erzeugung und -versorgung besondere Bedeutung.

Die Bedeutung der friedlichen Nutzung der Kernenergie, aber auch die mit ihr verbundenen Gefahren erfordern staatliches Eigentum an allen Kernbrennstoffen und eine strenge Kontrolle des Kernkreislaufs im Hinblick auf eine Koordinierung der gesamten Energiepolitik sowie aus Gründen des Arbeits- und Bevölkerungsschutzes." (Die Quelle, 4/81)

Etwas konkreter, was die „sichere Entsorgung" angeht, heißt es im Antrag 105, der 1978 auf dem 11. ordentlichen Bundeskongreß des DGB verabschiedet wurde:

„*Die größten Unsicherheiten bestehen im Bereich des Brennstoffkreislaufs und hier insbesondere in der Entsorgung einschließlich Wiederaufbereitung und Endlagerung. Die Kernenergiewirtschaft muß verpflichtet werden, baldmöglichst ein sicheres und wirtschaftliches Entsorgungskonzept vorzulegen, dessen Kosten grundsätzlich die öffentlichen Haushalte nicht belasten dürfen. Dieses Konzept muß unter Mitarbeit aller Beteiligten und Interessierten sorgfältig, auch im Hinblick auf die Standortfrage, geprüft werden. Baugenehmigungen für neue, jetzt in der Planung befindliche Kernkraftwerke, sollen grundsätzlich nur dann erteilt werden, wenn die Entsorgung sichergestellt ist. Diese Voraussetzung ist dann als erfüllt anzusehen, wenn die erste Teilerrichtungsgenehmigung für das geplante Entsorgungszentrum erteilt ist oder wenn die Entsorgung bis zur Inbetriebnahme eines integrierten Entsorgungszentrums vertraglich verbindlich sichergestellt worden ist.*" (ötv-magazin 8/78)

Gegenüber diesen Forderungen muß man festhalten, daß nicht eine einzige erfüllt ist:

– es gibt nach wie vor kein sicheres Entsorgungskonzept, was auf positiven Erfahrungen beruht. Ging der DGB bei seiner Beschlußfassung noch von einem Nuklearen Entsorgungszentrum (NEZ) in Gorleben aus, d.h. Wiederaufbereitung und Endlagerung an einem Standort, so ist die jetzige Planung von Bundesregierung und DWK, nämlich räumliche Trennung von Wiederaufbereitung und Endlagerung, eher noch gefährlicher wegen vieler zusätzlicher Transportfahrten mit hoch radioaktivem Material.

– Was von der Zuverlässigkeit der Betreiber zu halten ist, hat der TÜV Hannover 1977 festgestellt. In einer Stellungnahme zum Sicherheitsbericht der DWK für das Teilobjekt 2 des NEZ (Wiederaufbereitung, Abfallbehandlung, Zwischenlagerung) heißt es:

„Geht man von der obigen Zielsetzung aus (gemeint sind Vollständigkeit und ausreichender Detaillierungsgrad), so stellen wir fest, daß es der vorgelegte Sicherheitsbericht weder vom Umfang noch vom Detaillierungsgrad her gestattet, die Konzeptbeurteilung, insbesondere die Analyse von Störfallabläufen und -auswirkungen, vorzunehmen ... Die besonderen Informationslücken sind so groß, daß sie die Gutachter nicht durch Auflagenvorschläge oder Annahmen überbrücken können." (2)

– Die vertragliche Entsorgung ist ebenfalls nicht gesichert. Im Vertrag zwischen der COGEMA (Betreiberfirma der WAA in Cap de la Hague) und der KKW Brunsbüttel GmbH vom 16.9.1977 steht: „Klausel 1.2. Im Falle, daß größere technische Hindernisse mit Einwirkung auf den Betrieb der Wiederaufbereitungsanlage und die Lagermöglichkeit und/oder Forderungen von Sicherheitsbehörden mit Einwirkung auf die Verfügbarkeit von Lagermöglichkeiten entstehen, soll der Wiederaufbereiter das Recht haben, nach seinem Belieben und ohne Kosten oder Verpflichtungen für ihn, den Empfang von Brennelementen in der Wiederaufbereitungsanlage in jedem beliebigen Jahr aufzuschieben. Der Wiederaufbereiter soll das Recht haben, dem Kunden alle Reste, die durch das Wiederaufbereiten des o.a. bestrahlten Brennstoffes entstehen, zurückzuführen." (2) Daß derartige Klauseln von den westdeutschen Betreibern und der Bundesregierung als „sicherer Entsorgungsnachweis" verkauft werden, ist unverschämt.

Nach dem schweren Störfall im KKW Harrisburgh schrieb der DGB in seinem Aktionsprogramm vom Sommer 1979: „*Auf die Nutzung von Kernenergie muß verzichtet werden, wenn sich nach einer erneuten gewissenhaften Überprüfung beim Reaktorbetrieb herausstellen sollte, daß die Sicherheit nicht ausreichend gewährleistet werden kann. Für diesen Fall ist eine internationale Vereinbarung anzustreben.*" (Die Quelle 7 – 8/79) Die Erfahrungen beim Betrieb von Kernkraftwerken und die ungelösten Entsorgungsprobleme verlangen eine Überprüfung der DGB-Beschlüsse im Sinne des Aktionsprogramms.



bag.Aarhus. Die seit dem 27.3. ausgesperrten dänischen Typographen stimmen am 12.6. über einen neuen Schlichtungsvertrag ab. 13 Vorstandsmitglieder empfehlen Annahme, weil der Konflikt zu teuer wird, 13 sind für Ablehnung, weil der Vertrag nicht das geforderte Technologieabkommen enthält.

US-Bergarbeiter setzen ihre Forderung durch

acm. Nach zehnwöchigem Streik haben die Bergarbeiter in den Gruben der Kohlereviere im Osten und Mittelwesten der USA folgende Ergebnisse erzielt: Die Löhne steigen (einschl. Nebenkosten) während der nächsten 40 Monate um 37,5%, womit der Stundenlohn des organisierten Bergarbeiters auf 13,70 $ steigt. Wiederherstellung von Bergwerksabgaben für Kohle, die nicht von Gewerkschaftsmitgliedern gefördert wird, in einen Kranken- und Rentenfonds. Die Abgabe wurde von 1,09 $ auf 3,36 $ je Tonne erhöht. Eine 45tägige Probezeit für neueingestellte Zechenarbeiter wurde beseitigt. Das Ergebnis soll mit über 60%iger Mehrheit der 160000 Bergleute angenommen worden sein, sagte ein Führer der United Mine Workers (UMW). Die Abstimmung über das Ergebnis hatte am 72. Tag des Streiks stattgefunden. Der letzte Streik vor drei Jahren dauerte 111 Tage an und konnte nicht so erfolgreich abgeschlossen werden. Das jetzige Ergebnis konnte auch erreicht werden, weil die Bergwerkskapitalisten um die Exportoffensive fürchteten, die sie eingeleitet hatten.

ters auf 13,70 $ steigt. Wiederherstellung von Bergwerksabgaben für Kohle, die nicht von Gewerkschaftsmitgliedern gefördert wird, in einen Kranken- und Rentenfonds. Die Abgabe wurde von 1,09 $ auf 3,36 $ je Tonne erhöht. Eine 45tägige Probezeit für neueingestellte Zechenarbeiter wurde beseitigt. Das Ergebnis soll mit über 60%iger Mehrheit der 160000 Bergleute angenommen worden sein, sagte ein Führer der United Mine Workers (UMW). Die Abstimmung über das Ergebnis hatte am 72. Tag des Streiks stattgefunden. Der letzte Streik vor drei Jahren dauerte 111 Tage an und konnte nicht so erfolgreich abgeschlossen werden. Das jetzige Ergebnis konnte auch erreicht werden, weil die Bergwerkskapitalisten um die Exportoffensive fürchteten, die sie eingeleitet hatten.

Ladenschlußzeitgesetz in Schweden gefordert

coi.Stockholm. Der Kongreß der schwedischen Handelsangestelltengewerkschaft hat im Mai ein Ladenschlußzeitgesetz gefordert. Kern dieses Gesetzes soll das Verbot sein, die Handelsgeschäfte abends und vor allem an Sonntagen offen zu halten. Die Gewerkschaft hält damit weiterhin an der bereits vom Kongreß 1976 aufgestellten Forderung fest, nachdem der Reichstag eine sozialdemokratische Vorlage nach Begrenzung der Öffnungszeiten 1980 verworfen hat. Die

Ladenschlußzeitgesetz in Schweden gefordert

coi.Stockholm. Der Kongreß der schwedischen Handelsangestelltengewerkschaft hat im Mai ein Ladenschlußzeitgesetz gefordert. Kern dieses Gesetzes soll das Verbot sein, die Handelsgeschäfte abends und vor allem an Sonntagen offen zu halten. Die Gewerkschaft hält damit weiterhin an der bereits vom Kongreß 1976 aufgestellten Forderung fest, nachdem der Reichstag eine sozialdemokratische Vorlage nach Begrenzung der Öffnungszeiten 1980 verworfen hat. Die

fehlende Öffnungszeitbegrenzung nutzen die großen Handelskonzerne, um vor allen Dingen Frauen in Teilzeit (50% der Angestellten) bis in den späten Abend und sonntags auszubeuten.

Chilenische Bergwerksarbeiter haben Ziele nicht erreicht

acm. Von den 10000 Bergwerksarbeitern der chilenischen Kupfermine „El Teniente" beendeten in der letzten Woche 8000 den 40tägigen Streik mit einem Ergebnis von 2% Lohnerhöhung. Damit liegt der Abschluß weit unter den geforderten 10%. Der Leiter der Verhandlungskommission der acht Gewerkschaften sagte: „Wir haben keinen Erfolg gehabt. Wir sind gescheitert. Wir haben für die Arbeiter nicht das erreicht, was ihnen gebührt". Weiterhin betonte er, Regierung und Gewerkschaften müßten über das System der Tarifverhandlungen nachdenken. Die geltende Gesetzgebung sieht nach 30 Streiktagen vor, daß jeder Arbeiter die Tarifverhandlungen individuell beenden kann und nach 60 Tagen automatisch das Arbeitsverhältnis als gekündigt gilt.

Kundgebung gegen Angebot der Chemiekapitalisten

mac.Düsseldorf. Ca. 1600 beteiligten sich am Mittwoch an einer Protestkundgebung des Bezirks Nordrhein der IG Chemie. Mit Transparenten waren Beschäftigte von Henkel, Rheinwerk, von den Erftwerken und Pagua vertreten. Als Vertreter der Gewerkschaften sprachen Bleicher, Vorsitzender des DGB NRW und Gläsner, Bezirksleiter und Verhandlungsführer der IG Chemie für den Tarifbezirk Nordrhein.

Unter großem Beifall griffen sie die Chemiekapitalisten an, die den Metallabschluß von 4,9%, weil „volkswirtschaftlich unverantwortlich", nicht zahlen wollen. Am 13.6. findet für den Bezirk Nordrhein die letzte Schlichtungsverhandlung statt. Gläsner erklärte, daß die IG Chemie den Streik organisieren werde, wenn dann kein Kompromiß zwischen 4,3% und 4,9% gefunden würde. Am Schluß der Kundgebung wurde eine Entschließung verabschiedet, in der es unter anderem heißt: „Die Teilnehmer der Protestkundgebung der IGCPK Bezirk Nordrhein fordern die Chemieunternehmer auf, endlich ihr tarifpolitisches Taktieren aufzugeben und ... mit der IG Chemie einen vertretbaren Einkommenskompromiß zu schließen. Ein Kompromiß, der den Kaufkraftverlust weitgehend ausgleicht, der durch Preissteigerungen entstanden ist, stellt die chemische Industrie wirtschaftlich vor keine unüberwindbaren Schwierigkeiten ... Die Teilnehmer der Protestkundgebung appellieren an die Beschäftigten der chemischen Industrie im Bezirk Nordrhein, sofern der Schlichtungsstelle ein zufriedenstellender Kompromiß nicht gelingt, durch Streik das Lohndiktat der Unternehmer zu brechen."

Kundgebung wurde eine Entschließung verabschiedet, in der es unter anderem heißt: „Die Teilnehmer der Protestkundgebung der IGCPK Bezirk Nordrhein fordern die Chemieunternehmer auf, endlich ihr tarifpolitisches Taktieren aufzugeben und ... mit der IG Chemie einen vertretbaren Einkommenskompromiß zu schließen. Ein Kompromiß, der den Kaufkraftverlust weitgehend ausgleicht, der durch Preissteigerungen entstanden ist, stellt die chemische Industrie wirtschaftlich vor keine unüberwindbaren Schwierigkeiten ... Die Teilnehmer der Protestkundgebung appellieren an die Beschäftigten der chemischen Industrie im Bezirk Nordrhein, sofern der Schlichtungsstelle ein zufriedenstellender Kompromiß nicht gelingt, durch Streik das Lohndiktat der Unternehmer zu brechen."

„Laßt die Reichen für die Krise zahlen"

acm. Das war der Schlachtruf von 100000 Demonstranten, die in der vorletzten Woche in London vom Hyde Park zum Trafalgar Square zogen und damit den am 1. Mai in Liverpool begonnen Protestmarsch gegen die Arbeitslosigkeit in England beendeten. Alle Gewerkschaften, einige Studenten- und Schülerorganisationen hatten diesen Marsch unterstützt, der sich gegen die Zahl von nunmehr 2,6 Mio. Arbeitslosen richtete, von denen allein

„Laßt die Reichen für die Krise zahlen"

acm. Das war der Schlachtruf von 100000 Demonstranten, die in der vorletzten Woche in London vom Hyde Park zum Trafalgar Square zogen und damit den am 1. Mai in Liverpool begonnen Protestmarsch gegen die Arbeitslosigkeit in England beendeten. Alle Gewerkschaften, einige Studenten- und Schülerorganisationen hatten diesen Marsch unterstützt, der sich gegen die Zahl von nunmehr 2,6 Mio. Arbeitslosen richtete, von denen allein

zwei Drittel weniger als 35 Jahre alt sind und deren Zahl im Sommer noch um die Schulabgänger gewaltig gesteigert werden wird. Politisch war der Marsch gegen die Thatcher-Regierung und ihre Politik gerichtet und wurde von der Labour-Party unterstützt. In London zog zum Abschluß des Marsches eine Delegation zum Arbeitsminister Prior ins Unterhaus. Eine Stunde Gespräch. „Es war der Dialog mit einem Tauben", sagte einer der Delegierten.

Südafrika: Automobilarbeiter beenden Streik erfolgreich

thf. Die teilweise Wiedereinstellung von 160 Firestone Arbeitern konnten 3000 Arbeiter bei Ford und General Motors in Port Elisabeth, Südafrika, mit einem zweiwöchigen Streik erzwingen. Die Firestone Arbeiter waren wegen eines Streiks im Frühjahr entlassen worden. Die Arbeiter, alle Mitglieder einer erst vor sechs Monaten gegründeten Gewerkschaft von Beschäftigten der Automobilindustrie und aus dem Motorenbau, waren in den Solidaritätsstreik getreten, nachdem zwei Ford-Arbeiter entlassen worden waren, weil diese sich geweigert hatten, Firestone Reifen aufzuziehen. 21 Arbeiter muß Firestone sofort wieder einstellen, die restlichen nach Arbeitslage, jedoch mindestens 15 jeden Monat. Dieser Kompromiß stärkt die Position der Gewerkschaft, erreicht werden konnte er nur durch den Bruch der südafrikanischen Arbeitsgesetzgebung. – Zu schweren Auseinandersetzungen kam es in drei Johannesburger Wohnvororten, nachdem Polizeieinheiten eine Demonstration von Schülern überfallen hatten.

„Chemie für den Menschen"

Gemeinsamer Gewerkschafts- und Studentenkongreß

tom.Münster. Unter diesem Motto fand am 30./31. Mai in Münster ein bundesweiter Kongreß zur Studienreform statt. Veranstalter waren die Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik und die (vds-) Fachtagung Chemie der Chemie-Fachschaften an Hoch- und Fachhochschulen. Aufgerufen waren Chemiestudenten, Chemiker aus Betrieben und Hochschulen und Gewerkschafter, um praktische Zusammenarbeit zu besprechen und zu planen. Ausarbeitung gemeinsamer Vorstellungen zur Reform der Chemie-Studiengänge war Ziel des Kongresses; weiterhin die Information der Öffentlichkeit über die Kritik an den Vorschlägen der bundesweiten Studienreformkommission (SRK).

Seit 1978 hat die SRK Vorschläge erarbeitet, die aufgrund der Stimmenmehrheit von Hochschullehrern und Staatsvertretern im wesentlichen am augenblicklichen Studienverlauf festhalten. Darüberhinaus hatte u.a. die willkürliche Bestimmung nichtgewählter Studentenvertreter für die SRK wegen deren recht unkontrollierten Vor-sich-hin-werkelns zu Widersprüchen in der FT (Fachtagung) geführt. Auf Grundlage der IG-Chemie-Vorschläge zur Studienreform konnte dann eine breitere Einheit unter den Studenten hergestellt werden. Sie dienten als Diskussionsgrundlage für die vds-FT Chemie, die auch einem Sondervotum zustimmte, das Vertreter der Studenten, der wissenschaftlichen Mitarbeiter und des DGB in der SRK erstellt hatten.

Die Bedeutung der praktischen Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Studenten wurde auf dem Kongreß dadurch hervorgehoben, daß Hermann Rappe, stellvertretender Vorsitzender der IG Chemie, auf dem Eröffnungsplenum ein Referat hielt. Die IG Chemie war seit der Veröffentlichung ihrer Vorschläge zur Studienreform unter massiven Beschuß geraten, vor allem seitens der Kapitalisten und der konservativen Hochschullehrer. Der Chemikerkongreß konnte hier gute Rückenstärkung geben, weshalb die FT auch das Zugeständnis machte, auf den Titel „Vereinigte deutsche Studentenschaften (vds)" zu verzichten, worauf der Hauptvorstand beharrt hatte.

Der Kongreß hatte im wesentlichen beratenden Charakter. Die 350 Teilnehmer verabschiedeten keine Resolutionen oder Beschlüsse, sondern tagten lediglich in zwei Plena und 14 Arbeitsgruppen. Themen waren u.a. Studienformen und -inhalte, materielle Probleme sowie die Kooperation mit Gewerkschaften, die in allen AG's mit besprochen wurde. Am weitesten fortgeschritten sind die Erfahrungen mit Orientierungseinheiten für Studienanfänger, die von fast allen Fachschaften durchgeführt werden, wobei es aber nur wenige Hochschulen gibt, an denen sie ins Studium integriert sind. Auch zur Arbeitssicherheit gibt es in letzter Zeit Initiativen, so z.B. von der Fachschaft Tübingen, die zu diesem Thema für Erstsemester ein Seminar durchführt mit verschiedenen Referenten, zu dem mittlerweile sogar seitens des Fachbereiches offiziell ein Skript herausgegeben wird. Angestrebt wird jetzt noch die Verankerung im Vorlesungsverzeichnis. Zu den anderen Themen gibt es zur Zeit höchstens Einzelveranstaltungen mit Ausnahme der Reform-Unis Bremen und Oldenburg, bei denen z.B. Projekte zum Umweltschutz durchgeführt werden.

Die materielle Lage der Chemiestudenten wird dadurch erschwert, daß sie an vielen Unis Chemikalien und Verbrauchsmaterialien selbst bezahlen müssen. Weiterhin wird ein Großteil der Grundlagenforschung kostenlos durch Diplomanden und Doktoranden an den Hochschulen durchgeführt. Diskutiert wurde daher die Problematik der Chemikalienkosten sowie Forderungen nach tariflicher Bezahlung für Doktoranden und auch für Chemieingenieurstudenten während des Praxissemesters.

Arbeitsstil und Ergebnisse der AG's waren sehr unterschiedlich; die einen waren gut vorbereitet, konnten Anregungen und Perspektiven vermitteln, andere verliefen z.T. chaotisch wegen hoher Teilnehmerzahl (Umwelt AG über 50), schlechter Leitung oder destruktiven Auftretens von gut einem Dutzend Leuten der Ständischen „Gewerkschaft" VAA (Vereinigung angestellter Akademiker). Insgesamt war die Arbeit m.E. aber recht nützlich, schon wegen des Erfahrungsaustausches zwischen Studenten und Betriebsräten, der während des Abendessens und anschließender Fete auf regionaler Ebene angeregt wurde.

Die Berichte der AG's wurden auf dem Abschlußplenum mit Beifall entgegengenommen. Für die Zukunft wurde vorgeschlagen, den von einer AG ausgearbeiteten Kriterienkatalog an die Fachschften zu verschicken, der diesen die kontinuierliche Arbeit erleichtern und anhand dessen ein Fragebogen erstellt werden soll, um der FT einen Überblick über einzelne Kämpfe zu ermöglichen. Verstärkt sollen wieder örtliche und regionale Kooperationstreffen und zentrale Seminare zu Orientierungseinheiten, zur Arbeitssicherheit und zur Berufspraxis durchgeführt werden.

Egon Schäfer, Mitglied des Hauptvorstandes der IG Chemie, stellte in seiner Rede die zwei Seiten dar, die die chemische Produktion bisher für die Menschen hatte, Hebung des Lebensstandards einerseits, Gefahr für Mensch und Umwelt andererseits. Daraus entwickelte er die Notwendigkeit, „bereits an der Hochschule mit Problemen wie Umweltschutz, Arbeitssicherheit, gesellschaftliche Verantwortung des Naturwissenschaftlers und Möglichkeiten der Interessenvertretung konfrontiert" zu werden.

Der eingeladene Eckhard Kuhlwein vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft ließ sich durch Wilhelm Neufeld vertreten, der das dicke Finanzloch bejammerte und diesem bzw. den CDU/CSU-regierten Ländern jegliche Schuld an der augenblicklichen Lage zuschob. Er und die Regierung wurden im abschließenden Referat des Chemie-FT-Sekretärs Detmar Wenke und in der anschließenden Diskussion unter viel Beifall hart attackiert, im wesentlichen auf der Linie des vds-Vorstandes. Letzterer hatte auch einen Vertreter entsandt, der im Namen der vds die gemeinsame Durchführung dieses Kongresses begrüßte und aufforderte, „Berührungsängste" zwischen Studenten und Gewerkschaften zu überwinden, sprich z.B. die vds als bundesweite Vertretung der Studenten seitens der IG Chemie anzuerkennen. Auch Egon Schäfer war dafür eingetreten, daß „beide Seiten ... bereit sein (müssen), unvoreingenommen den anderen anzuhören, seine „andere" Sprache zu akzeptieren und nach Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit zwischen Hochschulangehörigen und betrieblichen Arbeitnehmern zu suchen."

(Weitere Informationen im Materialheft Hochschule und Studenten 6/81)

kussionsgrundlage für die vds-FT Chemie, die auch einem Sondervotum zustimmte, das Vertreter der Studenten, der wissenschaftlichen Mitarbeiter und des DGB in der SRK erstellt hatten.

Die Bedeutung der praktischen Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Studenten wurde auf dem Kongreß dadurch hervorgehoben, daß Hermann Rappe, stellvertretender Vorsitzender der IG Chemie, auf dem Eröffnungsplenum ein Referat hielt. Die IG Chemie war seit der Veröffentlichung ihrer Vorschläge zur Studienreform unter massiven Beschuß geraten, vor allem seitens der Kapitalisten und der konservativen Hochschullehrer. Der Chemikerkongreß konnte hier gute Rückenstärkung geben, weshalb die FT auch das Zugeständnis machte, auf den Titel „Vereinigte deutsche Studentenschaften (vds)" zu verzichten, worauf der Hauptvorstand beharrt hatte.

Der Kongreß hatte im wesentlichen beratenden Charakter. Die 350 Teilnehmer verabschiedeten keine Resolutionen oder Beschlüsse, sondern tagten

an den Hochschulen durchgeführt. Diskutiert wurde daher die Problematik der Chemikalienkosten sowie Forderungen nach tariflicher Bezahlung für Doktoranden und auch für Chemieingenieurstudenten während des Praxissemesters.

Arbeitsstil und Ergebnisse der AG's waren sehr unterschiedlich; die einen waren gut vorbereitet, konnten Anregungen und Perspektiven vermitteln, andere verliefen z.T. chaotisch wegen hoher Teilnehmerzahl (Umwelt AG über 50), schlechter Leitung oder destruktiven Auftretens von gut einem Dutzend Leuten der Ständischen „Gewerkschaft" VAA (Vereinigung angestellter Akademiker). Insgesamt war die Arbeit m.E. aber recht nützlich, schon wegen des Erfahrungsaustausches zwischen Studenten und Betriebsräten, der während des Abendessens und anschließender Fete auf regionaler Ebene angeregt wurde.

Die Berichte der AG's wurden auf dem Abschlußplenum mit Beifall entgegengenommen. Für die Zukunft

dern jegliche Schuld an der augenblicklichen Lage zuschob. Er und die Regierung wurden im abschließenden Referat des Chemie-FT-Sekretärs Detmar Wenke und in der anschließenden Diskussion unter viel Beifall hart attackiert, im wesentlichen auf der Linie des vds-Vorstandes. Letzterer hatte auch einen Vertreter entsandt, der im Namen der vds die gemeinsame Durchführung dieses Kongresses begrüßte und aufforderte, „Berührungsängste" zwischen Studenten und Gewerkschaften zu überwinden, sprich z.B. die vds als bundesweite Vertretung der Studenten seitens der IG Chemie anzuerkennen. Auch Egon Schäfer war dafür eingetreten, daß „beide Seiten ... bereit sein (müssen), unvoreingenommen den anderen anzuhören, seine „andere" Sprache zu akzeptieren und nach Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit zwischen Hochschulangehörigen und betrieblichen Arbeitnehmern zu suchen."

(Weitere Informationen im Materialheft Hochschule und Studenten 6/81)

Arbeiterinnen in Malaysia: Beispiel Ruf

Seit 7 Jahren Kampf um Gewerkschaften / Imperialisten und Staat Hand in Hand

Arbeiterinnen in Malaysia: Beispiel Ruf

Seit 7 Jahren Kampf um Gewerkschaften / Imperialisten und Staat Hand in Hand

mat.Sydney. Lohn 6,90 Ringgit täglich, nach 2 Monaten 7,20, nach 2 Jahren 7,80 Ringgit; ein Ringgit sind etwas weniger als 1 DM. Urlaub nach einem Jahr Betriebszugehörigkeit 1 Woche, nach mehr als zwei Jahren 12 Tage, bei Fehlzeiten erfolgt Urlaubsabzug. Das sind die Bedingungen beim westdeutschen Konzern Ruf, der in Bayan Lepas, einer der Freihandelszonen Malaysias, Radios und Radioteile für den Export, hauptsächlich in die BRD, herstellen läßt. Mit solchen Löhnen läßt sich keine Familie ernähren. Die Arbeiterinnen sind fast alle junge Frauen, viele von ihnen aus Bauernfamilien, deren geringes Einkommen sie mit ihrem Lohn unterstützen.

Seit 1974 versucht die Gewerkschaft der Elektroindustrie EIWU, ihre Zulassung in der Elektronikindustrie zu erreichen. Ebenso lange wird dies von der staatlichen Arbeitsbehörde abgelehnt. Das Argument: Die Bedingungen in der Elektronikindustrie seien hinreichend verschieden, um eine eigene Gewerkschaft der Branche zu rechtfertigen. Der Aufbau einer Branchengewerkschaft ist aber so gut wie unmöglich. Nach dem Gesetz müssen Funktionäre mindestens drei Jahre Praxis in der Branche nachweisen, und bei den in der Branche bezahlten Löhnen ist die Suche nach jemandem, der es drei Jahre durchhält, so gut wie aussichtslos.

1978 berief der Gewerkschaftsbund MTUC eine Konferenz der Elektronikarbeiter und -arbeiterinnen der Provinz Penang, in der Bayan Lepas liegt, ein. Es gelang ihm, eine Liste von Funktionären zusammenzustellen, die der Behörde übergeben wurde. Kurz darauf



Die Arbeiterinnen halten die Kantine bei Ruf besetzt, September 1980

wurde der MTUC-Vorsitzende von Penang nach Kuala Lumpur versetzt, andere benannte Funktionäre verschwanden aus der Branche. Erst im September 1980 konnte EIWU die Kampagne wieder aufnehmen. Mit Streiks in mehreren Betrieben konnte er Lohnerhöhungen und andere Verbesserungen erreichen.

Die 900 Arbeiterinnen bei Ruf besetzten im September die Kantine und traten der EIWU bei. Eine Liste der Namen wurde an die Behörde geschickt. Die Antwort kam am 12. Dezember: Eine EIWU-Betriebsgruppe wird nicht zugelassen; Gründe gab es dieses mal überhaupt keine. Die guten Beziehungen der Ruf-Kapitalisten zu der Behörde sind in Rayan Lepas bekannt.

Ein Vertreter der Betriebsleitung hat danach erklären lassen, Verhandlungen mit den Arbeiterinnen ohne Beteiligung einer „dritten Partei" seien wirkungsvoller. Rosco Anthony, Sekretär der EIWU, streitet das nicht ab. In allen Elektronikbetrieben, sagt er, sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen schlechter als die eines durchschnittlichen EIWU-Mitglieds. Auf eine im November versprochene Lohnerhöhung warten die Ruf-Arbeiterinnen noch. Für die EIWU ist der Kampf damit nicht zu Ende. Sollte die Zulassung der Betriebsgruppe weiter abgelehnt werden, will sie einen Boykott der Elektronikindustrie organisieren.

Obgleich sämtliche Ergebnisse der Betriebsratswahlen zusammengefaßt noch nicht vorliegen und unsere eigene Übersicht zwangsläufig beschränkt ist, läßt sich dennoch eine allgemeine Bilanz der Wahlen 1981 ziehen.

Die DGB-Gewerkschaften sind gestärkt aus den Wahlen herausgegangen, wie die ersten vorläufigen Statistiken zeigen. Verlierer dieser Wahlen sind die ständisch bornierten Verbände, vor allem die DAG, sowie die Versuche von Richtungsgewerkschaften wie etwa die christlichen Verbände. Dies entspricht der Entwicklung der Arbeiterbewegung in den letzten Jahren.

Die sich verschärfenden Konfrontationen mit den einzelnen Kapitalisten, der wachsende Druck der Kapitalistenklasse und des Staates auf die Positionen der Lohnabhängigen, machen eine

nahme der Betriebsratswahl 1981 dürfen wir auch dann nicht unterlassen, wenn wir insgesamt feststellen können, daß sich die IG Metall und ihre Kandidaten erfolgreich bei der Betriebsratswahl durchgesetzt haben. Härtere Gangarten in den Betrieben und Verwaltungen und stärkere Auseinandersetzung mit der IG Metall durch gegnerische und konkurrierende Gruppen werden uns in den nächsten drei Jahren begleiten.“

Das Spektrum der oppositionellen Listen reicht von reinen RGO-Listen von Mitgliedern der KPD (vormals .../ML), über Listen angeführt von politischen Kräften links von der bürgerlichen Parteien, die aus den demokratischen Kämpfen der 60er und 70er Jahre herstammen, bis hin zu reinen Listen, die von Kräften der SPD in Opposition gegen rechte Kräfte innerhalb der betrieblichen Sozialdemokratie ge-

Bremen dienen. Vor einigen Jahren unter Vorsitz des SPD-Fraktionsführers in der Bremer Bürgerschaft als staatstragend mehr oder weniger berüchtigt, hat der im wesentlichen personell gleiche Betriebsrat (wenngleich der ehemalige Vorsitzende und SPD-Fraktionschef inzwischen verrentet wurde), in den letzten Jahren einen heftigen Kampf gegen die Entlassungen und Teilstillegungen geführt, die von Krupp mit Unterstützung durch die Bremer SPD durchgeführt werden sollten. Auf der Basis, daß eine hochmoderne Werft mit vor kurzem noch 6000 Mann Belegschaft zu einer reinen Reperaturschmiede mit einigen hundert Mann gemacht werden sollte, zerplatzte die Hoffnung und Zuversicht auf eine geregelte Verträglichkeit der Interessen der Belegschaft mit denen des Kapitalisten und blieb als einziger Weg, gestützt auf die Kraft der Beleg-

Die jeweils erhobenen Forderungen sind in allen Betrieben Forderungen unmittelbar gegenüber der Betriebsführung, was ja auch der grundlegenden Aufgabe der Betriebsräte entspricht. Zugleich wird oft auf die Forderungen der Gewerkschaften allgemein bezug genommen und hier besonders auf die Notwendigkeit des Kampfes um die 35-Stunden-Woche, begründet sowohl um mehr Beschäftigung zu erreichen, wie zur Kompensation der gewachsenen Verausgabung der Arbeitskraft in der Produktion.

Zugleich haben sich diese klassenkämpferischen Kräfte zunehmend direkt in den demokratischen Kampf, in die Auseinandersetzungen an den verschiedenen Orten mit dem Staatsapparat eingemischt, sei es seitens Opel Rüsselsheim gegen den Bau der Startbahn West, sei es seitens Bremer Betriebe gegen die Verschlechterung der Möglichkeiten und politische Zensur der Bremer Volkshochschule durch den Senat, sei es in der Beteiligung der Westberliner Betriebe an der jüngsten großen Demonstration gegen den drohenden Krieg. Grundlage der betrieblichen Aktions(Wahl)programme sind diese Forderungen allerdings nicht. Anteil an der Wahlentscheidung der Belegschaften haben diese politischen Positionen aber zweifellos, wenngleich entscheidend für diese Wahlen ist, daß die klassenkämpferischen Betriebsräte die besseren Interessenvertreter und Gewerkschafter sind und dies inzwischen auch praktisch bewiesen haben.

Einige Verwaltungsstellen – insbesondere der IG Metall und IG Chemie – sind durch Abwahl von verschiedenen Betriebsräten direkt in ihrer Personalbasis erschüttert. Der Verlust etwa der Betriebsratsmehrheit bei dem bisherigen IGM-Renomierbetrieb HDW in Hamburg kündigt ja zugleich entsprechende Änderungen über kurz oder lang innerhalb der örtlichen IG Metall-Organe an. Über 100 Gewerkschaftsausschlußverfahren sind eingeleitet worden, gegen Kandidaten auf oppositionellen Listen oder z.T. gegen Aufrufe zur Blockwahl bei Einheitslisten. Durch die Interessen der Belegschaften sind sie nicht gedeckt – diese haben ja wählen können. Gewerkschaftsfeindlichkeit wird man nicht finden können und Zugehörigkeit zu einer „gewerkschaftsfeindlichen Organisation“ wird ebenfalls in den wenigsten Fällen vorliegen – so daß diese Ausschlüsse nicht nur den Interessen der Belegschaften und der Gewerkschaftsmitglieder widersprechen, sondern durch die Beschlußlage der Ge-

Bremen, das gilt besonders für Daimler-Benz, einen Betrieb, der beinahe zu 100% organisiert ist. Die Kollegen dort haben sich in der Betriebsratswahl entschieden, sie haben auch die *IG Metaller gewählt, gegen die jetzt ein Verfahren durchgeführt werden soll. Wir sprechen uns dafür aus, die Verfahren einzustellen und die Ergebnisse der Betriebsratswahl anzuerkennen. Wir meinen, daß mit Ausschlußverfahren keine Lösung für die vor uns allen stehenden Aufgaben gefunden werden können.*“

Hält man sich vor Augen, daß es wahrscheinlich zu kaum einer einzigen Liste gegen die Listen der DGB-Gewerkschaften in den Betrieben gekommen wäre, wenn diese – so wie es verschiedene Gewerkschaftsrichtlinien sogar vorsehen – in einem demokratischen Wahlverfahren zusammengesetzt und plaziert worden wäre, dann leuchtet die Dreistigkeit dieser Ausschlußverfahren ein. Die gleichen Betriebsratsfürsten, die ihre fürstlichen Positionen gegenüber Vertretern der Belegschaftsinteressen mit formalem und spalterischem Verhalten absichern wollten, in den Wahlen durch die Belegschaften dafür mehr oder weniger deutlich bereits eine Quitttung in Form von einer Schwächung ihrer Position bis hin zum Verlust ihrer Positionen erhalten haben, suchen jetzt im Nachherein diese Wahlergebnisse möglichst über Ausschlüsse rückgängig zu machen, wie die jeweiligen Ortsverwaltungen versuchen, ihre Mehrheitspositionen in den überbetrieblichen Gewerkschaftsgremien zu halten. So oder so wird dies Unterfangen zum Scheitern verurteilt sein, nur: um so schneller umso besser. Konzentrieren sollte man sich, über die Zurückweisung der Ausschlußverfahren hinaus, positiv darauf, in den Richtlinien der Gewerkschaften das Recht auf Urwahl – d.h. Wahlvorschläge für die gewerkschaftliche Liste aus allen einzelnen Abteilungen des Betriebes, Plazierung der vorgeschlagenen Kandidaten durch den Vertrauenskörper unter Berücksichtigung aller Abteilungen, Beratung dieses Vorschlages erneut in den Abteilungen und nach deren Urteil, dann endgültige Plazierung der Kandidaten auf der Gewerkschaftsliste –, dieses Recht auf Urwahl durchzusetzen für den Fall, daß es zu keiner Persönlichkeitswahl unter Einschluß aller, die kandidieren wollen, kommt, weil etwa eine Spalterliste zu einer Gewerkschaftsliste zwingt. Andererseits sind die Gefahren einer Spalterliste gering, wenn die Möglichkeit für ausnahmslos alle Kräf-

Betriebsratswahlen 1981:

Veränderung innerhalb der Betriebsräte zugunsten klassenkämpferischer Positionen
Stärkung der DGB-Gewerkschaften

von Peter Dobberkau

Klassenpolitik der Lohnabhängigen wie ihre Einheit notwendig. Auseinandersetzungen etwa, wie sie die IG Metall und die HBV zum Zeitpunkt der Betriebsratswahlen mit der Tarifbewegung geführt haben, die Warnstreiks, Demonstrationen und Kundgebungen haben vielerorts flott die Spalterverbände für jeden deutlich abseits und im Gegensatz zu diesen notwendigen Aktionen gezeigt. Die Quittung blieb dann nicht aus.

So schreibt die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (ausblick, Juni 81): „Ein wichtiges Ergebnis ist die Tatsache, daß die Betriebsratswahl 1981 offensichtlich ganz allgemein zur Mobilisierung der Kolleginnen und Kollegen beigetragen hat, und zwar in Betrieben, wo zum ersten Mal gewählt wurde, zweitens dort, wo ein aktiver Wahlkampf in Wettbewerb mit anderen Organisationen geführt wurde, und drittens dann, wenn eine Kombination von Aktivitäten zur Betriebsratswahl und zur Tarifrunde gelang.“

bildet wurden. Zweierlei ist allen gemein und wichtig festzuhalten. Erstens sind es nie einfach politische Richtungslisten und zumeist umfassen sie politisch unterschiedliche Kräfte, haben also mehr oder weniger Aktionseinheitscharakter. Zweitens sind sie nahezu ausnahmslos immer erst dann gebildet worden, als die Versuche, eine betriebliche Einheitsliste zu erreichen, die eine Persönlichkeitswahl ermöglichte, gescheitert waren – sei es an Listeneinreichung durch professionelle Spalter wie dem CMV, oder durch die Versuche von rechten, eingesessenen Betriebsratsfürsten, formell ihre Position zu erhalten, durch die Abgrenzung ihrer Liste als offizielle Gewerkschaftsliste von anderen Kräften. Verschiedentlich ist es aber gelungen, die Persönlichkeitswahl zu erzwingen und hat es dann in unterschiedlichem Umfang Blockwahlvorschläge durch die verschiedenen Gruppierungen gegeben.

Als die herausragendsten Ergebnisse

schaft Druck auf die Kapitalisten und den Staat auszuüben und die Positionen der Belegschaft weitestmöglich zu verteidigen. Die AG „Weser“ existiert weiter als Schiffsbauwerft mit einer Belegschaft von 2200 Mann, was ohne diesen zähen Kampf nie erreicht worden wäre.

Wenngleich es schwer möglich ist, diese Entwicklung der Betriebsräte in ihren verschiedenen Erscheinungsformen nach links insgesamt zu quantifizieren, so ist diese Bewegung doch eindeutig.

Zu den inhaltlichen Positionen. Ein typisches Beispiel der Kritik an dem sozialpartnerschaftlichen Kurs und eine Darstellung ihres eigenen Wahlprogramms formuliert von der Echolot-Gruppe auf dem Bremer Vulkan:

„Die Politik des bisherigen Betriesrates besteht darin, daß man wenig von ihm sieht und noch weniger von ihm hört. Gute Betriebsratsarbeit geht aber nur ‚mit den Kollegen, für die Kollegen‘. Hierzu müssen dann auch für je-

Betrieb	Anz. d. Betriebsr.	Anz.d.BRs pro Betr.*	DGB-Mitgl. in %	DAG-Mitgl. in %	and. Org. in %	Unorganis. in %	Organisationsbereich
35294	194455	5,5	78,1	3,3	0,5	18,1	alle 1978
10528	67285	6,4	84,5	2,1	0,6	12,8	IGM 1978
425	5388	12,7	91,3	2,8	1,7	3,3	IGM 1981 (Mitte Apr.)
5054	25656	5,1	55,5	13,0	0,7	30,8	HBV 1978
3633	19160	5,3	63,4	9,7		26,9	HBV 1981 (Mitte Mai)

sondere der IG Metall und IG Chemie – sind durch Abwahl von verschiedenen Betriebsräten direkt in ihrer Personalbasis erschüttert. Der Verlust etwa der Betriebsratsmehrheit bei dem bisherigen IGM-Renomierbetrieb HDW in Hamburg kündigt ja zugleich entsprechende Änderungen über kurz oder lang innerhalb der örtlichen IG Metall-Organe an. Über 100 Gewerkschaftsausschlußverfahren sind eingeleitet worden, gegen Kandidaten auf oppositionellen Listen oder z.T. gegen Aufrufe zur Blockwahl bei Einheitslisten. Durch die Interessen der Belegschaften sind sie nicht gedeckt – diese haben ja wählen können. Gewerkschaftsfeindlichkeit wird man nicht finden können und Zugehörigkeit zu einer „gewerkschaftsfeindlichen Organisation“ wird ebenfalls in den wenigsten Fällen vorliegen – so daß diese Ausschlüsse nicht nur den Interessen der Belegschaften und der Gewerkschaftsmitglieder widersprechen, sondern durch die Beschlußlage der Ge-

schaftsgremien zu halten. So oder so wird dies Unterfangen zum Scheitern verurteilt sein, nur: um so schneller umso besser. Konzentrieren sollte man sich, über die Zurückweisung der Ausschlußverfahren hinaus, positiv darauf, in den Richtlinien der Gewerkschaften das Recht auf Urwahl – d.h. Wahlvorschläge für die gewerkschaftliche Liste aus allen einzelnen Abteilungen des Betriebes, Plazierung der vorgeschlagenen Kandidaten durch den Vertrauenskörper unter Berücksichtigung aller Abteilungen, Beratung dieses Vorschlages erneut in den Abteilungen und nach deren Urteil, dann endgültige Plazierung der Kandidaten auf der Gewerkschaftsliste –, dieses Recht auf Urwahl durchzusetzen für den Fall, daß es zu keiner Persönlichkeitswahl unter Einschluß aller, die kandidieren wollen, kommt, weil etwa eine Spalterliste zu einer Gewerkschaftsliste zwingt. Andererseits sind die Gefahren einer Spalterliste gering, wenn die Möglichkeit für ausnahmslos alle Kräf-

Stärkung der DGB-Gewerkschaften

von Peter Dobberkau

Klassenpolitik der Lohnabhängigen wie ihre Einheit notwendig. Auseinandersetzungen etwa, wie sie die IG Metall und die HBV zum Zeitpunkt der Betriebsratswahlen mit der Tarifbewegung geführt haben, die Warnstreiks, Demonstrationen und Kundgebungen haben vielerorts flott die Spalterverbände für jeden deutlich abseits und im Gegensatz zu diesen notwendigen Aktionen gezeigt. Die Quittung blieb dann nicht aus.

So schreibt die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (ausblick, Juni 81): „Ein wichtiges Ergebnis ist die Tatsache, daß die Betriebsratswahl 1981 offensichtlich ganz allgemein zur Mobilisierung der Kolleginnen und Kollegen beigetragen hat, und zwar in Betrieben, wo zum ersten Mal gewählt wurde, zweitens dort, wo ein aktiver Wahlkampf in Wettbewerb mit anderen Organisationen geführt wurde, und drittens dann, wenn eine Kombination von Aktivitäten zur Betriebsratswahl und zur Tarifrunde gelang.“

An einem Vergleich der Wahlergebnisse bei den größten Betrieben der Chemieindustrie gegenüber den Wahlen 1978 in den gleichen 26 Betrieben zeigen sich ebenso Gewinne für die IG Chemie. Selbst bei diesen z.T. marktbeherrschenden Konzernen, schwindet die materielle Basis in Gestalt von Werkswohnungen, Werksdarlehen etc., die den Schein der Sozialpartnerschaft bekräftigten. Bewußt wird, daß es nicht mehr reicht, etwa ein BASFler zu sein, sondern daß die gewerkschaftliche Organisierung und Politik unerläßlich ist und zwar für alle Teile der Belegschaften.

Zusammengefaßt kann man weiter sagen, die sozialpartnerschaftlichen Positionen innerhalb der Betriebsräte sind geschwächt, klassenkämpferische Positionen gestärkt worden. Wenngleich Kritik an der bisherigen Arbeit der Betriebsräte sich oftmals an bestimmten Formen festmacht, wie der Bürokratie, des Klüngels mit der Betriebsführung, der Vetternwirtschaft, so ist die Kritik dem Inhalt nach immer eine an dem Kurs, den der Betriebsrat gegenüber den Kapitalisten verfolgte.

Vielleicht das ins Auge stechendste Merkmal der Schwächung sozialpartnerschaftlicher Positionen sind die oppositionellen Listen/Blöcke, die es in einer größeren Zahl und mit einer breiteren Basis als in den Wahlen 1978 – vor allem in der Metall- und Chemieindustrie – in diesem Jahr gegeben hat. In der Zeitschrift der IG Metall „Der Gewerkschafter“ (Mai 81) wird festgehalten: „Eine kritische Bestandsauf-

bildet wurden. Zweierlei ist allen gemein und wichtig festzuhalten. Erstens sind es nie einfach politische Richtungslisten und zumeist umfassen sie politisch unterschiedliche Kräfte, haben also mehr oder weniger Aktionseinheitscharakter. Zweitens sind sie nahezu ausnahmslos immer erst dann gebildet worden, als die Versuche, eine betriebliche Einheitsliste zu erreichen, die eine Persönlichkeitswahl ermöglichte, gescheitert waren – sei es an Listeneinreichung durch professionelle Spalter wie dem CMV, oder durch die Versuche von rechten, eingesessenen Betriebsratsfürsten, formell ihre Position zu erhalten, durch die Abgrenzung ihrer Liste als offizielle Gewerkschaftsliste von anderen Kräften. Verschiedentlich ist es aber gelungen, die Persönlichkeitswahl zu erzwingen und hat es dann in unterschiedlichem Umfang Blockwahlvorschläge durch die verschiedenen Gruppierungen gegeben.

Als die herausragendsten Ergebnisse
sind hier zu nennen, daß es bei Opel Rüsselsheim wie bei Klöckner Bremen gelungen ist, die Position der bisherigen Betriebsrats-Mehrheit weiter zu stärken; daß der Echolot-Gruppe auf dem Bremer Vulkan gelungen ist, die Betriebsratsmehrheit zu erlangen; daß auf der HDW Hamburg eine Liste oppositioneller Sozialdemokraten die Mehrheit errang und die alten sozialdemoratischen Betriebsratsfürsten abgewählt wurden. (Eine zusammenfassendere Übersicht würde den Rahmen sprengen, sie erscheint in dem Materialheft Industrie und Gewerkschaft 6/81.)

Weniger auffällig – aber die verbreitetste Art des politischen Wandels der Betriebsräte – ist die schlichte Abwahl bisheriger und Wahl neuer Betriebsräte, die ohne großen Krach und öffentliche, direkte Auseinandersetzung sich vollzieht, aber nichts desto weniger die Politik der Betriebsräte verändert. Vielleicht noch weniger sichtbar (jedenfalls bei den Wahlen) ist die Kursänderung, die personell nahezu identisch gebliebene Betriebsräte vollziehen, wo auf Sozialpartnerschaft eingefleischte Sozialdemokraten ihre Politik zu einer an den Belegschaftsinteressen orientierten Politik verändern, die keineswegs die Konfrontation mit den Kapitalisten wie in begrenzten Umfang mit dem Staat scheut. Eine Position, die der der gleichen Personen vor einigen Jahren überhaupt nicht mehr entspricht. Als Beispiel mag die Entwicklung des Betriebsrates auf der kruppschen AG „Weser“ Werft in

schaft Druck auf die Kapitalisten und den Staat auszuüben und die Positionen der Belegschaft weitestmöglich zu verteidigen. Die AG „Weser“ existiert weiter als Schiffsbauwerft mit einer Belegschaft von 2200 Mann, was ohne diesen zähen Kampf nie erreicht worden wäre.

Wenngleich es schwer möglich ist, diese Entwicklung der Betriebsräte in ihren verschiedenen Erscheinungsformen nach links insgesamt zu quantifizieren, so ist diese Bewegung doch eindeutig.

Zu den inhaltlichen Positionen. Ein typisches Beispiel der Kritik an dem sozialpartnerschaftlichen Kurs und eine Darstellung ihres eigenen Wahlprogramms formuliert von der Echolot-Gruppe auf dem Bremer Vulkan:

„Die Politik des bisherigen Betriesrates besteht darin, daß man wenig von ihm sieht und noch weniger von ihm hört. Gute Betriebsratsarbeit geht aber nur ‚mit den Kollegen, für die Kollegen‘. Hierzu müssen dann auch für je-
den ganz deutlich sichtbar die Interessengegensätze zwischen Arbeitern und Angestellten auf der einen Seite und der Geschäftsleitung aufgezeigt werden. Und auf Grund dieser Gegensätze muß es und wird es zu Auseinandersetzungen kommen. In diesem Kampf um kleine und auch große Dinge, der sich jeden Tag abspielt, muß der Betriebsrat als Schutzschild für die Kollegenschaft eintreten. Es kann nicht angehen, daß der Betriebsrat die Kolleginnen und Kollegen als Schutzschild benutzt, um sich vor der Geschäftsleitung zu verstecken, etwa nach dem Motto: ‚Entschuldigen Sie, wir müssen ja, weil die Kolleginnnen und Kollegen es wollen‘. Der Betriebsrat muß, von der Belegschaft gestärkt und unterstützt, den Kampf für die Belegschaftsinteressen führen. (...) Folgende Probleme wären für uns alle gemeinsam anzupacken: ● Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung, ● Kampf für den gesicherten Mindestakkord; ● Kampf für die Erhaltung und Verbesserung der Sicherheitsbestimmungen am Arbeitsplatz; ● Kampf für eine bessere Ausgestaltung der Sozialeinrichtungen; ● Kampf für eine Verbesserung der Ausbildungsituation; ● Schutz vor Willkür im Betrieb; ● Verkauf der Überstunden (meint Überstundengenehmigung nur gegen Zugeständnisse der Geschäftsleitung, d.V.); ● Verhinderung des Versetzungskarrussels; ● Umsetzung der Interessen der Kolleginnen und Kollegen in gewerkschaftliche Aktionsprogramme; ● Zusammenführung und Vereinheitlichung der Belegschaft.“

Betrieb	Anz. d. Betriebsr.	Anz.d.BRs pro Betr.*	DGB-Mitgl. in %	DAG-Mitgl. in %	and. Org. in %	Unorganis. in %	Organisationsbereich
35294	194455	5,5	78,1	3,3	0,5	18,1	alle 1978
10528	67285	6,4	84,5	2,1	0,6	12,8	IGM 1978
425	5388	12,7	91,3	2,8	1,7	3,3	IGM 1981 (Mitte Apr.)
5054	25656	5,1	55,5	13,0	0,7	30,8	HBV 1978
3633	19160	5,3	63,4	9,7		26,9	HBV 1981 (Mitte Mai)
2489	16864	6,8	85,5	1,9	0,9	11,7	IG ChPK 1978
26	575	22,1	80,2				IG ChPK 1978**
26	554	21,3	83,4				IG ChPK 1981**

Die Zahlen für 1981 sind den jeweiligen Gewerkschaftszeitungen entnommen. * Als Indiz für die jeweilige Betriebsgröße und damit für die Vergleichbarkeit bzw. Unterschiedlichkeit der Zahlen '78 zu '81, da wie das Vorhandensein von Betriebräten mit der Betriebsgröße sich ändert so ebenfalls der gewerkschaftliche Organisationsgrad. ** (26 Großbetriebe)

werkschaften selber überhaupt nicht gedeckt sind. Entsprechend werden diese Ausschlußverfahren in den einzelnen Gewerkschaften bekämpft. So schreibt der Vertrauensleutekörper Klöckner Bremen an die IGM Ortsverwaltung:

„Wir stellen fest: Auch in anderen Großbetrieben sind zwischen Gewerkschaftern Diskussionen und Meinungsverschiedenheiten wie bei Daimler-Benz üblich, häufig sogar notwendig. Nach unserer Kenntnis wurde bei Daimler-Benz die Kritik in Sachfragen verhältnismäßig solidarisch geführt. Anders als bei der Klöckner-Hütte Bremen: Dort wurden vor den Betriebsratswahlen von IGM-Mitgliedern Informationsblätter herausgegeben, die fast ausschließlich aus schweren Diffamierungen und persönlichen Angriffen gegen führende IGM-Funktionäre und gewählte Gremien auf der Hütte bestanden. (...) Für uns auf der Hütte war das bisher kein Grund, gegen die Kollegen ein Verfahren nach §11 zu beantragen. Denn bisher waren wir der Meinung, daß in solchen Fällen die Belegschaften das letzte Wort haben sollen. Das gilt für die Klöckner-Hütte

te besteht, auf einer betrieblichen Einheitsliste zu kandidieren, wie die Erfahrungen (Klöckner, Vulkan etc.) zeigen. Großzügigkeit selbst gegenüber Spaltern, um ihnen die Kandidatur formal nicht zu verweigern, verbessert nur die Bedingungen, ihnen politisch eine um so deftigere Abfuhr durch das Votum der Belegschaft zu verpassen. Wer eine starke Einheit auf Basis der Interessen der Belegschaften will, muß für eine solche demokratische Verfahrensregelung sein. An der Zeit wäre es. Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen politischen Strömungen in den Betrieben und Gewerkschaften sind unvermeidlich und fruchtbar. Die formale Unterdrückung und Komplizierung dieser Auseinandersetzung erschwert es den Belegschaften nur selber, nach richtig und falsch zu unterscheiden und schafft unnötige Widersprüche innerhalb der Belegschaften und Gewerkschaften. Der wachsende Bruch der Belegschaften mit der sozialpartnerschaftlichen Politik bei den Betriebsratswahlen läßt sich nicht unterdrücken, weil die betrieblichen und gesellschaftlichen Tatsachen diese Anschauungen untergraben und nach einer klassenmäßigen Politik verlangen.

Klöckner-Hütte Bremen

Absprachen nach Eurofer – Konkurrenz auf höherer Stufenleiter!

Belegschaft läßt sich nicht vor den Vorstandskarren spannen!

jom.Bremen. Seitdem die europäischen Stahlkapitalisten mit Eurofer I versuchen, ihre Marktanteile nach der Produktionskapazität der Anlagen zu verteilen, um die Preise stabil zu halten, gibt es Krach um die Klöckner-Hütte Bremen. 170000 t Stahl pro Monat will man der Hütte als Kapazität zubilligen. In einer Rekordproduktion wurden aber schon bis 400000 t gefahren. Nach Berichten des Werksvorstandes sprach eine japanische Delegation von einer möglichen Produktion von 480000 t. Dagegen ist das Werk nur zu einem Drittel ausgelastet, gegenüber 56% im europäischen Durchschnitt. Der Werksvorstand mit Unterstützung von verschiedenen regionalen Politikern brennt darauf, diese Leistung unter Beweis zu stellen unter Aufsicht der EG-Kommission.

Die vorgeschriebenen Zahlen hat Klöckner zwar, wie die meisten anderen Unternehmen auch, bisher überschritten. Doch mit Eurofer II ist der Klöckner-Vorstand wieder bemüht, seine Quoten offiziell zu erhöhen. In der Konkurrenz zu den anderen Stahlmagnaten kommen sie damit aber nicht durch. Sie haben deshalb schon gedroht, aus dem Kapitalistenverband und aus dem Eurofer auszutreten. Auf der anderen Seite versuchen sie, Belegschaft und Politiker damit zu gewinnen, daß sie mit Entlassungen drohen. Wenn im Juli nicht für die Erhöhung der Quote für Klöckner gestimmt würde, rechne der Vorstand mit 2000 Entlassungen auf der Hütte Bremen. Ein Hochofen soll dann stillgelegt werden, Stahl- und Walzwerk nur noch in zwei statt vier Schichten gefahren werden. Vorstandssprecher v. Bogdandy: ,,... der Tod der Hütte (wäre) vorprogrammiert."

Das Bankkapital als lachender Dritter

Was sind die Ursachen für den Quotenstreit? Die Initiative zur Quotenabsprache ging von Unternehmen aus, die noch nicht so durchrationalisiert und produktiv waren und sind wie es z.B. die Hütte Bremen und hier besonders das Warmwalzwerk ist. Aufgrund der Überfüllung des Marktes drohten diese Unternehmen kaputt zu gehen. Dies war insbesondere der Fall in England, Frankreich, den Benelux-Ländern, aber auch bei einigen Unternehmen in Westdeutschland. Da ein Absterben der nationalen Stahlindustrie für die einzelnen Länder größte Abhängigkeit vom Ausland bedeutet hätte, kam es zu dieser Absprache.

Für die Klöckner-Werke AG kam dies jedoch höchst ungelegen. Sie hatten nämlich schon einen anderen Weg beschritten, um aus der Krise siegreich hervorzugehen. ,,Ein westdeutsches Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank hat die Klöckner-Sanierung in die Hand genommen: die Werke in Hagen wurden Zug um Zug dichtgemacht, moderne Produktionsanlagen in Bremen errichtet, die staatlich-subventionierte und für den süddeutschen Markt günstige Maxhütte billig eingekauft, vor allem aber wurde diversifiziert und Beteiligungen und ganze Unternehmen wie Becorit, Holstein & Kappert, Desma-Werke gekauft. Die flüssigen Mittel stellte die Deutsche Bank, und abgeschlossen wurde das Programm mit einem sogenannten Finanzcoup: Anfang 1980 erfolgte auf einen Schlag eine Kapitalherabsetzung auf die Hälfte und sofortige Wiederaufstockung durch neue Aktien auf den alten Stand. Die Kleinaktionäre waren reingelegt und die Deutsche Bank kassiert jetzt eifrig die Zinsen, laut Klöckner-Bilanz sind im letzten Jahr 170 bis 180 Mio. DM an Zinsen zu zahlen gewesen. Das ist jetzt das neue Klöckner-Problem, was aber lösbar wäre, wenn Extraprofite auf Grund der erhöhten Produktivkraft zum Sprudeln kämen, aber... Aber da klappt es noch nicht, weil eben die Finanzbourgeoisien in den übrigen EG-Staaten nicht das rechte Einsehen haben, die Schlachtopfer der westdeutschen Exportoffensive zu werden." (aus: Hoesch-Krise – Ursachen, Verlauf und Auswirkungen. Aufsatzsammlung, herausgegeben von der Bezirksleitung Dortmund/Westliches Westfalen des KBW)

Die ganze Absprache hat also nur die Konkurrenz auf höherer Stufenleiter hervorgerufen. Die anderen westdeutschen Konzerne geiern schon auf die Hütte Bremen, wenn Klöckner die Zinsen an die Banken nicht mehr aufbrächte. (Also auch kein Grund zu fürchten, ,,... der Tod der Hütte (wäre) vorprogrammiert"). Wenn Klöckner die höheren Quoten zugebilligt bekäme, würden u.U. verschiedene andere Werke stillgelegt und Entlassungen dort in großem Stil die Folge sein.

Über die SPD-Betriebsgruppe die Belegschaft gewinnen...

Um die Belegschaft nun für den Kampf um höhere Quoten zu gewinnen, baut der neue Arbeitsdirektor Breitinger (SPD, vorher IGM-Funktionär) auf die SPD-Betriebsgruppe. Die war bisher in zwei Lager gespalten. Breitinger hat sie zumindest in dieser Frage wieder zusammengeführt. In ihrer Betriebszeitung, dem ,,Hüttenfuchs" hat sie schon länger Propaganda auf der Linie des Vorstandes gemacht. Als Lösung für Klöckners Quotenproblem schreiben sie in Ausgabe 16: ,,Nur 2% von der europäischen Produktion zusätzlich für uns würden die Hütte vor dem Sterben bewahren. Diese 2% wären möglicherweise vom deutschen Markt zu bekommen, wenn nicht die anderen Konzerne so eigennützig wären. Einige Betriebsratskollegen sprechen von Solidarität mit den Kollegen der anderen Werke. Wo ist aber deren Solidarität, wo es um unsere Arbeitsplätze geht?" Und mit dieser Linie eben versucht der Vorstand die Belegschaft für den Kampf um mehr Marktanteile zu gewinnen. Die Belegschaften der verschiedenen Stahlwerke könnten unter dieser Linie nur noch dafür kämpfen, daß die Entlassungen möglichst ein anderes Werk treffen.

So war möglich, daß am Sonnabend vor Himmelfahrt der Werkschutz die Kollegen am Tor anhielt, um ihnen den ,,Hüttenfuchs" zu überreichen und Unterschriften für höhere Quoten zu sammeln. Das, obwohl der Werkschutz sonst jedes parteipolitische Flugblatt sofort einkassiert.

... aber nicht mit dem Betriebsrat!

Der Betriebsrat, in dem die SPD in der Minderheit ist, hat dagegen in einem Brief an Bundeskanzler Helmut Schmidt folgende Position vertreten: ,,IG Metall und Betriebsräte der einzelnen Stahlunternehmen haben schon seit 1974 gefordert, daß über den Rahmen einzelner Unternehmensgrenzen hinausgehende Lösungen gesucht werden, um die Arbeitsplätze zu erhalten. Schon frühzeitig wurde u.a. vom Vorstandsmitglied R. Judith die Herabsetzung des Rentenalters für Schichtarbeiter auf 55 Jahre gefordert. Wenn die in Privatbesitz befindliche Stahlindustrie nicht in der Lage ist, ihren sozialen Verpflichtungen gegenüber den Arbeitern und Angestellten nachzukommen, müssen Schritte eingeleitet werden, die den Forderungen aus dem § 2 der Satzung der IG Metall entsprechen; d.h. daß die Stahlindustrie in Gemeineigentum überführt wird."

Die SPD-Betriebsratsminderheit rief am Dienstag nach Himmelfahrt für den nächsten Tag zu Schichtwechsel um 14 Uhr zur Demonstration auf, ohne die anderen Betriebsräte vorher in Kenntnis zu setzen. Das Fernsehen wäre auch da, hieß es. Aus verschiedenen Äußerungen wurde deutlich, daß die Betriebsleitung diese Aktion zumindest dulden, wenn nicht sogar unterstützen würde.

Für denselben Tag war der gewerkschaftliche Arbeitskreis auf der Hütte zusammengerufen worden. Dieser beschloß unter dem Druck, ebenfalls zu der Aktion aufzurufen, um abzuwenden, daß die Belegschaft für den Vorstand auf die Straße geht. Es wurden Flugblätter erstellt und Transparente gemalt mit den Forderungen:
– Quoten sind nicht unser Bier – Arbeitsplätze wollen wir!
– Gemeinsam mit unseren Kollegen von Hoesch, Krupp und Mannesmann treten wir für Arbeitsplätze an!
– 35 Stunden bei vollem Geld ist, was Arbeitsplätze erhält!
– Nicht ,,Eurofer" und ,,Artikel 58"
– Rentenalter runter auf 55!

Spaltung der Belegschaft

Am nächsten Tag wurde zu Schichtwechsel bei strömendem Regen das Haupttor dichtgemacht. Bald waren alle Zufahrtsstraßen blockiert. Die Kundgebung bot ein zwiespältiges Bild: Die vom Arbeitskreis beschlossenen Transparente auf der einen, die Redner der Sozialdemokratie für höhere Quoten auf der anderen Seite. Für die Kundgebung, an der auch viele leitende Angestellte teilnahmen, bedankte sich nachher der Arbeitsdirektor beim Betriebsrat und der SPD-Betriebsgruppe. Heinz Meinking von der IGM-Ortsverwaltung, ebenfalls SPD, sollte ursprünglich auch reden, sagte anschließend, er sei erschüttert über das Vorgehen der Betriebsratsminderheit und der SPD-Betriebsgruppe. Stellvertretender Betriebsratsvorsitzender Dieckmann, SPD, distanzierte sich noch während des gewerkschaftlichen Arbeitskreises von dem Aufruf seiner Parteigenossen, die seine Unterschrift einfach mit darunter gesetzt hatten.

Am Morgen vor der Kundgebung erreichte der Betriebsrat, daß der Vorstand eine außerordentliche Betriebsversammlung für den 5. Juli zubilligte. Ursprünglich wollte der Vorstand nur genehmigen, die nächste Betriebsversammlung vorzuziehen.

Ein brauchbarer Kompromiß!

Bis zur Betriebsversammlung konnte im Betriebsrat eine Einigung unter folgender Resolution erreicht werden, die von beiden (morgens fand die Versammlung für die Spätschicht statt) Betriebsversammlungen einstimmig verabschiedet wurde: ,,Die westeuropäischen Stahlunternehmen haben sich bei den laufenden Eurofer-Verhandlungen bisher nicht einigen können. Dadurch sind nach Angaben des Werksvorstandes auf der Hütte Tausende von Arbeitsplätzen gefährdet. Die versammelten Kollegen erklären daher:
– Vorstand der Klöckner-Werke AG und Parlamentarier werden aufgefordert, in weiteren Verhandlungen über Eurofer II unter allen Umständen eine Einigung zu erreichen, die unsere Arbeitsplätze sichert. Außerdem verlangen wir die lückenlose Offenlegung der bisherigen Verhandlungsergebnisse.
– Die Parlamentarier werden aufgefordert, umgehend zumindest für Schichtgänger das Rentenalter auf 55 Jahre zu senken. Außerdem sollen staatliche Beihilfen für Investitionen nur dann gegeben werden, wenn dadurch Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden.
– Die IG-Metall wird aufgefordert, in Gesprächen mit Unternehmern und Politikern zu erreichen, daß der ständige Arbeitsplatzabbau in der Stahlindustrie gestoppt wird. Außerdem soll nach Ablauf der Tarifverträge der Kampf um die 35-Std.-Woche erneut aufgenommen werden, mit dem Ziel, Arbeitsplätze zu schaffen."

V. Bogdandy als Sprecher des Werksvorstandes erklärte noch einmal eindringlich auf den Betriebsversammlungen, daß es auf die Erhöhung der Quoten ankäme. Nach beiden Versammlungen fanden dann trotz Pfingstwochenende machtvolle Demonstrationen statt, auf denen die Linie des Vorstandes unterging. Auf der Abschlußkundgebung sicherte A. Weinkauf, 1. Bevollmächtigter der IG Metall in Bremen, den Stahlarbeitern die Unterstützung der Gewerkschaft zu. Er wie auch der SPD-Landesvorsitzende Kunick sagten, sie sähen das Problem als Problem der gesamten Stahlindustrie und nicht als ,,Klöckner-Problem".

Australien:
Mehr Arbeitsplätze
statt vier Schichten gefahren werden. Vorstandssprecher v. Bogdandy: ,,... der Tod der Hütte (wäre) vorprogrammiert."
Das Bankkapital als lachender Dritter
Was sind die Ursachen für den Quotenstreit? Die Initiative zur Quotenabsprache ging von Unternehmen aus, die noch nicht so durchrationalisiert und produktiv waren und sind wie es z.B. die Hütte Bremen und hier besonders das Warmwalzwerk ist. Aufgrund der Überfüllung des Marktes drohten diese Unternehmen kaputt zu gehen. Dies war insbesondere der Fall in England, Frankreich, den Benelux-Ländern, aber auch bei einigen Unternehmen in Westdeutschland. Da ein Absterben der nationalen Stahlindustrie für die einzelnen Länder größte Abhängigkeit vom Ausland bedeutet hätte, kam es zu dieser Absprache.
Für die Klöckner-Werke AG kam dies jedoch höchst ungelegen. Sie hatten nämlich schon einen anderen Weg beschritten, um aus der Krise siegreich hervorzugehen. ,,Ein westdeutsches
die Hütte Bremen, wenn Klöckner die Zinsen an die Banken nicht mehr aufbrächte. (Also auch kein Grund zu fürchten, ,,... der Tod der Hütte (wäre) vorprogrammiert"). Wenn Klöckner die höheren Quoten zugebilligt bekäme, würden u.U. verschiedene andere Werke stillgelegt und Entlassungen dort in großem Stil die Folge sein.
Über die SPD-Betriebsgruppe die Belegschaft gewinnen...
Um die Belegschaft nun für den Kampf um höhere Quoten zu gewinnen, baut der neue Arbeitsdirektor Breitinger (SPD, vorher IGM-Funktionär) auf die SPD-Betriebsgruppe. Die war bisher in zwei Lager gespalten. Breitinger hat sie zumindest in dieser Frage wieder zusammengeführt. In ihrer Betriebszeitung, dem ,,Hüttenfuchs" hat sie schon länger Propaganda auf der Linie des Vorstandes gemacht. Als Lösung für Klöckners Quotenproblem schreiben sie in Ausgabe 16: ,,Nur 2% von der europäischen Produktion zusätzlich für uns würden die Hütte vor dem Sterben bewahren. Diese 2% wären möglicherweise vom deutschen
dieses Argument aber selten benutzt. Im Mittelpunkt steht das Problem der Arbeitslosigkeit und der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Ich wollte herausfinden, wie die AMWSU auf dieser
sammeln. Das, obwohl der Werkschutz sonst jedes parteipolitische Flugblatt sofort einkassiert.
... aber nicht mit dem Betriebsrat!
Der Betriebsrat, in dem die SPD in der Minderheit ist, hat dagegen in einem Brief an Bundeskanzler Helmut Schmidt folgende Position vertreten: ,,IG Metall und Betriebsräte der einzelnen Stahlunternehmen haben schon seit 1974 gefordert, daß über den Rahmen einzelner Unternehmensgrenzen hinausgehende Lösungen gesucht werden, um die Arbeitsplätze zu erhalten. Schon frühzeitig wurde u.a. vom Vorstandsmitglied R. Judith die Herabsetzung des Rentenalters für Schichtarbeiter auf 55 Jahre gefordert. Wenn die in Privatbesitz befindliche Stahlindustrie nicht in der Lage ist, ihren sozialen Verpflichtungen gegenüber den Arbeitern und Angestellten nachzukommen, müssen Schritte eingeleitet werden, die den Forderungen aus dem § 2 der Satzung der IG Metall entsprechen; d.h. daß die Stahlindustrie in Gemeineigentum überführt wird."
Die SPD-Betriebsratsminderheit rief
TU wurde die Kampagne deshalb vorübergehend ausgesetzt, und als sie wieder aufgenommen wurde, konzentrierten sich die Gewerkschaften auf 32 In-
– Quoten sind nicht unser Bier – Arbeitsplätze wollen wir!
– Gemeinsam mit unseren Kollegen von Hoesch, Krupp und Mannesmann treten wir für Arbeitsplätze an!
– 35 Stunden bei vollem Geld ist, was Arbeitsplätze erhält!
– Nicht ,,Eurofer" und ,,Artikel 58"
– Rentenalter runter auf 55!
Spaltung der Belegschaft
Am nächsten Tag wurde zu Schichtwechsel bei strömendem Regen das Haupttor dichtgemacht. Bald waren alle Zufahrtsstraßen blockiert. Die Kundgebung bot ein zwiespältiges Bild: Die vom Arbeitskreis beschlossenen Transparente auf der einen, die Redner der Sozialdemokratie für höhere Quoten auf der anderen Seite. Für die Kundgebung, an der auch viele leitende Angestellte teilnahmen, bedankte sich nachher der Arbeitsdirektor beim Betriebsrat und der SPD-Betriebsgruppe. Heinz Meinking von der IGM-Ortsverwaltung, ebenfalls SPD, sollte ursprünglich auch reden, sagte anschließend, er sei erschüttert über das Vorgehen der Betriebsratsminderheit und der SPD-Betriebsgruppe. Stellver-
rantiert. Ein Beispiel: Fox Manufacturing in Sydney sperrte seine 160 Arbeiter zehn Wochen lang aus, bevor es zu einem Abkommen bereit war. Die
nur dann gegeben werden, wenn dadurch Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden.
– Die IG-Metall wird aufgefordert, in Gesprächen mit Unternehmern und Politikern zu erreichen, daß der ständige Arbeitsplatzabbau in der Stahlindustrie gestoppt wird. Außerdem soll nach Ablauf der Tarifverträge der Kampf um die 35-Std.-Woche erneut aufgenommen werden, mit dem Ziel, Arbeitsplätze zu schaffen."
V. Bogdandy als Sprecher des Werksvorstandes erklärte noch einmal eindringlich auf den Betriebsversammlungen, daß es auf die Erhöhung der Quoten ankäme. Nach beiden Versammlungen fanden dann trotz Pfingstwochenende machtvolle Demonstrationen statt, auf denen die Linie des Vorstandes unterging. Auf der Abschlußkundgebung sicherte A. Weinkauf, 1. Bevollmächtigter der IG Metall in Bremen, den Stahlarbeitern die Unterstützung der Gewerkschaft zu. Er wie auch der SPD-Landesvorsitzende Kunick sagten, sie sähen das Problem als Problem der gesamten Stahlindustrie und nicht als ,,Klöckner-Problem".

Australien:

Mehr Arbeitsplätze durch kürzere Arbeitszeit?

Ein Gespräch mit dem Sekretär der australischen Metallarbeitergewerkschaft AMWS

mat.Sydney. ,,35-Stundenwoche: Mehr Arbeitsplätze, mehr Freizeit!" So steht es in den Flugblättern und Aufklebern der größten australischen Gewerkschaft in der Metallindustrie, der MAWSU. ,,Die 35-Stundenwoche bedeutet massiven Verlust von Arbeitsplätzen!" tönt es aus den Flugblättern und Anzeigen des Verbands der Metallindustrie und der Regierung. Die Argumente sind nicht neu. Neu sind einige Entwicklungen der jüngsten Zeit. Im März erreichten die Gewerkschaften in der chemischen Industrie ein Abkommen über sofortige Arbeitszeitverkürzung und schrittweise Einführung der 35-Stundenwoche. Die Regierung verbot daraufhin weitere Abkommen zur Arbeitszeitverkürzung; dem größten Chemiekonzern ICI drohte sie bei Widerhandlung mit Abbau von Schutzzöllen. Heftige Auseinandersetzungen innerhalb der Regierung waren die Folge; der Minister für Industrie trat zurück. Seitdem vergeht kaum eine Woche, in der die AMWSU kein neues Betriebsabkommen über schrittweise Einführung der 35-Stundenwoche bekanntgeben kann, obwohl die staatliche Schiedskommission die 40-Stundenwoche für die Metallindustrie gerade für weitere 4 Jahre verbindlich vorgeschrieben hat.

Der Durchbruch in der Kampagne der Gewerkschaften ist die Frucht zahlloser Aktionen der Arbeiter, mit denen Ende 1979 nach einer Serie von Massenversammlungen begonnen worden war. Dem Abkommen in der chemischen Industrie war eine achtwöchige Betriebsbesetzung bei Union Carbide vorausgegangen. In der Metallindustrie haben zahlreiche Belegschaften wiederholt über längere Zeiträume nur 35 Stunden wöchentlich gearbeitet, bei Verweigerung von Überstunden. Die Metallarbeiter in der Glasindustrie hatten die 35-Stundenwoche so bereits eingeführt, bevor sie vertraglich festgeschrieben wurde. Intensivierung der Arbeit bis zum äußersten, die zu frühzeitigem Verschleiß der Arbeitskraft führt und damit zur Verkürzung des Arbeitslebens und der Lebensspanne überhaupt, ist eine Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus, die ebenso gesetzmäßig zum Kampf für die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit führt. Von den australischen Gewerkschaften wird dieses Argument aber selten benutzt. Im Mittelpunkt steht das Problem der Arbeitslosigkeit und der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Ich wollte herausfinden, wie die AMWSU auf dieser Grundlage eine erfolgreiche Kampagne führen kann, die für den einzelnen Arbeiter schließlich mit finanziellen Einbußen verbunden ist, und bat den stellvertretenden Sekretär, Laurie Carmichael, um ein Gespräch. Dieser Bericht ist eine Zusammenfassung unserer wichtigsten Gesprächspunkte.

Was ist die Vorgeschichte der gegenwärtigen Kampagne?

Der Kampf für die 35-Stundenwoche wurde 1957 vom Gewerkschaftsbund ACTU als ein Schwerpunkt gewerkschaftlicher Arbeit festgelegt. 1969 wurde beschlossen, schwerpunktweise vorzugehen, wobei Häfen, Bergbau, Energie und Öl den Anfang bilden sollten. 1974 war die 35-Stundenwoche in diesen Bereichen durchgesetzt, mit Ausnahme der Energie. Dann kam die Krise und mit ihr ein Anstieg der Arbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Zunahme von Überstunden und Mangel an Facharbeitern. Dieser Mangel hielt an, doch ist abzusehen, daß er in den nächsten Jahren zurückgehen wird. 1979 wurde deshalb beschlossen, die Lage zu nutzen und die Kampagne auf so viel Industriebetriebe mit wichtigem Facharbeiteranteil auszudehnen wie möglich. Über 300000 Arbeiter begannen mit der selbständigen Einführung der 35-Stundenwoche. Im Mai 1980 drohte die Schiedskommission mit der Aussetzung des regelmäßigen Inflationsausgleichs, wenn die Kampagne fortgeführt würde. Das hätte Lohnverlust für alle australischen Lohnabhängigen bedeutet. Auf Beschluß des ACTU wurde die Kampagne deshalb vorübergehend ausgesetzt, und als sie wieder aufgenommen wurde, konzentrierten sich die Gewerkschaften auf 32 Industriebetriebe, unter anderem Schiffbau, Gießereien, Bergbauausrüstung, Glas und Aluminium. Dort werden jetzt betriebliche Abkommen durchgesetzt.

Wie lautet die genaue Forderung, und gibt es in den Abkommen verschiedene Regelungen?

Die Forderung lautet 70 Stunden in zwei Wochen, verteilt auf 9 Arbeitstage. Bei Schichtarbeit sollen 140 Stunden in vier Wochen oder 280 Stunden in acht Wochen gearbeitet werden, bei vollem Lohnausgleich. Die praktische Durchsetzung kann verschiedene Formen annehmen, zum Beispiel Einführung einer bezahlten Mittagspause bei Beibehaltung des 8-Stundentages.

Wie wird die Kampagne organisiert? Wie wird verhindert, daß die Arbeiter über längere Zeiträume Lohnverluste hinnehmen müssen?

Die selbständige Einführung der 35-Stundenwoche durch eine Belegschaft wird so organisiert, daß das Unternehmen dadurch weit mehr getroffen wird, als es durch Einsparung von 5 Stundenlöhnen ausgleichen kann, d.h. es wird sichergestellt, daß zu jedem Zeitpunkt jeweils andere Gruppen von Arbeitern fehlen, so daß die Produktion insgesamt ständig stockt. Das fördert die Bereitschaft des Unternehmens, zu einer betrieblichen Regelung zu kommen. Es kommt vor, daß ein Unternehmen mit Aussperrung antwortet. In solchen Fällen wird der Lohn der betroffenen Kollegen durch Umlage in den anderen Betrieben garantiert. Ein Beispiel: Fox Manufacturing in Sydney sperrte seine 160 Arbeiter zehn Wochen lang aus, bevor es zu einem Abkommen bereit war. Die AMWSU konnte den Arbeitern wöchentlich 100 Dollar zahlen, was etwa dem Nettolohn nach Tarif entspricht, ohne Überstunden.

In der Presse wird darauf hingewiesen, daß die jüngsten Abkommen einen Ausgleich der Folgen küzerer Arbeitszeit durch Erhöhung der Produktivität vorsehen. Wie verträgt sich das mit der Argumentation der AMWSU, Arbeitszeitverkürzung schaffe neue Arbeitsplätze?

Die AMWSU hat keine derartigen Zusagen gemacht. Tatsächlich kann man nachweisen, daß die Produktivität durch Einführung der 35-Stundenwoch erhöht wird, und zwar vor allem dadurch, daß die Fehlzeiten deutlich zurückgehen. In der Ölindustrie wurde die 35-Stundenwoche im Schichtbetrieb 1974 eingeführt, und die Fehlzeiten sind zurückgegangen. Die AMWSU hat in den Abkommen zugestimmt, bei der Reduzierung der Fehlzeiten mitzuwirken; Fehlzeiten haben aber keinerlei Auswirkungen auf Lohnhöhe oder Arbeitszeit. Was die Schaffung von Arbeitsplätzen betrifft, läßt sich das – vor allem bei Bandarbeit oder Schichtbetrieb – ebenfalls berechnen und in den Verhandlungen durchsetzen. Als in Victoria bei den Kraftwerken die 37½-Stundenwoche eingeführt wurde, mußten gleichzeitig 599 neue Stellen eingerichtet werden. In Altona, wo die Arbeitszeitverkürzung am 1.8. in Kraft tritt, werden bereits 124 Arbeiter neu ausgebildet, die dann in die Produktion neu aufgenommen werden.

Die Zeit der Sonderschüler – oder: Wie kommt man auf die Schule für Lernbehinderte

Zur Kritik des Überweisungsverfahrens und den Rechten der Eltern

c.b.Frankfurt. Gegenwärtig finden an allen Bundesländern die jährlichen Überweisungsverfahren an die Schule für Lernbehinderte (SfL) statt.

Unter dem Vorwand, daß nur in der Sonderschule eine besondere Förderung der Schüler möglich sei, wird ein Anteil von ca. 4% der gesamten Schülerschaft in die SfL ausgesondert. Der Großteil der Schüler stammt aus den schwächsten Teilen der Arbeiterklasse. Daß sie den Anforderungen der Regelschule – aus welchen Gründen auch immer – nicht genügen, wird zum Anlaß genommen, sie in die SfL einzuweisen.

Es ist jedoch zu fragen, welches Interesse die Bougeoisie mit den Sonderschulen verfolgt.

- Hat die Sonderschule die Funktion der Entlastung der Regelschule von störenden, langsamen und auffälligen Schülern, um den Lernbetrieb optimal und kostensparend durchzuziehen?
- Ist die Sonderschule sowohl in ihrer praktischen Auswirkung als auch in ihrer Ideologie ein Angriff auf die umfassende Ausbildung der Schuljugend?

Fest steht, daß an die schönen Worte einer besonderen Förderung zum Besten der Schüler vor allem die Betroffenen kaum mehr glauben. Zu offensichtlich ist es, daß die Ausbildung an der SfL weniger qualifiziert ist als an der Regelschule. Es ist ein Prinzip der Sonderpädagogik, mehr die „praktischen“ und weniger die „kognitiven“ Lerninhalte hervorzukehren und den Schülern weniger Unterrichtsstunden als in der Regelschule „zuzumuten“.

Die Folgen dieser Minderqualifikation sind für viele Abgänger der SfL heute Arbeitslosigkeit oder Hilfsarbeitertätigkeit. 1977 fanden nur 19% der Abgänger aus Lernbehindertenschulen eine Lehrstelle. So ist es nicht verwunderlich, daß der Widerstand gegen die SfL wächst.

Der Gewerkschaftstag der GEW 1980 verabschiedete in diesem Zusammenhang folgenden Beschluß: „Die GEW teilt die vom Bildungsrat 1973 veröffentlichte Auffassung, ‚die eine weitmögliche gemeinsame Unterrichtung von Behinderten und Nichtbehinderten vorsieht‘. Sie fordert die Kultusminister der Länder auf, in jedem Bundesland Schulversuche einzurichten bzw. bestehende Schulversuche weiter auszubauen, in denen alle im entsprechenden Schuleinzugsgebiet lebenden Schüler eingeschult und gemeinsam beschult werden, d.h. daß in diesen Schulen alle sonst in die verschiedenen Sonderschulen ausgesonderten Schüler grundsätzlich mit anderen Schülern lernen können.

Für die gemeinsame Beschulung von Behinderten und Nichtbehinderten müssen die Schulen über entsprechende personelle und materielle Voraussetzungen verfügen.“

Ebenso gibt es Kritik am Überweisungsverfahren an die Lernbehindertenschule. Die angewandten Verfahren – im wesentlichen Intelligenz- und Schulleistungstests – dienen dazu, die Aussonderung zu legitimieren und „wissenschaftlich“ zu begründen. In keinem Fall wird gründlich untersucht, *wie* man einem Schüler helfen könnte, welche Maßnahmen zu ergreifen wären, um ihm den Anschluß an die Regelschule zu ermöglichen.

Der Fachverband Sonderschulen der GEW Frankfurt kritisierte 1981 in einer Stellungnahme (siehe Kasten unten) zu einer geplanten Neuregelung des Überweisungsverfahrens, daß dieses immer noch der Logik des „Prinzip Aussondern“ entspricht. Demgegenüber befürwortet die GEW ein Verfahren, dessen Ziel die Beratung des Grundschullehrers und der Erziehungsberechtigten ist, wie die besonderen Schwierigkeiten des Kindes behoben werden können.

Die meisten Eltern sind mit einer Einweisung ihrer Kinder in die SfL spontan nicht einverstanden, nur ca. 10% legen jedoch Widerspruch gegen die Einweisungsentscheidung ein. Anhand des Ablaufs des Überweisungsverfahrens soll daher kurz dargestellt werden, welche Rechte den Eltern eingeräumt werden:

1. Erste Sichtung durch die Grund- und Hauptschule: Hier findet durch Klassenlehrer und Schulleiter eine Vorauslese statt. Schüler, die den Anforderungen nicht genügen, werden für den Besuch der Sonderschule vorgeschlagen.

2. Information bzw. Anhörung der Erziehungsberechtigten: diese werden informiert, haben aber nicht das Recht, eine Meldung oder Überprüfung zu verweigern. In den Akten wird vermerkt, ob sie einer Einweisung zustimmen oder nicht.

3. Meldung der Schüler an die Schulaufsichtsbehörde. Die Akten werden an das Schulamt weitergereicht, von dort wird eine Überprüfung angeordnet.

4a. Sonderpädagogisch-psychologische Untersuchung: Ein Sonderschullehrer bzw. Psychologe überprüft, ob der Schüler lernbehindert ist oder nicht. Dazu wird in der Regel ein Intelligenztest und ein Schulleistungstest durchgeführt. Die Überprüfung findet entweder an der meldenden Schule oder an der Sonderschule statt. Die Schüler werden einzeln getestet, in Hessen und NRW ist auch eine Gruppenüberprüfung möglich. In Hessen können die Eltern auf ihren besonderen Wunsch hin dem Verfahren beiwohnen, wenn der überprüfende Lehrer zustimmt und wenn die Testdurchführung dadurch nicht beeinträchtigt wird!

4b. Ärztliche Untersuchung durch den Amts- bzw. Schularzt. Er sollte die Hör- und Sehfähigkeit (was oft unterbleibt) sowie den allgemeinen Gesundheitszustand überprüfen. In der Regel ist dann im Gutachten vermerkt: Aus ärztlicher Sicht ist gegen den Besuch der Sonderschule nichts einzuwenden ...

5. Stellungnahme der Erziehungsberechtigten: Sie werden über die Überprüfungsergebnisse informiert und sollen eine Stellungnahme abgeben: Mit dem Besuch der Sonderschule sind wir einverstanden / nicht einverstanden.

6. Die endgültige Entscheidung über die Aussonderung liegt bei der Schulaufsichtsbehörde.

7. Den Eltern wird diese Entscheidung mitgeteilt: Sie können dagegen auf juristischem Wege Widerspruch einlegen.

Die Rechte der Eltern sind also sehr beschnitten. Sie haben letzendlich folgende Möglichkeit: Entweder können sie durch ihren hartnäckigen Widerstand erreichen, daß das Schulamt von einer Einweisung absieht, um sich weiteren Ärger zu ersparen, oder aber sie finden einen formalen Fehler im Ablauf des Verfahrens. Dann haben sie auf alle Fälle gute Aussichten, in einem Rechtsstreit eine Überweisung verhindern zu können.

Die Sonderschule kann natürlich nicht allein durch Widerspruchsklagen der Eltern abgeschafft werden. Es ist notwendig, auf allen Ebenen des Aussonderungsprozesses den Widerstand gegen die SfL zum Ausdruck zu bringen und zu entfalten. Es ist daher weiterhin notwendig, die Auslesekriterien und die Bedeutung der Sonderschule im Zusammenhang mit dem gesamten Ausbildungswesen zu untersuchen.



Schulkinder in die Kneipe? – Nein, vollständiger Ersatzunterricht wegen der Entlassung eines Lehrers führen die Eltern der Grundschule in Helsa – Gemeinde Eschenstruth zusammen mit der GEW durch. Mit dieser Aktion soll die Weiterbeschäftigung erzwungen werden. Praktische Interessendurchsetzung von Eltern, Lehrern und Schülern.

Eine gemeinsame Schule für deutsche und ausländische Kinder

kod.Frankfurt. „Das ist ja alles ganz schön und gut, was ihr Lehrer von der GEW fordert. Aber den meisten Lehrern ist egal, was aus unseren Kindern wird. Vom ‚Ausländerproblem‘ wird gesprochen – könnt ihr nicht mal vergessen, daß wir Ausländer sind? Warum werden unsere Kinder einfach in die Sonderschulen abgeschoben?“ (eine spanische Mutter)

„Man kann sich natürlich um Eingliederung der Ausländer bemühen. Aber was haben wir nicht alles getan: Feste gefeiert, zusammen in den Tau-

Lehrer, die dazu nicht ausgebildet sind, unterrichtet. Ein Zustand, der alle Beteiligten, vor allem aber die Lehrer leicht in Resignation, Verzweiflung und hilflose Wut treibt.

Die GEW – und hier insbesondere die betroffenen Grundschullehrer – hatten zu der Veranstaltung aufgerufen, um endlich das Jammern in den eigenen Reihen zu beenden und zu einem gemeinsamen Handeln von Eltern und Lehrern zu kommen.

Zunächst begründeten die am Podium sitzenden Lehrer aus pädagogi-

wendig auftretenden Erziehungskonflikten zu einigen.

- Abbau der Rechtlosigkeit und Isolierung ausländischer Lehrer. Diese müssen täglich am Nachmittag an verschiedenen Schulen muttersprachlichen Unterricht erteilen. Von pädagogischer Zusammenarbeit mit deutschen Kollegen kann keine Rede sein; der gewerkschaftliche Zusammenschluß ist schwer.
- Die Aus- und Fortbildung der Lehrer muß diese Probleme berücksichtigen. Die Lehrer müssen nicht nur auf

Aus einer Stellungnahme der GEW-Frankfurt zum Überprüfungsverfahren für Sonderschulen

1. Zum Zweck des Überprüfungsverfahrens

Ein Überprüfungsverfahren im Sinne einer Förderdiagnostik halten wir durchaus für wünschenswert. Sie wäre bereits einzusetzen, bevor das Kind „sonderschulbedürftig“ geworden ist. Ihr Ziel wäre die Beratung des Grundschullehrers und der Erziehungsberechtigten, wie die besonderen Schwierigkeiten des Kindes behoben werden können. Die Funktion des Beraters hätte der überprüfende Sonderschullehrer inne. Das Kultusministerium (KM) scheint jedoch nur ein Problem zu kennen: wie die schwierigen Schüler auf die richtigen Sonderschultypen aufteilen. So heißt es auf S. 4: „Im sonderpädagogischen Teil der Überprüfung soll festgestellt werden, ... ob sie (die Besonderheiten und Schädigungen) den Voraussetzungen für die Aufnahme in die jeweilige Sonderschule entsprechen.“ Wir billigen diese Zielbeschreibung.

Die Folgen dieser Minderqualifikation sind für viele Abgänger der SfL heute Arbeitslosigkeit oder Hilfsarbeitertätigkeit. 1977 fanden nur 19% der Abgänger aus Lernbehindertenschulen eine Lehrstelle. So ist es nicht verwunderlich, daß der Widerstand gegen die SfL wächst.

Der Gewerkschaftstag der GEW 1980 verabschiedete in diesem Zusammenhang folgenden Beschluß: „Die GEW teilt die vom Bildungsrat 1973 veröffentlichte Auffassung, ‚die eine weitmögliche gemeinsame Unter-

GEW Frankfurt kritisierte 1981 in einer Stellungnahme (siehe Kasten unten) zu einer geplanten Neuregelung des Überweisungsverfahrens, daß dieses immer noch der Logik des „Prinzip Aussondern“ entspricht. Demgegenüber befürwortet die GEW ein Verfahren, dessen Ziel die Beratung des Grundschullehrers und der Erziehungsberechtigten ist, wie die besonderen Schwierigkeiten des Kindes behoben werden können.

Die meisten Eltern sind mit einer Einweisung ihrer Kinder in die SfL spontan nicht einverstanden, nur ca.



Schulkinder in die Kneipe? – Nein, vollständiger Ersatzunterricht wegen der Entlassung eines Lehrers führen die Eltern der Grundschule in Helsa – Gemeinde Eschenstruth zusammen mit der GEW durch. Mit dieser Aktion soll die Weiterbeschäftigung erzwungen werden. Praktische Interessendurchsetzung von Eltern, Lehrern und Schülern.

lauf des Verfahrens. Dann haben sie auf alle Fälle gute Aussichten, in einem Rechtsstreit eine Überweisung verhindern zu können.

Die Sonderschule kann natürlich nicht allein durch Widerspruchsklagen der Eltern abgeschafft werden. Es ist notwendig, auf allen Ebenen des Aussonderungsprozesses den Widerstand gegen die SfL zum Ausdruck zu bringen und zu entfalten. Es ist daher weiterhin notwendig, die Auslesekriterien und die Bedeutung der Sonderschule im Zusammenhang mit dem gesamten Ausbildungswesen zu untersuchen.

Eine gemeinsame Schule für deutsche und ausländische Kinder

kod.Frankfurt. „Das ist ja alles ganz schön und gut, was ihr Lehrer von der GEW fordert. Aber den meisten Lehrern ist egal, was aus unseren Kindern wird. Vom ‚Ausländerproblem‘ wird gesprochen – könnt ihr nicht mal vergessen, daß wir Ausländer sind? Warum werden unsere Kinder einfach in die Sonderschulen abgeschoben?“ (eine spanische Mutter)

„Man kann sich natürlich um Eingliederung der Ausländer bemühen. Aber was haben wir nicht alles getan: Feste gefeiert, zusammen in den Tau-nus gefahren ... Aber zum Elternabend kommen die ausländischen Eltern immer noch nicht!“ (ein deutscher Vater)

„Was soll ich denn machen, wenn ich einem türkischen Vater eine Empfehlung für die weitere schulische Laufbahn seines Kindes gebe, die er aber nicht annimmt, weil ich eine Frau bin? Die Empfehlung des Hausmeisters aber, dem einzigen Mann an der Schule, die nimmt er an!“ (eine deutsche Lehrerin)

Es war wichtig, daß auch diese Widersprüche zwischen deutschen und ausländischen Eltern sowie den deutschen Lehrern auf einer Veranstaltung der GEW in Frankfurt zur Sprache kamen. Nur so war es möglich, damit zu beginnen, diese Widersprüche zu überwinden und sich auf den wesentlichen gemeinsamen Forderungen gegenüber dem Staat zusammenzuschließen.

Rund 200 Lehrer, Eltern und Sozialarbeiter waren zu der Veranstaltung der GEW gekommen, die von einer Arbeitsgruppe von Grundschullehrern in enger Zusammenarbeit mit verschiedenen ausländischen Elternorganisationen und dem Elternbund Hessen vorbereitet worden war.

Das Problem der gemeinsamen Beschulung deutscher und ausländischer Kinder stellt sich in dem Ballungsgebiet Frankfurt in ganz besonderem Maße. Bedingt durch die Wohnungsbaupolitik des CDU-Magistrats gibt es hier Stadtteile, in denen der Ausländeranteil an den dortigen Grund- und Hauptschulen bei 80% liegt. Kinder aus 20 verschiedenen Nationalitäten werden in viel zu großen Klassen von

Lehrer, die dazu nicht ausgebildet sind, unterrichtet. Ein Zustand, der alle Beteiligten, vor allem aber die Lehrer leicht in Resignation, Verzweiflung und hilflose Wut treibt.

Die GEW – und hier insbesondere die betroffenen Grundschullehrer – hatten zu der Veranstaltung aufgerufen, um endlich das Jammern in den eigenen Reihen zu beenden und zu einem gemeinsamen Handeln von Eltern und Lehrern zu kommen.

Zunächst begründeten die am Podium sitzenden Lehrer aus pädagogi-scher Sicht die Notwendigkeit einer gemeinsamen Schule für deutsche und ausländische Kinder und stellten fest, unter welchen Bedingungen diese überhaupt nur sinnvoll funktionieren könne. Einige Beispiele:

- In den gegenwärtig stattfindenden Vorbereitungsklassen, in denen ausländische Kinder soviel deutsche Sprachkenntnisse erwerben sollen, daß sie dem Unterricht in deutscher Sprache folgen können, wird ein kindgemäßes, natürliches Lernen verhindert. Kinder lernen eine Sprache am besten beim gemeinsamen Handeln und Spiel und nicht aus Büchern im Sprachkurs. Überdies findet eine Spaltung zwischen deutschen und ausländischen Kindern statt, die sich im Schulhof und außerhalb der Schule fortsetzt. Das Gleiche gilt auch für zahlreiche andere Sonderbeschulungsmaßnahmen, bei denen die Kinder aus dem Klassenverband herausgerissen werden und bald überhaupt nicht mehr wissen, wo sie hingehören. Für Kinder, die z.T. sowieso schon in einer völlig fremden Welt zur Schule gehen, sind solche Dinge dem Lernen besonders abträglich. Kleine, konstante Lerngruppen sind auch notwendig, um im Unterricht nicht nur die Sprachprobleme, sondern auch die ganz unterschiedlichen Erfahrungshorizonte der Kinder berücksichtigen zu können.
- Mehr Zeit brauchen die Lehrer, um nicht nur ihren Unterricht adäquat vorbereiten zu können, sondern um bei der Elternarbeit die ihnen oft völlig fremden kulturellen Gewohnheiten und Normen begreifen zu können, um sich dann mit den Eltern bei den not-

wendig auftretenden Erziehungskonflikten zu einigen.

- Abbau der Rechtlosigkeit und Isolierung ausländischer Lehrer. Diese müssen täglich am Nachmittag an verschiedenen Schulen muttersprachlichen Unterricht erteilen. Von pädagogischer Zusammenarbeit mit deutschen Kollegen kann keine Rede sein; der gewerkschaftliche Zusammenschluß ist schwer.
- Die Aus- und Fortbildung der Lehrer muß diese Probleme berücksichtigen. Die Lehrer müssen nicht nur auf den Unterricht in mehrsprachigen Klassen vorbereitet werden, sondern auch die soziokulturellen Faktoren in den Heimatländern der Kinder kennenlernen.

So wichtig diese Ausführungen waren, die entscheidenden politischen Einschätzungen wurden in der anschließenden Plenumsdiskussion von einigen ausländischen Eltern gebracht:

„Eure Forderungen sind richtig und gut – wir kämpfen dafür bereits seit 20 Jahren. Doch die Ursache des Problemes liegt nicht in der Schule. Solange wir in diesem Lande rechtlos sind und noch nicht einmal das kommunale Wahlrecht haben, solange wir hier als Arbeitsemigranten leben und nicht wissen, wann wir dieses Land verlassen müssen, können auch die Schulprobleme unserer Kinder nur bedingt gelöst werden“.

Und: „Eines habt ihr vergessen: Unsere Kinder sind Arbeiterkinder. Die deutsche Schule nutzt den deutschen Arbeiterkindern wenig – wie soll sie dann ausländischen Arbeiterkindern nutzen?“

Ergebnis dieser fruchtbaren Debatte, bei der auch einiges an Bitterkeit seitens der ausländischen Eltern über die Behandlung durch deutsche Behörden, auch Lehrer, zu hören war, es bildeten sich Arbeitsgruppen, um die Zusammenarbeit in den jeweiligen Stadtteilen fortzusetzen. Mehr Eltern und Lehrer sollen in den Kampf einbezogen werden, um so tatsächlich wirksam für eine gemeinsame Schule für deutsche und ausländische Kinder kämpfen zu können.

Aus einer Stellungnahme der GEW-Frankfurt zum Überprüfungsverfahren für Sonderschulen

1. Zum Zweck des Überprüfungsverfahrens

Ein Überprüfungsverfahren im Sinne einer Förderdiagnostik halten wir durchaus für wünschenswert. Sie wäre bereits einzusetzen, bevor das Kind „sonderschulbedürftig“ geworden ist. Ihr Ziel wäre die Beratung des Grundschullehrers und der Erziehungsberechtigten, wie die besonderen Schwierigkeiten des Kindes behoben werden können. Die Funktion des Beraters hätte der überprüfende Sonderschullehrer inne. Das Kultusministerium (KM) scheint jedoch nur ein Problem zu kennen: wie die schwierigen Schüler auf die richtigen Sonderschultypen aufteilen. So heißt es auf S. 4: „Im sonderpädagogischen Teil der Überprüfung soll festgestellt werden, ... ob sie (die Besonderheiten und Schädigungen) den Voraussetzungen für die Aufnahme in die jeweilige Sonderschule entsprechen.“ Wir billigen diese Zielbeschreibung nicht.

2. Überprüfung als Kann-Bestimmung

Da das KM von dem Ziel der Aussonderung ausgeht, scheint eine zwingende Überprüfung vor der Einweisung auch nicht nötig zu sein. Nur wenn sich Widerspruch regt, muß überprüft werden. Diese Auffassung wird von uns scharf kritisiert. Eine so schwerwiegende Entscheidung muß sich auf ein Gutachten stützen können, alles andere ist für uns als Sonderschullehrer nicht zu verantworten. Selbst wenn alles klar erscheint, das Kind ist behindert und bedarf besonderer Förderung, ist es durchaus notwendig gründlich zu untersuchen, *wie* dem Kind geholfen werden kann.

3. Zu Qualität und Ausmaß der Überprüfung

Hierzu finden wir wenig Angaben in den Verwaltungsvorschriften, was auch durchaus der Logik „Prinzip Aussondern“ entspricht. Es ist die Rede davon, daß die Beteiligten am Überprüfungsverfahren eng zusammenarbeiten sollen, ebenfalls die Erziehungsberechtigten einzubeziehen sind, die Gesamtpersönlichkeit des Kindes sei zu berücksichtigen und wenn möglich (!) sollen auch die Ursachen der Behinderung ans Tageslicht kommen. Dies alles könnte man begrüßen, wenn auch klar gesagt würde, in welchem Zeitraum dies alles zu bewältigen sei. Die genannten Faktoren – die bei weitem nicht ausreichen – können nur dann ernstgemeint sein, wenn klar ist, daß eine Überprüfung viel Zeit kostet, daß während einer solchen Überprüfung kein Unterricht für die bereits die Sonderschule besuchenden Schüler ausfallen darf, daß eben die entsprechende Anzahl von zusätzlichen Planstellen bereitgestellt werden muß. Die Verwaltungsvorschrift müßte ebenfalls darauf hinweisen, daß die Schulen mit Räumen und Testmaterial so ausgestattet werden müssen, wie es den von uns formulierten Zielen eines Überprüfungsverfahrens entspräche. Von alledem ist in der Verwaltungsvorschrift nichts zu finden. So ernst kann die Absicht des KM, behinderte Schüler fördern zu wollen, nicht gemeint sein.

4. Ausschluß von Erziehungsberechtigten

Beim Überprüfungsverfahren für die Einweisung an die Sonderschule für Verhaltensgestörte kann laut Verwaltungsvorschrift von einer Aussprache mit den Erziehungsberechtigten abgesehen werden. Aus pädagogischer Sicht kann es überhaupt keinen Grund geben, der einen solchen Verzicht nahelegt. Möglicherweise läßt sich die Einweisung in die Schule für Verhaltensgestörte reibungsloser gestalten, wenn auf dieses Gespräch verzichtet wird. Unser Problem ist jedoch nicht die reibungslose Einweisung sondern die Förderung schwieriger Kinder.

Die Ergebnisse der Gehirnforschung

Franz Dick

Welchen Beitrag leistet die moderne Gehirnforschung dazu, die Lehre von der christlichen Seele, dem materielosen Geist, zu überwinden? Auf Schritt und Tritt wird diese Lehre von erfahrungswissenschaftlichen *Ergebnissen* widerlegt, jedenfalls praktisch. Ungefähr am Anfang standen die Entdeckungen von Broca und Wernicke, nach denen bei bestimmter Gehirnverletzung Sprache zwar gehört, aber nicht verstanden wird, bzw. angezielte Bedeutung trotz entsprechender Absicht nicht in strukturierte Sprache umgesetzt wird. Der Fortschritt der wissenschaftlichen Erkenntnis zeigt aber nicht nur, daß das Denken und Fühlen usw., kurz das Bewußtsein, *allgemein* an Materie gebunden ist. Mehr. Er zeigt, daß die psychische Tätigkeit auf der Grundlage der Erfahrung der äußeren Welt und der eigenen Tätigkeit beruht und diese als ihren Rohstoff hat. (Beispiele in den Abbildungen)

Freilich wird die Schlußfolgerung über den materiellen Charakter des Psychischen in der bürgerlichen Forschung selten gezogen. Zum Beispiel Forschungsergebnisse mit der kalifornischen Meeresschnecke *Aplysia*. Sie eignet sich wie früher der Frosch zum Studium der Reflexe für das Studium der Nerventätigkeit, weil ihre überschaubare Anzahl von Nervenzellen bei den verschiedenen Tieren immer in der gleichen Anordnung und Verschaltung vorliegt. „Vier Nervenzellen genügen, um den Herzschlag der Meeresschnecke Aplysia zu steuern ... Sechs dieser Zellen werden von der Kommandozelle L 10 gesteuert.“ (1) Kurz, die überschaubaren Zellen können Nummern erhalten ... Wesentlich ist, daß charakteristische Reizungen der Zellen bei bestimmtem Zellzustand immer die gleichen reflektorischen Ergebnisse in Blutkreislauf und Kiemenbewegung haben. Es wird deutlich, daß das gesamte Zellgeschehen *determiniert* (bestimmt) ist; keine Zufälligkeiten, die auf sonstige, nicht erkannte Einflüsse hinzeigten.

Es schließt sich die Frage an, ist die Bewußtseinstätigkeit des Menschen in ihrer nervenphysiologischen Grundlage ebenso determiniert? Anders: Ist bei bestimmtem Gesamtzustand des Zellsystems der Einfluß einfließender Erregungen (Sinneseindrücke) in gleicher Weise determiniert? Oder wirkt eine andere Macht, nenne man sie auch „Bewußtsein“ *auf* das Nervengeschehen? Keine Überlegungen darüber in der wissenschaftlichen Darstellung.

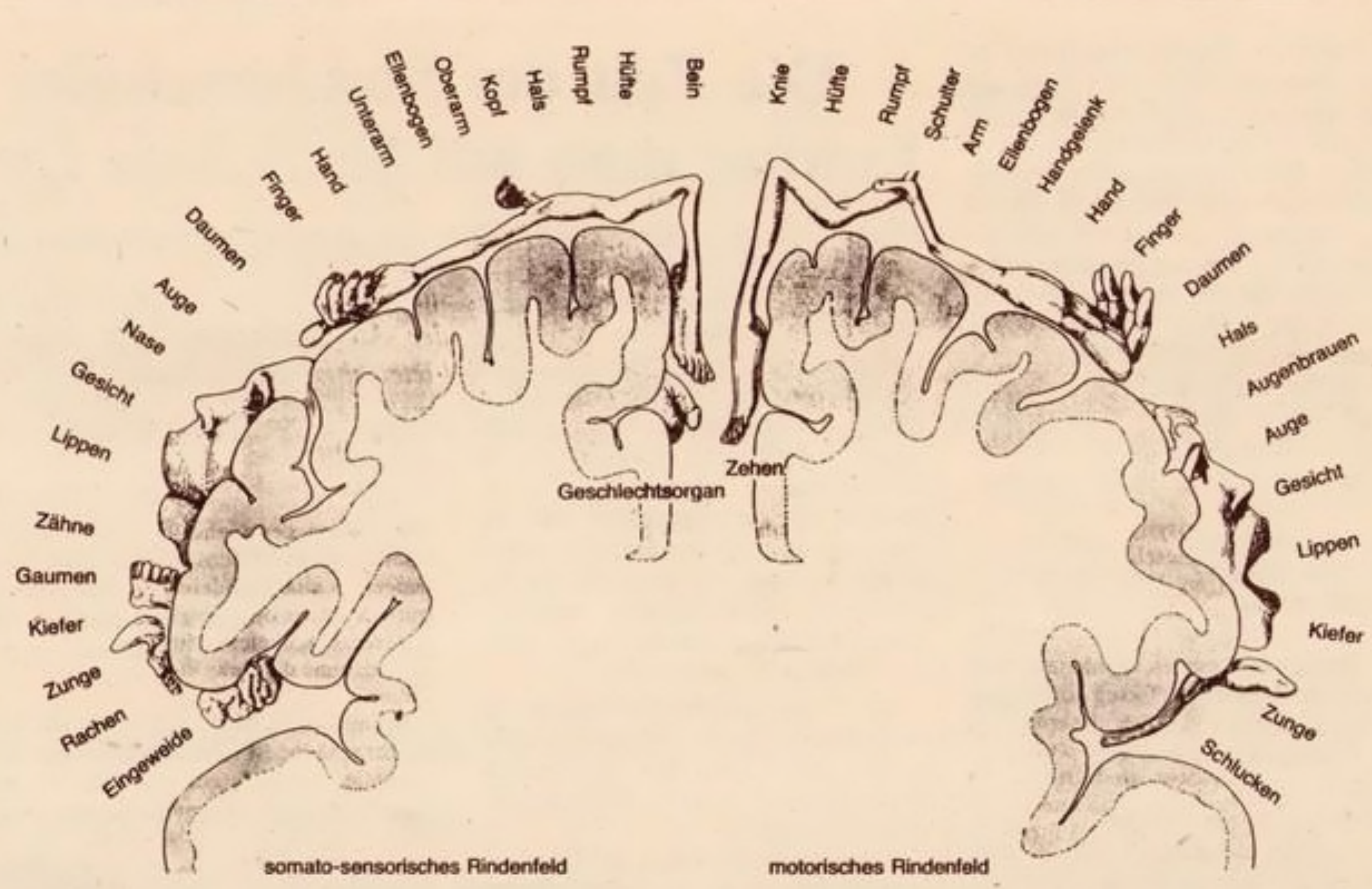
Was das *Zellgeschehen* angeht, dürfte der menschliche Nerv mit dem der *Aplysia* vergleichbar sein, jedenfalls ist dies Ergebnis der biochemischen Forschung. Bloß kann man sich den Determinismus beim Menschen nicht so vorstellen, daß eine einzelne, isolierte Einwirkung immer wieder die gleichen psychischen Effekte hätte. Denn mit jeder Einwirkung ändert sich der Charakter der Zellsysteme, ihre Geschaltetheit, und die wiederholte identische Einwirkung wird gar nicht den gleichen Nervenzustand, die gleiche Geschaltetheit, antreffen. Es handelt sich eben um einen dialektischen Determinismus, die Sinneseindrücke haben gesetzmäßige Folgen, bloß hängen diese Folgen ab von der Geschaltetheit der Nervensysteme, von der praktischen Erfahrung also.

Wie verträgt sich aber der (hier angenommene) Determinismus des *Nervengeschehens* mit der tausendfachen Erfahrung, daß der Mensch nicht passives Produkt ist, sondern bewußt erkennt und sein Handeln danach ausrichten kann? Es ist aber so: Die in das Gehirn einströmenden Sinnesreize sind nicht bloß „Reize“, chaotische, zufällige Reize von x-Beliebigem. Sie stammen aus der gesetzmäßigen, objektiven Wirklichkeit, sind Abbilder der Wirklichkeit. Dafür gibt die moderne Gehirnforschung selbst häufig beredtes Zeugnis ab, daß die Besonderheit der Gehirnleistung gerade darin besteht, wahrheitsgetreue Widerspiegelungen der objektiven Wirklichkeit zu erbringen: Crick berichtet darüber (2), daß gleich oder unterschiedlich graue Schirme bei wechselnd heller Beleuchtung richtig eingestuft werden, auch wenn die Schirme bloß durch ein Rohr zu sehen sind, und das Auge gar keinen direkten Hinweis auf die Beleuchtung erhält, welchen das Gehirn in Rechnung stellen könnte. Einigermaßen bekannt sind sowieso die Versuche von Stratton und Kohler, die sich Umkehrbrillen angezogen haben, und die Welt bloß noch auf dem Kopf stehend sahen. Ihr Ergreifen der Dinge mit der Hand hat das Augenbild schnell korrigiert, bald stand die Welt wieder aufrecht, auch mit der Umkehrbrille.

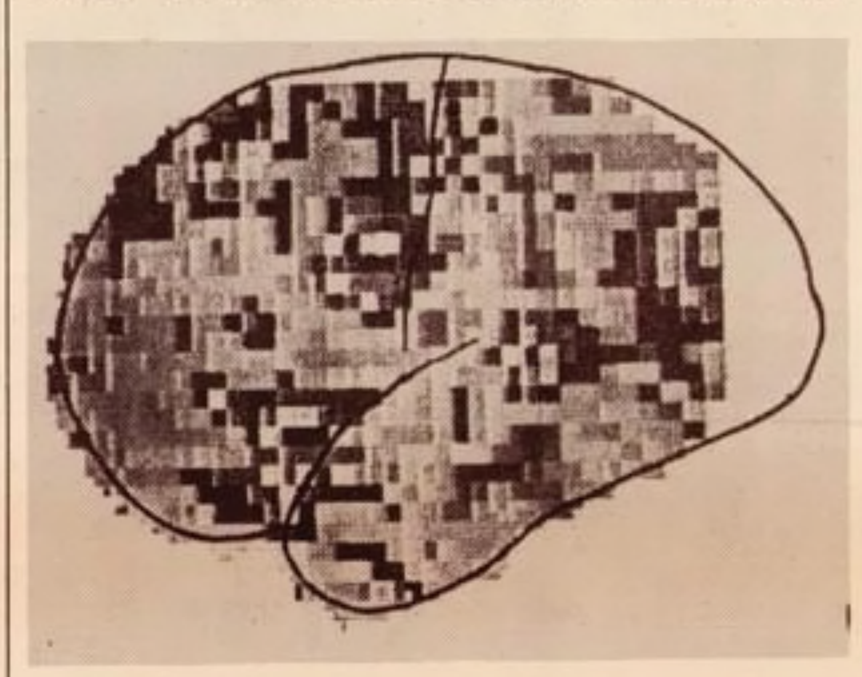
Die bürgerliche Gehirnforschung geht nicht bewußt von diese materiellen Determinismus aus. Beispielsweise wird in einem soliden Physiologielehrbuch gefragt, wo liegt der Ursprung der willkürlichen Bewegung. (3) Es wird gefunden, daß der „Ursprung“ nicht im primären motorischen Projektionsfeld liegt, so wird er weiter zurückgelagert. Was für ein „Ursprung“? In die ausgezeichnete Darstellung hat sich die Vorstellung eingeschlichen, daß vor bestimmten Zellen die außernervliche Macht namens „der Wille“ säße. Einige Forschung mag verschwendet werden, bis die wohl korrekte Annahme Pawlows bestätigt sein wird, daß die Willkürlichkeit bloß darin besteht, daß durch aktuelle Situationsreize die Erfahrungen aktualisiert werden, die innerhalb tieferer Gehirnregionen Tätigkeiten und deren Ergebnisse miteinander verketten, (4) daß also die „Willkürlichkeit“ der Ausdruck komplexer Erfahrung ist.

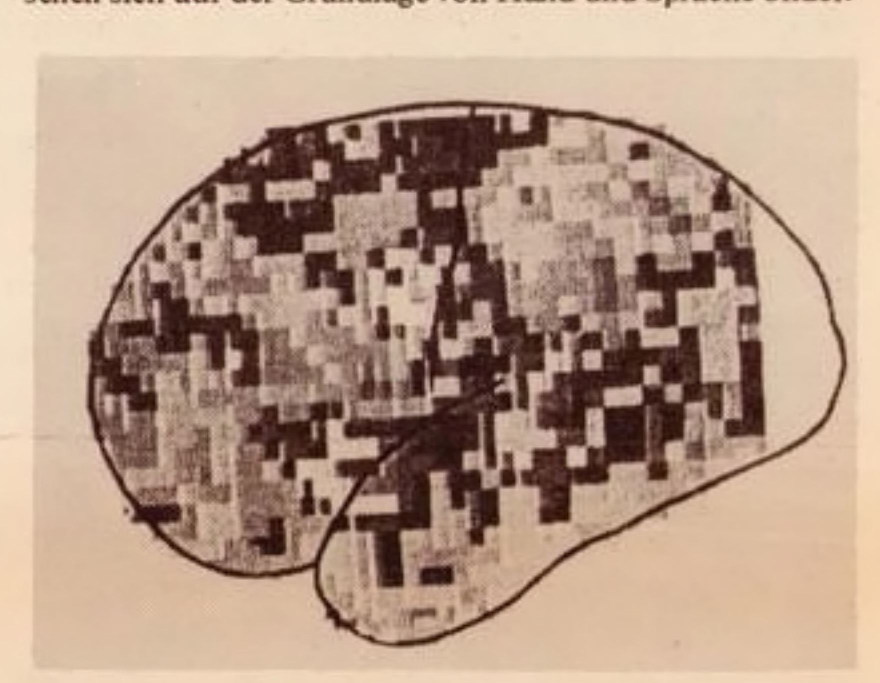
(1) Gehirn und Nervensystem. Ein Spektrum Buch. Weinheim 1981, S. 80
(2) H.C. Crick, Thinking about the Brain, Scientific American 1979
(3) W.D. Keidel, Kurzgefaßtes Lehrbuh der Physiologie. Stuttgart 1975, S. 21–42
(4) I.P. Pawlow: Ges. Werke, III b S. 528 ff

der Nerventätigkeit, weil ihre überschaubare Anzahl von Nervenzellen bei den verschiedenen Tieren immer in der gleichen Anordnung und Verschaltung vorliegt. „Vier Nervenzellen genügen, um den Herzschlag der Meeresschnecke Aplysia zu steuern ... Sechs dieser Zellen werden von der Kommandozelle L 10 gesteuert.“ (1) Kurz, die überschaubaren Zellen können Nummern erhalten ... Wesentlich ist, daß charakteristische Reizungen der Zellen bei bestimmtem Zellzustand immer die gleichen reflektorischen Ergebnisse in Blutkreislauf und Kiemenbewegung haben. Es wird deutlich, daß das gesamte Zellgeschehen *determiniert* (bestimmt) ist; keine Zufälligkeiten, die auf sonstige, nicht erkannte Einflüsse hinzeigten.
Es schließt sich die Frage an, ist die Bewußtseinstätigkeit des Menschen in ihrer nervenphysiologischen Grundlage ebenso determiniert? Anders: Ist bei bestimmtem Gesamtzustand des Zellsystems der Einfluß einfließender Erregungen (Sinneseindrücke) in gleicher Weise determiniert? Oder wirkt eine andere Macht, nenne man sie auch „Bewußtsein“ *auf* das Nervengeschehen? Keine Überlegungen darüber in der wissenschaftlichen Darstellung.
Was das *Zellgeschehen* angeht, dürfte der menschliche Nerv mit dem der *Aplysia* vergleichbar sein, jedenfalls ist dies Ergebnis der biochemischen For-
zu sehen sind, und das Auge gar keinen direkten Hinweis auf die Beleuchtung erhält, welchen das Gehirn in Rechnung stellen könnte. Einigermaßen bekannt sind sowieso die Versuche von Stratton und Kohler, die sich Umkehrbrillen angezogen haben, und die Welt bloß noch auf dem Kopf stehend sahen. Ihr Ergreifen der Dinge mit der Hand hat das Augenbild schnell korrigiert, bald stand die Welt wieder aufrecht, auch mit der Umkehrbrille.
Die bürgerliche Gehirnforschung geht nicht bewußt von diese materiellen Determinismus aus. Beispielsweise wird in einem soliden Physiologielehrbuch gefragt, wo liegt der Ursprung der willkürlichen Bewegung. (3) Es wird gefunden, daß der „Ursprung“ nicht im primären motorischen Projektionsfeld liegt, so wird er weiter zurückgelagert. Was für ein „Ursprung“? In die ausgezeichnete Darstellung hat sich die Vorstellung eingeschlichen, daß vor bestimmten Zellen die außernervliche Macht namens „der Wille“ säße. Einige Forschung mag verschwendet werden, bis die wohl korrekte Annahme Pawlows bestätigt sein wird, daß die Willkürlichkeit bloß darin besteht, daß durch aktuelle Situationsreize die Erfahrungen aktualisiert werden, die innerhalb tieferer Gehirnregionen Tätigkeiten und deren Ergebnisse miteinander verketten, (4) daß also die „Willkürlichkeit“ der

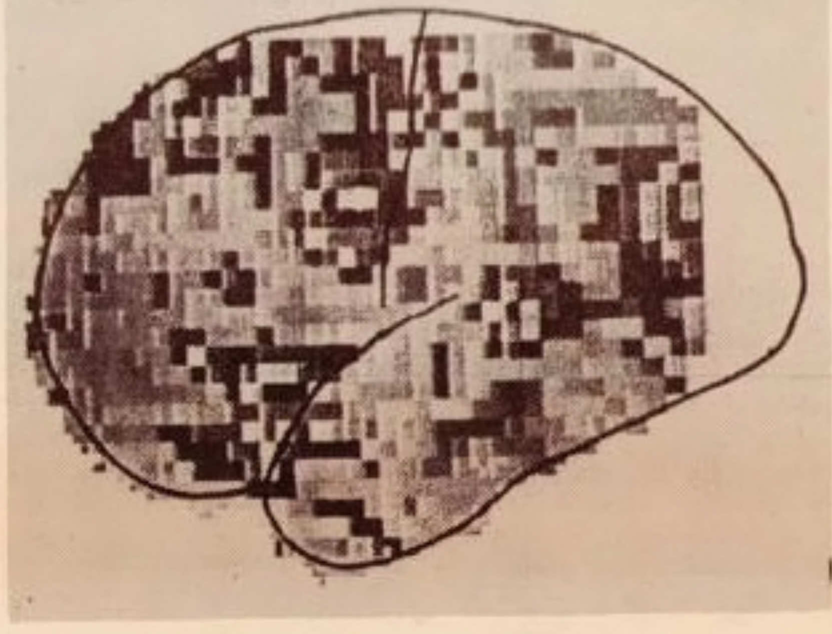
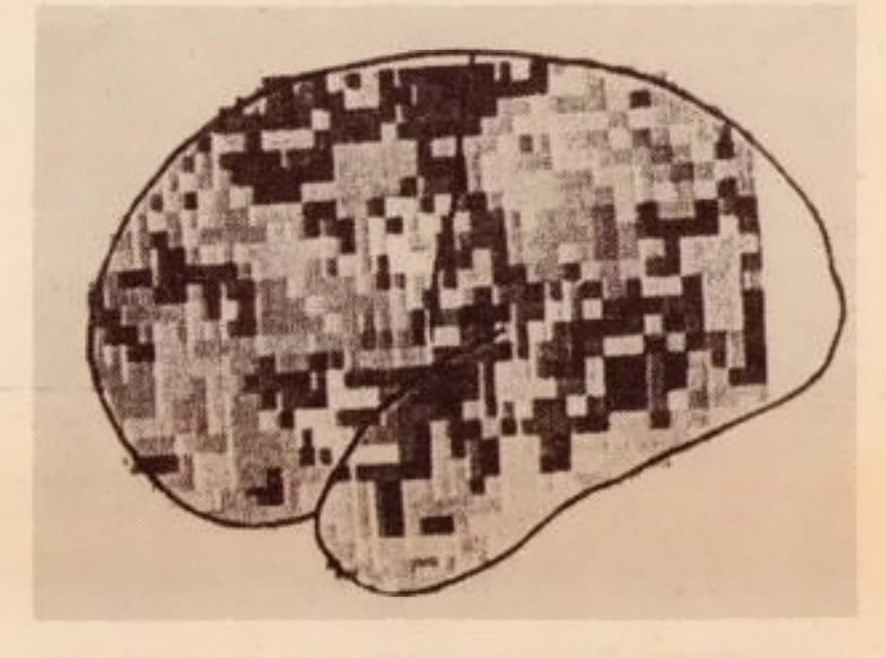


Daß das Bewußtsein der Menschen Wiederspiegelung der äußeren Welt und der eigenen Tätigkeit ist – zu diesem Ergebnis hin führt schon die Untersuchung der spezifischen Zuständigkeiten der einzelnen Zellbereiche im menschlichen Großhirn. Räumlich einigermaßen abgrenzbare Bereiche in den Hirnlappen entsprechen der Gliederung der Sinnesdaten, wie sie räumlich von Auge, Ohr und Nase aufgenommen werden. Es sind „Projektionen“ der Sinnesdaten im Gehirn. – Besonders weit ausgedehnt sind die Projektionen des eigenen Körpers. (Abb.) Und zwar sowohl in bezug auf die Empfindung der Körperzonen (links), wie die damit eng verbundenen Bereiche, von denen globale Kommandos zur Bewegung ausgesandt werden. Die enge Verbindung von Sensorik und Motorik, jeweils bezogen auf Körperbereiche, ermöglicht vor allem die Wahrnehmung der eigenen Bewegung. (Auf der Zeichnung sind Sensorik und Motorik auseinandergerissen, indem bloß eines der beiden in einer Gehirnhälfte eingezeichnet ist.) – Die Projektionsfelder sind in sich geschichtet, die genaue Anzahl der Schichten ist nicht bekannt. Die „primären“ Projektionsfelder liefern bloß die rohen einzelnen Sinnesempfindungen, deren verallgemeinernde und abstrahierende Zusammenfassung zu Wahrnehmung und Begriff in den tiefer gelegenen Projektionsfeldern (innerhalb der sog. Assoziationsfelder) vorgenommen wird. Beim Menschen sind die Projektionen von Hand und Mund übergroß; materieller Ausdruck davon, daß die Bewußtseinstätigkeit des Menschen sich auf der Grundlage von Hand und Sprache bildet.





Ergebnisse der PET-Methode der Gehirnforschung, über die vor einiger Zeit reißerisch im „Stern“ berichtet wurde. Die Methode beruht darauf, daß aktive Gehirnbereiche besonders viel Sauerstoff verbrauchen und sie daher besonders durchblutet sind. Durch Injektion des radioaktiven Xenon, welches das Blut röntgen-undurchlässig macht, entstehen untergliederte Röntgenbilder des Gehirns, bei denen abgestufte Farben der unterschiedlichen Beanspruchung der Gehirnbereiche entsprechen. (Auf diesen Schwarzweißabbildungen der farbigen Originale zeigen besonders helle und besonders dunkle Bereiche besondere Beanspruchung der Gehirnbereiche an.) – Eine Methode, die allerdings bloß globale Ergebnisse liefert. Vor allem aber ist sie oberflächlich: Sie setzt einen hohen technischen Stand, aber wenig theoretische Auffassungen über die Funktionsweise des Gehirns voraus. Gleichwohl erbringt sie aufschlußreiche Einzelergebnisse: Erstens, die Gehirntätigkeit ist in charakteristischer Weise funktionell untergliedert, bestimmte Tätigkeiten wie lautes und stilles Lesen, Handbewegungen usw. spiegeln sich in charakteristischen Beanspruchungsmustern. Auffassungen, nach denen das Gehirn immer in amorph-ganzheitlicher Weise beansprucht ist, werden widerlegt. Zweitens: Eine einzelne Tätigkeit ist nicht durch eine isolierte Beanspruchung bloß eines einzigen Gehirnbereiches repräsentiert. Beim Sprechen sind die Sprachzentren, die motorischen und akustischen Projektionsfelder beteiligt. Mechanistische Vorstellungen, nach denen es isolierte eins-zu-eins-Zuordnunggen zwischen Tätigkeit und Gehirnbereichen gibt (Psychomorphologismen) werden widerlegt. Offenbar besteht die Widerspiegelung der Tätigkeit (ihre Steuerung und Empfindung) gerade im Zusammenwirken der Bereiche. – Die Abbildungen zeigen die Beanspruchung bei stillem und lautem Lesen. Es gibt charakteristische Ähnlichkeiten. Auch bei stillem Lesen sind die „zusätzlichen motorischen Felder“ beansprucht, also die Bereiche, die der motorischen Sprech-Artikulation vorgelagert, aber nicht „Sprachzentrum“ sind. Ein Hinweis für die Geltung der Auffassung des russischen Physiologen Pawlow, nach der Denken implizites, rudimentäres Sprechen ist. „Das Denken“ wenn es auch symbolische Tätigkeit ist, braucht seinen Stoff, in dem es sich abspielt. Es hat ihn in der Sprache, welche Sprech-usw. *Tätigkeit* voraussetzt.

mandos zur Bewegung ausgesandt werden. Die enge Verbindung von Sensorik und Motorik, jeweils bezogen auf
Ausdruck davon, daß die Bewußtseinstätigkeit des Menschen sich auf der Grundlage von Hand und Sprache bildet.


Ergebnisse der PET-Methode der Gehirnforschung, über die vor einiger Zeit reißerisch im „Stern“ berichtet wurde. Die Methode beruht darauf, daß aktive Gehirnbereiche besonders viel Sauerstoff verbrauchen und sie daher besonders durchblutet sind. Durch Injektion des radioaktiven Xenon, welches das Blut röntgen-undurchlässig macht, entstehen untergliederte Röntgenbilder des Gehirns, bei denen abgestufte Farben der unterschiedlichen Beanspruchung der Gehirnbereiche entsprechen. (Auf diesen Schwarzweißabbildungen der farbigen Originale zeigen besonders helle und besonders dunkle Bereiche besondere Beanspruchung der Gehirnbereiche an.) – Eine Methode, die allerdings bloß globale Ergebnisse liefert. Vor allem aber ist sie oberflächlich: Sie setzt einen hohen technischen Stand, aber we-
amorph-ganzheitlicher Weise beansprucht ist, werden widerlegt. Zweitens: Eine einzelne Tätigkeit ist nicht durch eine isolierte Beanspruchung bloß eines einzigen Gehirnbereiches repräsentiert. Beim Sprechen sind die Sprachzentren, die motorischen und akustischen Projektionsfelder beteiligt. Mechanistische Vorstellungen, nach denen es isolierte eins-zu-eins-Zuordnunggen zwischen Tätigkeit und Gehirnbereichen gibt (Psychomorphologismen) werden widerlegt. Offenbar besteht die Widerspiegelung der Tätigkeit (ihre Steuerung und Empfindung) gerade im Zusammenwirken der Bereiche. – Die Abbildungen zeigen die Beanspruchung bei stillem und lautem Lesen. Es gibt charakteristische Ähnlichkeiten. Auch bei stillem Lesen sind die „zusätzlichen motorischen Felder“ beansprucht, also die Berei-

Fernsehvorschau

Western-Klassiker ...

... zeigt das ZDF mal wieder, vor allem auf J. Wayne zugeschnitten. Am *Samstag, 13.6., 23.15 Uhr* „Rio Grande“, von John Ford. Inhalt: der typische Mythos vom Kampf der amerikanischen Armee gegen die Indianer. Am *Samstag, 20.6., 20.15 Uhr* folgt von Howard Hawks, „Die vier Söhne der Katie Elder“. Als Story angelehnt an „High Noon“ – nur mit mehr Personen und Toten.

„Der Frauenmörder von Paris“

Der „tip“ schreibt über den Film von 1962: „Henri-Désiré Landru trieb während des 1. Weltkriegs in Paris sein Unwesen, er wurde 1922 in Versailles hingerichtet. C. Chabrol zeigte sich in diesem Film allerdings nicht so sehr an einer Rekonstruktion des historischen Falls interessiert; statt dessen münzte er die Geschichte Landrus satirisch um, um Abgründe hinter der Fassade bürgerlicher Biederkeit bloßzulegen.“
Samstag, 13.6., 22.05 Uhr im ARD

„Woman in Rock“

Ist eine Dokumentation über deutsche und englische Frauenbands im Rockgeschäft. Die Vorstellung geschieht über Konzert- und Gesprächsausschnitte.
Sonntag, 14.6, 11.15 Uhr, im ARD

„Eine Spur von Tränen“

Eine Reihe von neueren chinesischen Filmproduktionen werden im Rahmen des ARD-„Nachtstudios“ vorgestellt. Als erstes dieser Film von 1979, in dessen Mittelpunkt ein neuer Parteisekretär steht, der mit einer Clique von Funktionären aufräumen muß und der Mißwirtschaft nur Herr werden kann, indem er die Machenschaften der Vergangenheit aufdeckt.
Montag, 15.6., 23.00 Uhr im ARD

„Vor den Vätern sterben die Söhne“

Beruhend auf einer Erzählung von Thomas Brasch zeichnet dieser Film ein Stimmungsbild über die Jugend in der DDR Mitte der siebziger Jahre. Thomas Brasch konnte dieses Buch nicht mehr in der DDR veröffentlichen und wurde in die BRD abgeschoben.
Dienstag, 16.6., 19.30 Uhr im ZDF

„Unter deutschen Dächern“

Ein Team von „Radio Bremen“ hat ein paar Wochen bei Hausbesetzern in Kreuzberg gefilmt und zeigt das Porträt einer kleinen Gruppe.
Freitag, 19.6., 21.35 Uhr im ARD